

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Oktober 1959

11. Jahrgang · Heft 10

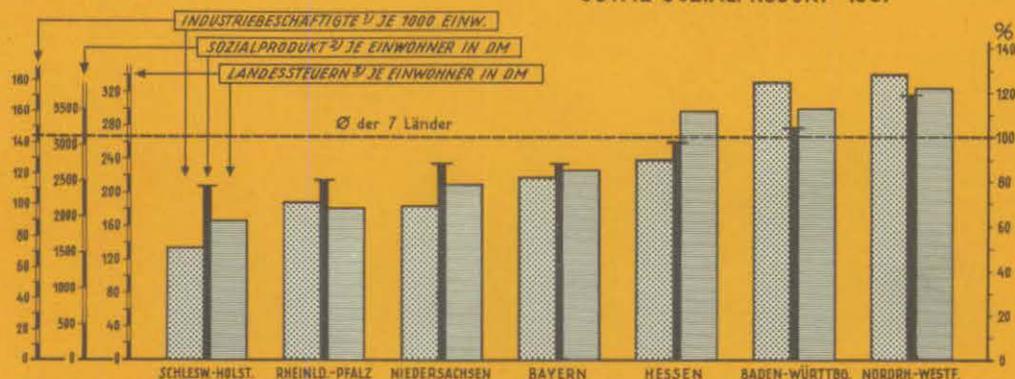


INHALT

Aktuelle Auslese	245	Die Einkommenspyramide in Schleswig-Holstein	261
Aus dem Inhalt	246	Durchschnittsmieten und Mietpreisstufen	266
Die Erwerbstätigkeit in Schleswig-Holstein	248	Anbau und Ernte von Gemüse 1958	269
Das Sozialprodukt Schleswig-Holsteins 1950 - 1958 (Teil 1)	254	Kurzberichte	272
Einkommen der natürlichen Personen in Schleswig-Holstein	259	Tabellenteil	73*
<i>Graphik des Monats: „Die Industriebeschäftigten in den Ämtern Schleswig-Holsteins“</i>			264

D-2821

INDUSTRIALISIERUNGSGRAD UND LANDESSTEUERAUFKOMMEN 1958
SOWIE SOZIALPRODUKT 1957



¹⁾nach der monatlichen Industrieberichterstattung, ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft
²⁾Inlandsprodukt zu Faktorkosten ³⁾nach Abzug des Bundesanteils

Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Kiel

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

	Einheit	Monatsdurchschnitt		Veränderung in %
		April 1958 bis Aug. 1958	April 1959 bis Aug. 1959	
BESCHÄFTIGUNG				
Arbeitslose	1 000	34	24	- 28
INDUSTRIE				
Produktionsindex ¹	1950=100	222	233	+ 5
Beschäftigte ²	1 000	165	162	- 2
Umsatz ^{2 3}	Mio DM	466	514	+ 10
Geleistete Arbeiterstunden ^{2 4}	Mio	24,2	23,7	- 2
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT				
Geleistete Arbeitsstunden ⁵	Mio Std	10,9	p 10,9	-
Erteilte Baugenehmigungen ⁶	Anzahl	1 483	1 761	+ 19
HANDEL				
Ausfuhr ⁷	Mio DM	62,1 ^a	73,0 ^a	+ 18
Einzelhandelsumsatz	1958=100	100	103	+ 3
VERKEHR				
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	3 672	3 834	+ 4
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)				
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1950=100	101	p 97	- 4
Preise ausgewählter Grundstoffe	1950=100	132	131	- 1
Erzeugerpreise				
industrieller Produkte	1950=100	125	124	- 1
landwirtschaftlicher Produkte ⁸	1950/51=100	132	p 136	+ 3
Lebenshaltungsindex ⁹				
insgesamt	1950=100	119	120	+ 1
Ernährung	1950=100	126	126	-
GELD UND KREDIT				
Kurzfristige Kredite ¹⁰				
Bestand	Mio DM	891 ^a	1 006 ^a	+ 13
Zunahme	Mio DM	+ 9 ^a	+ 14 ^a	x
Mittel- und langfristige Kredite ¹¹				
Bestand	Mio DM	1 980 ^a	2 332 ^a	+ 18
Zunahme	Mio DM	+ 22 ^a	+ 36 ^a	x
Spareinlagen ¹²				
Bestand	Mio DM	963 ^a	1 160 ^a	+ 21
Zunahme	Mio DM	+ 13 ^a	+ 14 ^a	x
STEUERAUFKOMMEN				
Umsatzsteuer ¹³	Mio DM	29	32	+ 10
Landessteuern ¹⁴	Mio DM	37	45	+ 22

1) Gesamtindustrie mit Energieerzeugung (ohne Bau) 2) in Betrieben mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten
3) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren
4) einschl. Lehrlingsstunden 5) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet) 6) Wohngebäude und Nichtwohngebäude (Neubau und Wiederaufbau) 7) 1959 vorläufiges Ergebnis 8) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni Neuberechnung; siehe "Wirtschaft und Statistik" Heft 7, Juli 1956, Seite 352 9) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltung; mittlere Verbrauchergruppe mit monatlich rund 300 DM Lebenshaltungsausgaben bzw. 360 DM Haushaltungseinnahmen 10) an die Nichtbankenkundschaft 11) an die Nichtbankenkundschaft; einschl. durchlaufender Kredite 12) Einlagenbestand am Monatsende 13) einschl. Umsatzausgleichsteuer 14) einschl. des an den Bund abzuführenden Anteils an den Einkommensteuern a) Monats-Ø aus 4 Monaten gebildet (April bis Juli)

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Oktober 1959



11. Jahrgang · Heft 10

Aktuelle Auslese



EINWOHNERZAHL NAHM WEITERHIN ZU

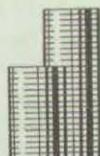
Schleswig-Holstein hatte am 30. Juni 1959 rund 2 284 600 Einwohner, 4 400 mehr als Ende März 1959. Diese Zunahme ergab sich aus einem Geburtenüberschuß von fast 2 900 Personen und einem Wanderungsgewinn von rund 1 500 Personen.



HÖCHSTE FÜRSORGEDICHTE IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

Ende März 1959 kamen in Schleswig-Holstein 32 Fürsorgeunterstützte auf 1 000 der Bevölkerung. Hierbei wurden die offene und geschlossene Fürsorge, Tbc-Hilfe und soziale Fürsorge gem. Bundesversorgungsgesetz berücksichtigt. Der entsprechende Fürsorgeaufwand je Einwohner betrug im Rechnungsjahr 1958 in Schleswig-Holstein fast 40 DM. Für die anderen Bundesländer ergaben sich folgende Zahlen:

Land	Fürsorge- unterstützte je 1 000 Einw. am 31. 3. 1959	Fürsorge- aufwand je Einw. im Rj. 1958 (in DM)
Bremen	31	42
Hamburg	28	46
Nordrhein-Westfalen	27	34
Hessen	24	31
Niedersachsen	24	28
Bayern	21	26
Baden-Württemberg	20	27
Rheinland-Pfalz	19	23
Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)	24	30



REGES INTERESSE AM BAUSPAREN

Im ersten Halbjahr 1959 wurden in Schleswig-Holstein 4 900 neue Bausparverträge abgeschlossen, 200 mehr als im ersten Halbjahr 1958. - Der Bestand an Bauspareinlagen erhöhte sich vom 30. Juni 1958 bis zum 30. Juni 1959 um 27 Mio DM (+ 19%) auf 165 Mio DM. Die Summe der gewährten Bauspardarlehen (einschl. Zwischenkredite) nahm im gleichen Zeitraum um 18% zu.



LÄNGERE BAUZEITEN?

Nur noch bei reichlich einem Viertel (27%) der 1958 neu gebauten Wohnungen ist die Baugenehmigung im gleichen Jahr erteilt worden. Bei 60% der Wohnungen liegt sie ein Jahr und bei 13% zwei Jahre und länger zurück. 1953 dagegen sind fast die Hälfte (45%) der Wohnungen im Jahre der Genehmigung auch fertiggestellt worden und nur bei 6% ist die Baugenehmigung zwei Jahre vor dem Fertigstellungsjahr erteilt worden. Die Tendenz zu längeren Bauzeiten ist auch in den dazwischen liegenden Jahren deutlich zu erkennen.



MEHR ALS 5 000 STUDENTEN IN KIEL

Im Sommersemester 1959 waren an der Christian-Albrechts-Universität in Kiel 5 139 Studenten immatrikuliert. Noch in keinem Semester ist die Zahl der Studierenden so hoch gewesen.

Aus dem Inhalt

Die Erwerbstätigkeit in Schleswig-Holstein

Seite 248

Im Oktober 1958 wurden durch die Mikrozensushebung 951 000 Erwerbstätige in Schleswig-Holstein gezählt. Davon waren 132 000 Selbständige, 93 000 Mithelfende und 726 000 Arbeitnehmer. - Die 132 000 Selbständigen übten ihre Tätigkeit als ihre erste Erwerbstätigkeit aus. Außerdem wurden weitere 13 000 Fälle erfaßt, in denen die selbständige Erwerbstätigkeit als zweite Beschäftigung neben einer Haupttätigkeit ausgeübt wurde (z. B. Nebenerwerbs-siedler). Darüber hinaus gab es noch 3 000 Fälle, in denen Selbständige Berufslose (Rentner, Pensionäre usw.) nebenberuflich selbständig tätig waren. - Von den 93 000 Mithelfenden arbeiteten 59% in der Landwirtschaft. Die Zahl der Mithelfenden scheint sich in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren nicht stark verändert zu haben. Auf den einzelnen landwirtschaftlichen Betrieb entfielen im Durchschnitt etwa 1 bis 1,5 Mithelfende. - Von den 726 000 erwerbstätigen Arbeitnehmern waren im Oktober 1958 64% Arbeiter, 27% Angestellte und 9% Beamte. Der Anteil der Arbeiter hat gegenüber 1950 abgenommen. - Insgesamt wurden 19 800 Erwerbslose gezählt. Der größte Teil der männlichen Erwerbslosen war über 45 Jahre alt. - 1958 gehörten 43% der schleswig-holsteinischen Gesamtbevölkerung zu den Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose). 1950 betrug die Gesamterwerbsquote 40%. Die Entwicklung der Erwerbsquote wurde in den letzten Jahren durch drei Faktoren beeinflusst: durch Verschiebungen im Altersaufbau der Bevölkerung, durch den späteren Eintritt der Jugendlichen ins Berufsleben und durch die verstärkte Beteiligung der Frau am Berufsleben. - Durch den Mikrozensus wurden 351 000 Selbständige Berufslose (Empfänger von Renten, Pensionen und Unterstützungen) ermittelt. Darunter waren fast sechs Zehntel Frauen. Von den Selbständigen Berufslosen waren 72% der Männer und 52% der Frauen 65 und mehr Jahre alt. Über die Hälfte der Selbständigen Berufslosen waren verwitwet. - Zu den 951 000 Angehörigen ohne Hauptberuf gehören vor allem Kinder, Schüler und Ehefrauen.

Das Sozialprodukt Schleswig-Holsteins 1950 - 1958 - Teil I -

Seite 254

In dem hier vorliegenden Aufsatz werden die Ergebnisse des Nettoinlandsprodukts zu Faktorkosten (NIP) kommentiert. Das NIP entspricht nicht ganz dem Sozialprodukt oder Volkseinkommen. Die Differenz liegt in dem Saldo der Einkommensströme aus Arbeit (Pendler) oder aus Kapital (z. B. Beteiligung an ausländischen Unternehmen) über die Landesgrenze. - Das NIP betrug 1958 in Schleswig-Holstein 5,7 Mrd DM. Die Meßziffer des NIP (1950 = 100) als Generalindex für die Entwicklung der Wirtschaftskraft des Landes stand 1958 auf 197. Hierbei sind allerdings auch die Preiserhöhungen mit einbezogen. Die jährliche Zuwachsrate für das NIP betrug im Durchschnitt der Jahre 1950 bis 1958 8,9%. Auf einen Einwohner entfielen 1950 1 128 DM und 1958 2 531 DM (+125%). - Der Beitrag der einzelnen Wirtschaftsbereiche zum NIP hat sich in den letzten Jahren nur geringfügig geändert. In Schleswig-Holstein wurde 1957 über die Hälfte des NIP in den gütererzeugenden Arbeitsstätten geschaffen: ein Drittel im Bereich der Industrie und

des Handwerks (einschl. Bergbau, Energiewirtschaft sowie Baugewerbe) und ein Fünftel von der Land- und Forstwirtschaft (einschl. Fischerei). - Die größte Zunahme des Beitrages zum NIP zwischen 1950 und 1957 hatte der Wirtschaftsbereich Banken und Privatversicherungen (+ 157%). An zweiter Stelle stand das Baugewerbe (+ 111%) und an dritter Stelle der Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung (+ 100%). Die Bereiche Wohnungsvermietung, Land- und Forstwirtschaft und Fischerei, die Sonstigen Dienstleistungen und Bergbau und Energiewirtschaft lagen in der Entwicklung ihres Beitrages zum NIP wesentlich unter dem Durchschnitt aller Wirtschaftsbereiche. - Bei einem Vergleich zwischen Schleswig-Holstein und dem Bund ergibt sich, daß im Bund die warenproduzierenden Bereiche ein größeres Gewicht hatten als in Schleswig-Holstein. Zu den Bereichen, die in Schleswig-Holstein einen relativ größeren Beitrag zum NIP leisteten, gehört vor allem die Land- und Forstwirtschaft und Fischerei. Obwohl die Aufwärtsentwicklung des NIP 1957 gegenüber 1950 in Schleswig-Holstein (+ 87%) langsamer war als im Bund (+ 112%), hat das auf die Einwohnerzahl bezogene NIP bei uns (+ 114%) stärker zugenommen als im Bund (+ 97%). - Der Anteil Schleswig-Holsteins am NIP des Bundes betrug 1958 3,4%. Nach Bremen (1,8%) leistete Schleswig-Holstein den kleinsten Beitrag zum NIP des Bundes.

Einkommen der natürlichen Personen in Schleswig-Holstein

Seite 259

Im Jahre 1954 wurden in Schleswig-Holstein 144 000 Personen mit Einkünften von knapp 1 Mrd DM zur Einkommensteuer veranlagt. Davon waren 139 000 Personen unbeschränkt steuerpflichtig. Sie hatten ein steuerrechtliches Einkommen von 838 Mio DM, das waren 173 Mio DM mehr als 1950. Von den unbeschränkt Steuerpflichtigen waren drei Viertel Steuerbelastete. Ihre durchschnittliche Steuerbelastung betrug 18,4% des Einkommens. - Die Summe der Einkünfte aus den sieben Einkunftsarten war 1954 etwa ein Drittel höher als 1950. Mehr als die Hälfte aller Einkünfte entfielen 1954 auf die Einkünfte aus Gewerbebetrieb, 16% auf Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft und gleichfalls 16% auf Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit. Die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit stellten nur einen geringen Teil des gesamten Arbeitseinkommens dar, weil die meisten Arbeitnehmer nicht Einkommen-, sondern Lohnsteuer zahlen. - Die unbeschränkt Steuerpflichtigen konnten 141 Mio DM als Sonderausgaben von dem Gesamtbetrag ihrer Einkünfte abziehen. Bei den Sonderausgaben handelte es sich vor allem um Aufwendungen für steuerbegünstigte Zwecke. - Nach Abzug der Sonderausgaben vom Gesamtbetrag der Einkünfte blieb den unbeschränkt Steuerpflichtigen ein Einkommen von 838 Mio DM. Im Durchschnitt hatte damit jeder Steuerpflichtige 1954 ein Einkommen von 6 035 DM. In der Einkommensgruppe 5 000 bis unter 8 000 DM, in die dieses Durchschnittseinkommen fällt, waren aber nur 19% der Steuerpflichtigen. Demgegenüber hatten 63% der Steuerpflichtigen Einkommen unter 5 000 DM im Jahr und 18% über 8 000 DM. Die Einkommensschichtung hat sich im Vergleich zu 1950 verbessert. Die Zahl der Steuerpflichtigen mit einem Jahreseinkommen bis unter 1 500 DM ist besonders stark zurückgegangen (- 45%). - Unter den Personen, deren Haupteinkommensquelle die selbständige Arbeit darstellte, war

der Anteil der kleinen Einkommensfälle (bis 5 000 DM) besonders niedrig (34%). Dagegen hatten 73% der Steuerpflichtigen mit überwiegend Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft und 85% der Pflichtigen mit Einkünften aus Vermietung und Verpachtung nur Einkommen bis 5 000 DM. - Knapp die Hälfte der Steuerpflichtigen war verheiratet und hatte Anspruch auf Kinderermäßigung. Nur 6% der Steuerpflichtigen waren ledig. - Etwa ein Viertel der unbeschränkt Steuerpflichtigen wurde in den vier Kreisfreien Städten veranlagt. In den Kreisfreien Städten betrug der durchschnittliche Gesamtbetrag der Einkünfte je Steuerpflichtigen 8 528 DM und in den Landkreisen 6 603 DM.

Die Einkommenspyramide in Schleswig-Holstein

Seite 261

In dem hier veröffentlichten Aufsatz wurde versucht, die Ergebnisse der Einkommensteuer 1954 mit den Ergebnissen der Lohnsteuer 1955 zusammenzuführen, um daraus eine Einkommenspyramide für Schleswig-Holstein aufzustellen. Diese Einkommenspyramide beruht nur auf individuellen Einkommen. - Die für 1954/55 gewonnene Einkommensschichtung ließ sich annähernd mit der von 1950 vergleichen. Der Vergleich zeigt die Verlagerung der Einkommen von niedrigeren zu höheren Einkommensgruppen. 1950 hatten etwa zwei Drittel aller Einkommensbezieher weniger als 3 000 DM Jahreseinkommen; bis 1954/55 verringerte sich ihr Anteil auf etwa zwei Fünftel. - Die Einkommensschichtung für 1954/55 zeigt ferner, daß die Arbeitnehmereinkommen sich stärker auf die kleineren und mittleren Einkommen konzentrieren, während die Einkommen der Selbständigen relativ stärker in den höheren Gruppen vertreten sind. - Bei einer Aufteilung der Einkünfte nach Einkunftsarten ergab sich, daß die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit eindeutig überwiegen.

Durchschnittsmieten und Mietpreisstufen

Seite 266

Die Ergebnisse der 10%igen Repräsentativerhebung zur Wohnungsstatistik 1956/57 ermöglichen es, die Wohnungsmieten unter strukturellen Aspekten, d. h. in Verbindung mit dem Baualter und der Größe der Wohnungen, zu betrachten. - Etwa die Hälfte aller reinen Mietwohnungen sind Altbauwohnungen, also vor dem Ende des ersten Weltkrieges erbaut worden. Der Altbauwohnungsbestand ist relativ am stärksten in den kleinen Landgemeinden (unter 2 000 Einwohnern) und in der Gemeindegrößenklasse von 50 000 bis 100 000 Einwohnern zu finden. Der Anteil der Neubaumiet-

wohnungen (bezugsfertig in der Zeit vom 1. 7. 1918 bis 20. 6. 1948) ist besonders hoch in Kiel und Lübeck und besonders niedrig in den Gemeinden unter 2 000 Einwohnern. Die Neuestbauwohnungen (bezugsfertig nach der Währungsreform) sind in den Gemeinden mit einer Einwohnerzahl zwischen 10 000 und 20 000 am häufigsten. - Im Durchschnitt kostete im September 1956 eine reine Mietwohnung in Schleswig-Holstein monatlich 44,15 DM Miete. Für Altbauwohnungen betrug die Durchschnittsmiete 39,52 DM und für Neuestbauwohnungen 50,57 DM. Das Mietniveau im Bundesgebiet war bei allen Altersgruppen höher, und zwar im Schnitt um 14%. - Im allgemeinen kann man für die damaligen Ergebnisse sagen, daß die Mieten je Wohnung in Schleswig-Holstein mit zunehmender Gemeindegrößenklasse steigen. Die Mietschwankungen zwischen der kleinsten und der größten Gemeindegrößenklasse sind relativ am stärksten bei den Altbauwohnungen. - Die in Schleswig-Holstein festgestellte Durchschnittsmiete je Wohnung von 44,15 DM entsprach etwa der Miethöhe der mittleren Wohnungen (3 bis 4 Räume einschl. Küche). Für die 1-Raum-Wohnung mußten durchschnittlich 24,30 DM monatlich bezahlt werden, für Wohnungen mit 7 und mehr Räumen über 113 DM. - Rund 43% der fast 300 000 reinen Mietwohnungen des Landes gehörten zu der untersten Mietpreisstufe (bis zu 35 DM im Monat). Für 39% der Wohnungen war eine Miete zwischen 35 und 60 DM zu zahlen.

Anbau und Ernte von Gemüse 1958

Seite 269

1958 wurden in Schleswig-Holstein etwa 10 200 ha mit Gemüse für den Verkauf bestellt. Davon standen 54% der Fläche für Feingemüse und 46% für Grobgemüse zur Verfügung. Die gesamte Anbaufläche war um 11% kleiner als 1957. Die vier Hauptgemüsearten waren Bohnen, Erbsen, Weißkohl und Rotkohl. Sie nahmen rund 70% der gesamten Gemüseanbaufläche in Anspruch. Knapp zwei Drittel der Gemüseflächen Schleswig-Holsteins lagen 1958 in den vier wichtigsten geschlossenen Gemüseanbaugebieten des Landes: in der Dithmarscher Marsch, im Lübecker Raum, auf der Insel Fehmarn und im Glückstädter Raum. An der gesamten Gemüsefläche des Bundesgebietes hatte Schleswig-Holstein 1958 einen Anteil von 16%. Bei einzelnen Gemüsearten (Buschbohnen, Kopfkohl, Grünen Pflückerbsen u. a.) war der Flächenanteil Schleswig-Holsteins noch höher. - 1958 wurden in Schleswig-Holstein 220 000 t Gemüse geerntet, ein Fünftel weniger als 1957. Reichlich ein Viertel der Ernte entfiel auf Feingemüse. Die Gemüseerträge fielen bei den einzelnen Gemüsearten im Vergleich zu 1957 sehr unterschiedlich aus.

Alle Angaben für das Bundesgebiet gelten, wenn nicht anders vermerkt, ohne Saarland und Berlin (West).

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Erläuterungen zu den Tabellen:

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung der Zahlen; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde. Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit. \bar{x} bedeutet Durchschnitt.

Zeichen an Zahlen bedeuten: p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl. Zeichen statt Zahlen bedeuten:

X = Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches nicht möglich oder sinnlos

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert grösser als Null, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt

... = Zahlenwert noch nicht bekannt.

Die Erwerbstätigkeit in Schleswig-Holstein

- Ergebnisse der Oktobererhebung des Mikrozensus 1958¹ -

Im Oktober 1958 wurden durch die Mikrozensus-erhebung

insgesamt 951 000 Erwerbstätige² gezählt.

Davon waren 132 000 Selbständige,
93 000 Mithelfende
und 726 000 Arbeitnehmer.

Die hier verwendeten Zahlen beruhen auf dem sog. "Erwerbspersonenkonzept", das in ähnlicher Form auch den zurückliegenden Berufszählungen zugrunde lag. Ob eine Person als Erwerbsperson anzusehen ist oder nicht, wird in diesem Konzept von der Ausübung eines Hauptberufes, auf dem ganz oder zum größten Teil der Lebensunterhalt beruht, abhängig gemacht. Für die Entscheidung, ob die betreffende Person zu den Erwerbspersonen oder zu den Selbständigen Berufslosen oder Angehörigen ohne Hauptberuf zu rechnen war, standen beim Mikrozensus ergänzende Angaben über geleistete Arbeitszeiten zur Verfügung, die 1950 bei der Berufszählung nicht vorlagen. Bei Personen, die sich als Erwerbstätige bezeichnet hatten, waren mindestens 24 Wochenstunden³ notwendig, um zu den Erwerbspersonen zu rechnen. Personen, die als Unterhaltsquelle eine Rente, Pension usw. angegeben oder sich als wirtschaftlich von anderen Personen abhängig bezeichnet hatten, aber nebenher erwerbstätig waren, wurden den hauptberuflich Erwerbstätigen nur dann zugerechnet, wenn sie mindestens 42 Stunden in der Berichtswoche³ gearbeitet hatten.

Selbständige

Die erwähnten 132 000 Selbständigen (1950: 145 000) übten ihre Tätigkeit als ihre wichtigste, ihre erste Erwerbstätigkeit, aus. Außerdem wurden weitere 13 000 Fälle gezählt, in denen die selbständige Erwerbstätigkeit als zweite Beschäftigung⁴ neben einer Haupttätigkeit ausgeübt wurde (z. B. der in einem Industriebetrieb beschäftigte Dreher, der eine landwirtschaftliche Nebenerwerbssiedlung betreibt und in dieser Tätigkeit als Selbständiger gilt - oder der selbständige Handwerker, der gleichzeitig einen landwirtschaftlichen Betrieb führt). Diese nebenberuflich Selbständigen können, wie sich aus den Beispielen ergibt, im

Hauptberuf Arbeiter oder Angestellte oder aber auch Selbständige sein. Der größte Teil der nebenberuflich tätigen Selbständigen - mehr als 8 000 - gehört zur Landwirtschaft.

Weitere 3 000 Fälle von nebenberuflicher selbständiger Erwerbstätigkeit⁴ wurden von Personen verrichtet, die nach dem Erwerbspersonenkonzept unter Berücksichtigung ihrer Arbeitszeiten den Selbständigen Berufslosen zuzurechnen waren.

Tab. 1 Die Selbständigen nach der Wirtschaftsabteilung

Wirtschaftsabteilung	Selbständige im Hauptberuf		
	insgesamt	männlich	weiblich
	in 1 000		
0 Landwirtschaft und Tierzucht, Forst- und Jagdwirtschaft, Gärtnerei und Fischerei	50	46	5
1/2 Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Energiewirtschaft; Eisen- und Metallerzeugung u. -verarbeitung	5	5	4
3/4 Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	16	13	
5 Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	8	8	9
6 Handel, Geld- und Versicherungswesen	33	24	
7+9 Dienstleistungen; Öffentlicher Dienst	17	13	4
8 Verkehrswesen	3	3	0
Insgesamt	132	111	22

Mithelfende Familienangehörige

Der Mikrozensus erfaßte im Oktober 1958 insgesamt 93 000 hauptberuflich tätige Mithelfende Familienangehörige. Davon waren

30 000 Männer
und 63 000 Frauen.

Der größte Teil der Mithelfenden (59%) ist in der Landwirtschaft tätig. Von den erwähnten 93 000 Mithelfenden entfallen allein 55 000 auf Landwirtschaft, Tierzucht, Gärtnerei, Forst- und Jagdwirtschaft, Fischerei; diese Zahl setzt sich zusammen aus

20 500 männlichen
und 34 500 weiblichen Mithelfenden.

Die Abgrenzung der Mithelfenden bereitete in der Berufsstatistik seit jeher ganz erhebliche Schwierigkeiten. Der Umfang der Erwerbstätigkeit ist im Familienbetrieb von Familienangehörigem zu Familienangehörigem recht unterschiedlich: Es gibt Mithelfende, die als volle Arbeitskräfte von früh bis abends im Betrieb beschäftigt sind, andere sind nur zeitweise mehr oder weniger regelmäßig beschäftigt. Ein großer Teil der Mithelfenden ist

1) Begriffe und Methoden siehe in Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein 1959 S. 219 (September)

2) einschl. Soldaten, Bereitschaftspolizei und Bundesgrenzschutz

3) Wurden als Ursachen für Arbeitsausfälle Krankheit, Urlaub, betriebliche Gründe u. ä. genannt, so wurden diese Personen auch bei geringerer Arbeitszeit zu den Erwerbspersonen gerechnet

4) Die zweiten Erwerbstätigkeiten werden im Erwerbspersonenkonzept nicht ausgewiesen

gleichzeitig im privaten Haushalt tätig oder geht nebenher noch einer anderen Beschäftigung nach. Die betriebliche Arbeitszeit dieser Mithelfenden ist davon abhängig, wie stark der Betrieb sie in Anspruch nimmt (z. B. im landwirtschaftlichen Betrieb in der Erntezeit), aber auch davon, in welchem Umfang sie durch die Haushaltsführung, einschließlich der Beaufsichtigung und Pflege von Kindern, in Anspruch genommen werden. Sie hängt schließlich auch von dem Umfang ihrer anderweitigen Berufstätigkeit ab.

Die oben erwähnten 55 000 im landwirtschaftlichen Bereich hauptberuflich tätigen Mithelfenden wurden im Erwerbersonnenkonzept zu den Erwerbersonnen gerechnet. Bei der abschließenden Aufbereitung des Mikrozensus wurden bei den Mithelfenden in der Landwirtschaft hinsichtlich ihrer Arbeitsleistung im Betrieb gewisse Mindestforderungen gestellt. Wurden diese nicht erfüllt, so wurde der Betreffende als nichterwerbstätig gezählt. Grundsätzlich wurde bei dieser vom Statistischen Bundesamt praktizierten Zuordnung der landwirtschaftlich Mithelfenden zu den Erwerbersonnen nur die für den Betrieb geleistete Arbeitszeit berücksichtigt. Arbeitszeiten, die für die Hauswirtschaft aufgewendet wurden, wurden von der angegebenen Gesamtarbeitszeit abgesetzt. Erreichte z. B. die hauswirtschaftliche Tätigkeit mehr als 60%, so wurden Familienangehörige, die sich als vollbeschäftigt bezeichnet hatten, nicht als Erwerbersonnen gezählt. Diese Abgrenzung bedeutete ungefähr eine tägliche Mindestarbeitszeit für den Betrieb von 4 Stunden. Zu der Gruppe der Mithelfenden, die diese 4 Stunden-Grenze nicht erreichte, gehören etwas mehr als 25 000 Personen, zum größten Teil Frauen.

Bei der Berufszählung im Jahre 1950 konnten Angaben über die Arbeitszeit oder gar über den Umfang der hauswirtschaftlichen Tätigkeit für die Abgrenzung des Personenkreises der Mithelfenden nicht herangezogen werden. Zu den Mithelfenden wurden 1950 alle die Personen gezählt, die sich als solche ausdrücklich bezeichnet hatten. Weiterhin wurden alle Familienmitglieder im Alter von 14 bis unter 60 Jahren in Familien, in denen sich der Haushaltsvorstand oder ein anderes Familienmitglied als Landwirt, Bauer oder dgl. eingetragen hatte, und die nicht Schüler oder anderweitig berufstätig waren, grundsätzlich als in der Landwirtschaft Mithelfende betrachtet. Nach dieser recht weiten Definition wurden 1950

	63 000 weibliche
und	16 000 männliche
insgesamt	79 000 Mithelfende in der Landwirtschaft

gezählt. Dieser Personenkreis der 1950 erfaßten Mithelfenden in der Landwirtschaft ist etwa

vergleichbar mit der Summe der ursprünglich in den Erhebungsbogen des Mikrozensus als "Mithelfende" eingetragenen Personen, das sind in der Hauptsache solche, die sich selbst als Mithelfende bezeichnet hatten oder die der Interviewer bei seinem Besuch im Haushalt auf Grund der ihm mitgegebenen Anweisungen als Mithelfende erkannt hatte. Es waren dies im Oktober 1958 rund 80 000.

Die Zahl der Mithelfenden scheint sich in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren nicht stark verändert zu haben. Dieser Personenkreis ist von der allgemeinen Abwanderung von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft nicht so stark ergriffen worden. Der Mangel an familienfremden Arbeitskräften bindet die familien-eigenen Arbeitskräfte stärker an den Betrieb. Unter den Mithelfenden in der Landwirtschaft gibt es einen doch wohl relativ recht großen Stamm, der größere Schwankungen in der Zahl der Mithelfenden verhindert. Zu diesem festen Bestand wären zunächst die Frauen der Landwirte zu rechnen, die ja in den meisten Fällen Mithelfende sind. Außerdem treten hinzu die Söhne, die den Betrieb später übernehmen sollen. Setzt man die Zahl der Mithelfenden in Beziehung zur Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Schleswig-Holstein - etwa 60 000 - so entfallen auf den einzelnen Betrieb im Durchschnitt zwischen 1 und 1,5 Mithelfende.

Die Statistik der Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben⁵ ermittelte nach dem Stand vom Juni 1958

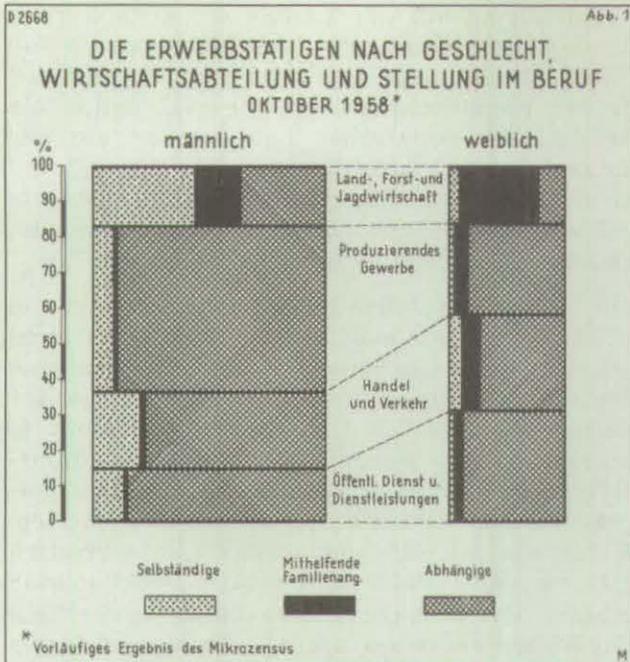
im gemeinsamen Haushalt lebende		
vollbeschäftigte Familienangehörige	männlich	20 000
	weiblich	59 000
	insgesamt	79 000.

Bei dieser Statistik wurde die Hausarbeit voll berücksichtigt. Neben diesen rund 79 000 vollbeschäftigten Familienangehörigen wurden in der Landarbeitskräftestatistik weitere rund 17 000 Familienangehörige ermittelt, die sich als "regelmäßig teilbeschäftigt" oder als "unregelmäßig beschäftigt" bezeichneten. Von diesen Personen wurden im Durchschnitt nur relativ wenige Arbeitsstunden im Berichtsmonat geleistet, etwa ein Viertel der Arbeitszeit einer volltätigen Person. Es werden hier aber viele Familienangehörige mitgezählt worden sein, die vielleicht wegen hohen Alters oder anderweitiger Berufstätigkeit nur in sehr begrenztem Umfang im Betrieb tätig sind.

Zusammenfassend kann über die Zahl der in Schleswig-Holstein in der Landwirtschaft tätigen Mithelfenden folgendes gesagt werden:

1. Nach der strengen Definition des Mikrozensus, die nur die für den Betrieb geleistete Arbeitszeit berücksichtigt und auf

5) gem. Verordnung vom 18. 6. 1956



diese Weise zu Beschäftigtenzahlen führt, die denen der gewerblichen Wirtschaft etwa vergleichbar sind, ergeben sich rund 55 000 Mithelfende.

2. Bezieht man die hauswirtschaftliche Tätigkeit mit ein, so ist mit einer Zahl von rund 80 000 Mithelfenden in der Landwirtschaft zu rechnen.
3. Wie sich aus der Landarbeitskräftestatistik ergibt, kommen für eine Mithilfe überhaupt, auch zum Teil recht geringen Umfanges, in landwirtschaftlichen Betrieben maximal etwa 95 000 Mithelfende in Betracht.

Tätige Arbeitnehmer

Zu den Arbeitnehmern rechnet die amtliche Statistik die Arbeiter, Angestellten und Beamten. Lehrlinge werden dabei entsprechend ihrer Versicherungspflicht in der Rentenversicherung für Arbeiter bzw. in der Angestelltenversicherung den Arbeitern oder den Angestellten zugerechnet. Die oben erwähnten 726 000 erwerbstätigen Arbeitnehmer (1950: 627 000) gliedern sich wie folgt:

	Insgesamt	davon	
		männlich	weiblich
		in 1 000	
Arbeiter ¹⁾	462	344	118
Angestellte ¹⁾	199	96	103
Beamte	66	60	6
Insgesamt	726	499	227

1) einschl. Lehrlinge

Der Anteil der Arbeiter ist bei beiden Geschlechtern zurückgegangen. Bei den Männern waren 1950 von 100 tätigen Arbeitnehmern noch 73 Arbeiter gegenüber 69 im Oktober 1958. Bei

den Frauen ging dieser Anteil von 67 auf 52 zurück. Der Anteil der männlichen Angestellten erhöhte sich von 18 auf 19%; bei den Frauen ist hier eine sehr starke Zunahme zu erkennen, und zwar von 31 auf 45%.

Die Arbeitsmarktstatistik weist zum Stichtag 30. 9. 1958 eine Arbeitnehmerzahl von 770 000 aus. Ein wesentlicher Teil des Unterschiedes gegenüber den durch den Mikrozensus ermittelten Zahlen ist nach Ansicht des Statistischen Landesamtes auf die verschiedenartige Zuordnung von Erwerbstätigen in die Kategorien der Stellung im Beruf, also der Zuordnung zu den Selbständigen und Mithelfenden auf der einen Seite oder der Zuordnung zu den Angestellten, Arbeitern und Beamten auf der anderen Seite, zurückzuführen. Die Arbeitsämter führen in ihren Karteien lediglich Arbeitnehmer, zu denen, wie schon erwähnt, die Beamten, Angestellten und Arbeiter einschließlich der Lehrlinge gehören. Die Mithelfenden Familienangehörigen, die der Interviewer auf Grund ihrer Familienzugehörigkeit und ihrer Tätigkeit beispielsweise im Betrieb der Eltern eindeutig als solche erkennt und bezeichnet, sind recht häufig sozialversichert, insbesondere die in gewerblichen Betrieben tätigen. In diesen Fällen sind sie dann bei den Arbeitsämtern gemeldet und erscheinen dort in der Gruppe der Arbeitnehmer. Nach den Unterlagen des Mikrozensus sind etwa 10% der Mithelfenden in landwirtschaftlichen Betrieben und 25% der Mithelfenden in den übrigen Betrieben in der Rentenversicherung pflichtversichert.

Unter den im Mikrozensus als Selbständige bzw. Mithelfende gezählten Erwerbstätigen befinden sich außerdem noch solche, die wegen einer weiteren Erwerbstätigkeit, die sie als Arbeitnehmer ausüben, bei den Arbeitsämtern registriert sind. Gleiches gilt für nebenher erwerbstätige Rentner und Ehefrauen. Es hat sich gezeigt, daß einige Befragte Teilbeschäftigungen und Nebenbeschäftigungen nicht gern dem Interviewer gegenüber erwähnen. Dies trifft insbesondere für Tätigkeiten zu, die sozial nicht sonderlich hoch bewertet werden, z. B. die Tätigkeit als Reinmachefrau, die recht häufig von Rentenempfängerinnen ausgeübt wird. So konnte ein Teil dieser Personen durch den Mikrozensus nicht als Arbeitnehmer erfaßt werden. Ein weiterer Teil der festgestellten Differenzen ist u. a. auf den unterschiedlichen Stichtag und auf die Überhöhung der Karteien der Arbeitnehmer zurückzuführen, die jedoch inzwischen - d. h. nach dem Oktober 1958 - zum größten Teil bereinigt wurden.

Erwerbslose

Die Zahl der Erwerbslosen wurde in der ersten Woche des Oktober 1958 mit insgesamt 19 800

Tab. 2 Die Arbeitnehmer nach der Wirtschaftsabteilung

Wirtschaftsabteilung	Arbeitnehmer ¹		
	insgesamt	männlich	weiblich
	in 1 000		
0 Landwirtschaft und Tierzucht, Forst- und Jagdwirtschaft, Gärtnerei und Fischerei	49	38	11
1/2 Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Energiewirtschaft; Eisen- und Metallherstellung und -verarbeitung	126	112	14
3/4 Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	117	66	50
5 Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	85	83	3
6 Handel, Geld- und Versicherungswesen	106	51	56
7+9 Dienstleistungen; Öffentlicher Dienst	181	94	87
8 Verkehrswesen	61	55	6
Insgesamt	726	499	227

1) einschl. Soldaten, Bereitschaftspolizei und Bundesgrenzschutz

festgestellt. Von der Arbeitsamtsstatistik wurden zum etwa gleichen Zeitpunkt (30. 9. 1958) 27 400 Arbeitslose gezählt. Es hat sich gezeigt, daß Erwerbslose häufig verschweigen, daß sie beim Arbeitsamt als arbeitslos gemeldet sind und Arbeitslosengelder beziehen. Nach außen - ihren Nachbarn und auch dem Zähler gegenüber - erscheinen sie als Hausfrauen, als Angehörige oder auch als Mithelfende.

Der größte Teil der männlichen Arbeitslosen ist älter als 45 Jahre, die weiblichen Arbeitslosen sind dagegen zum weitaus größten Teil jünger als 45 Jahre.

Von 100 sind	männlichen		weiblichen	
	Erwerbslosen	Einwohnern ¹	Erwerbslosen	Einwohnern ¹
15 b.u. 45 Jahre alt	39	62	73	58
45 " 65 Jahre alt	59	38	27	42

1) im Alter von 15 bis unter 65 Jahren

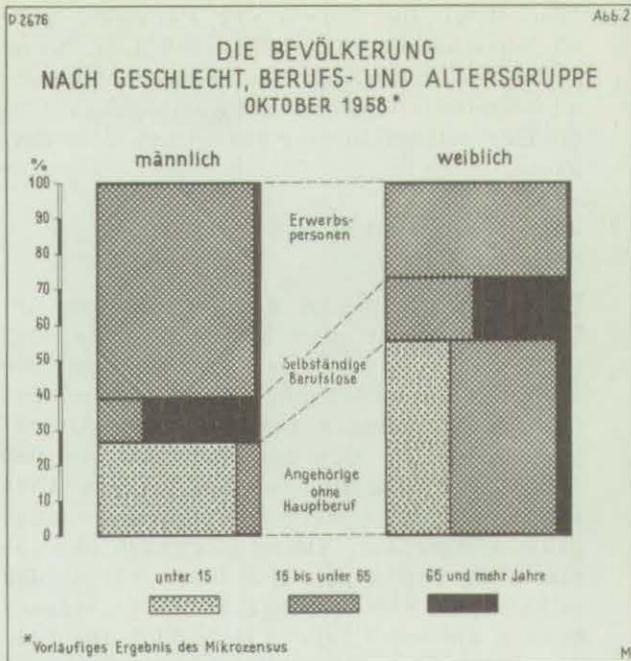
Entsprechend dem großen Anteil der älteren männlichen Erwerbslosen ist auch der Anteil der verheirateten männlichen Erwerbslosen relativ groß. Bei den arbeitslosen Frauen sind die ledigen relativ häufig vertreten.

Von 100 sind	männlichen		weiblichen	
	Erwerbslosen	Einwohnern ¹	Erwerbslosen	Einwohnern ¹
ledig	22	35	39	27
verheiratet	64	63	43	60
verwitwet, geschieden	14	3	18	14

1) im Alter von 15 bis unter 65 Jahren

Umfang der Erwerbstätigkeit

971 000 oder 43% der schleswig-holsteinischen Gesamtbevölkerung (61% der männlichen und



27% der weiblichen Bevölkerung) sind nach den Ergebnissen des Mikrozensus 1958 Erwerbspersonen, gehören also zu dem Bevölkerungsteil, der entweder aktiv im Beruf steht - mit dem berufsstatistischen Ausdruck "Erwerbstätige" bezeichnet - oder auch erwerbslos, vorübergehend nicht berufstätig ist (Erwerbspersonen = Erwerbstätige + Erwerbslose).

Im Jahre 1950 wurden durch die Berufszählung im September 1 035 000 Erwerbspersonen ermittelt, 40% der Bevölkerung waren damals Erwerbspersonen - 33% der Bevölkerung zählten zu den Erwerbstätigen (d.h. Erwerbspersonen abzüglich der Erwerbslosen), während es 1958 bereits 42% waren. Auf die durch die schwierige Abgrenzung der Mithelfenden in der Landwirtschaft zurückzuführende Erschwerung des Vergleichs wird weiter unten eingegangen. Der Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung liegt 1958 bei beiden Geschlechtern über dem des Jahres 1950.

Das Ansteigen der auf die Gesamtbevölkerung bezogenen Erwerbsquote seit 1950 ist durch drei wichtige Faktoren beeinflusst:

1. Verschiebung im Altersaufbau seit 1950

Der Anteil der noch nicht im Erwerb stehenden Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren ist deutlich gesunken. Schon diese Tatsache hat ein Ansteigen der Gesamterwerbsquote zur Folge. Dagegen verursacht ein wachsender Anteil der Alten, die ihrerseits nur noch zu einem kleinen Teil erwerbstätig sind, einen Rückgang der Erwerbsquote. Beide Effekte waren in den letzten Jahren wirksam. Die erstgenannte Tendenz griff erheblich stärker durch. Der Anteil der Kinder unter 15 Jahren betrug 1950 26%,

1958 21%. Der Anteil der Personen über 65 Jahre betrug 1950 10%, 1958 13%. So ist der verminderte Anteil der Kinder einer der wichtigsten Gründe für das Ansteigen der auf die Gesamtbevölkerung bezogenen Erwerbsquote.

2. Späterer Eintritt des Nachwuchses ins Berufsleben

Bei einem Vergleich des Anteils der Erwerbstätigen der unter 20jährigen zeigt sich recht deutlich, daß diese Altersgruppe 1958 noch nicht in dem Umfang im Erwerbsleben stand wie im Jahre 1950. In diese Altersgruppe, in der sich der Übergang von der Ausbildung zum Berufsleben hauptsächlich vollzieht, sind nunmehr geburtenstarke Jahrgänge eingerückt. Diese Jahrgänge der 15-bis unter 20jährigen sind heute, trotz des allgemeinen Bevölkerungsrückgangs, stärker besetzt als vor 8 Jahren (+ 20 000). Die Zahl der Erwerbspersonen dieser Altersklasse ist aber nur unwesentlichen Veränderungen unterworfen gewesen: 1950 insgesamt 142 000, 1958 insgesamt 144 000.

Die Erwerbsquote ist in diesen Jahrgängen deutlich zurückgegangen. Darin sind die verlängerten Ausbildungszeiten, insbesondere der verstärkte Besuch weiterführender Schulen, zu erkennen. 1950 waren nach den Ergebnissen der Schulstatistik von allen Jünglingen im Alter von 15 bis unter 20 Jahren 25% noch als Schüler auf Volks-, Mittel- und höheren Schulen; bis zum Jahre 1958 war dieser Anteil auf 28% gestiegen. Bei den Mädchen im Alter von 15 bis unter 20 Jahren stieg dieser Anteil in der gleichen Zeit von 20 auf 25%.

3. Verstärkte Beteiligung der Frau im Berufsleben

Die Frau steht heute weitaus stärker im Berufsleben als noch im Jahre 1950. Die anhaltend günstige Beschäftigungslage hat es der Frau ermöglicht, immer stärker beruflich tätig zu werden.

In einer Betrachtung alters- und geschlechtsspezifischer Erwerbsquoten (Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung eines bestimmten Geschlechts und einer Altersgruppe) sind die genannten drei Hauptgründe in der Entwicklung der letzten Jahre deutlich zu erkennen.

Die Erwerbsquote der unter 20jährigen liegt bei beiden Geschlechtern deutlich unter der von 1950. Bei den Männern ist dagegen im wichtigsten Alter der Berufstätigkeit von 20 bis unter 60 Jahren kein Unterschied⁶ gegenüber 1950 zu

6) Der in der Tabelle aufgezeigte Rückgang von 95 auf 94 ist statistisch nicht gesichert.

Tab. 3
Alters- und geschlechtsspezifische Erwerbsquoten 1950 und 1958

Im Alter von	Erwerbspersonen		Männliche Erwerbspersonen		weibliche Erwerbspersonen	
	auf 100 der Wohnbevölkerung		auf 100 Männer		auf 100 Frauen	
	1950	1958 ¹	1950	1958 ¹	1950	1958 ¹
15 bis unter 20 Jahren	74	68	76	71	71	64
20 bis unter 60 Jahren	61	64	95	94	34	38
60 bis unter 65 Jahren	37	38	72	71	9	(13)
15 bis unter 65 Jahren	61	62	91	89	36	39
Wohnbevölkerung insgesamt	40	43	58	61	24	27

1) einschl. Soldaten, Bereitschaftspolizei und Bundesgrenzschutz

erkennen. Bei den Frauen ist in allen Altersklassen ab 20. Lebensjahr deutlich der Anstieg der Erwerbsquote zu erkennen.

Im Vergleich mit 1950 muß ein definitiver Unterschied beachtet werden. Im Abschnitt "Mithelfende" wurden bereits die Schwierigkeiten in der Abgrenzung dieses Personenkreises in der Landwirtschaft geschildert. Zu den Mithelfenden in der Landwirtschaft und damit zu den Erwerbspersonen wurden bei der Erfassung im Mikrozensus nur solche Personen gezählt, die hinsichtlich des Umfangs ihrer Arbeitsleistung im landwirtschaftlichen Betrieb gewisse Mindestforderungen erfüllten. Diese "enge" Definition, die gegenüber der der Berufszählung 1950 eine wesentliche Verbesserung darstellt, da sie eine eindeutigere und im ganzen richtigere Abgrenzung ermöglicht, liegt den bisher dargestellten Erwerbsquoten zugrunde. Versucht man, die Abgrenzung der Mithelfenden derjenigen anzugleichen, die 1950 bei der Berufszählung zur Anwendung kam, wäre im Oktober 1958 mit zusätzlich etwa 25 000, insgesamt mit rund 80 000 Mithelfenden in der Landwirtschaft zu rechnen gewesen (gegenüber 55 000 Mithelfenden, die in den bisher genannten Zahlen nach der "engen" Abgrenzung enthalten sind). Bei Verwendung dieses erweiterten Mithelfenden-Begriffs erhöht sich die Erwerbspersonenzahl im Oktober 1958 auf 996 000. Die Gesamterwerbsquote steigt dann auf 44%.

	Erwerbsquoten	
	1950	1958 ¹
insgesamt	40	44
männlich	58	61
weiblich	24	29

1) einschl. Soldaten, Bereitschaftspolizei und Bundesgrenzschutz, erweiterte Definition der "Mithelfenden" in der Landwirtschaft

Selbständige Berufslose

Unter der Bezeichnung "Selbständige Berufslose" faßt die Berufsstatistik die Personen zusammen, die ein eigenes Einkommen beziehen,

ohne aber einer hauptberuflichen Erwerbstätigkeit nachzugehen. Es gehören zu diesem Personenkreis insbesondere die Empfänger von Renten, Pensionen und Unterstützungen. Hinzu kommen noch die für längere Zeit oder ständig in Anstalten untergebrachten Personen.

Insgesamt wurden durch den Mikrozensus

351 000 Selbständige Berufslose ermittelt. Davon waren
135 000 männlich
und 216 000, fast zwei Drittel, weiblich.

Durch die Volkszählung im Jahre 1950 waren 359 000 Selbständige Berufslose gezählt worden, von denen 142 000 männlich und 217 000 weiblich waren. Der Rückgang um insgesamt nur 8 000 (= 2%) ist in Anbetracht des allgemeinen Bevölkerungsrückganges unwesentlich. Die Zahl der Selbständigen Berufslosen kann jedoch nur im Zusammenhang mit einer Betrachtung des Altersaufbaues der Bevölkerung beurteilt werden. Wie schon oben dargestellt, hat trotz des Bevölkerungsrückganges die Gruppe der über 65jährigen, in die 60% aller Selbständigen Berufslosen gehören, um 32 000 zugenommen, und zwar stärker bei den Frauen (+ 27 000) als bei den Männern (+ 5 000). Von 100 Personen im Alter von 65 und mehr Jahren gehörten zur Gruppe der Selbständigen Berufslosen

bei den Männern		bei den Frauen	
1950:	82	1950:	65
dagegen 1958:	81	dagegen 1958:	68.

Über 50% aller Selbständigen Berufslosen sind verwitwet, vorwiegend die Frauen dieser Personengruppe. Die Zahl der Witwen unter den Selbständigen Berufslosen ist sechsmal so groß wie die der Witwer:

	Insgesamt	Männer	Frauen
Von 100 Selbständigen			
Berufslosen waren: ledig	13	8	15
verheiratet	33	70	9
verwitwet	51	20	71
geschieden	4	2	4

Mehr als 70% der Selbständigen Berufslosen leben von irgendeiner öffentlichen Rente. In der Mehrzahl handelt es sich um Invaliden- und An-

Tab. 4 Die Selbständigen Berufslosen nach Altersgruppen und Geschlecht 1950 und 1958

Altersgruppen	Insgesamt		Männlich		Weiblich	
	1950	1958	1950	1958	1950	1958
	in 1 000					
unter 45 Jahre	69	29	18	8	51	21
45 bis unter 65 Jahre	104	112	30	30	75	82
65 Jahre und älter	185	211	94	98	91	113
insgesamt	359	351	142	135	217	216
	in %					
unter 45 Jahre	19	8	13	6	24	10
45 bis unter 65 Jahre	29	32	21	22	34	38
65 Jahre und älter	52	60	66	72	42	52
insgesamt	100	100	100	100	100	100

gestelltenrenten, aber auch um Kriegsoffer- und Unfallrenten sowie um Unterhaltshilfe aus dem Lastenausgleich. Nur rund 6% der Selbständigen Berufslosen haben angegeben, daß sie überwiegend von öffentlicher Fürsorge leben. Die Fürsorgeempfänger sind nicht etwa - wie man versucht ist anzunehmen - in der Mehrzahl ältere Menschen: Drei Viertel von ihnen haben das 65. Lebensjahr noch nicht überschritten. 15% der berufslosen Einkommensträger sind Empfänger von Pensionszahlungen aus öffentlichen Kassen. Der Teil der Selbständigen Berufslosen, der vorwiegend aus einer Quelle seinen Lebensunterhalt bezieht, die aus privatem Vermögen, aus dem Altenteil, aus Vermietung und Verpachtung sowie aus privaten Unterstützungen fließt, ist relativ klein; es sind nur 8%.

Angehörige ohne Hauptberuf

Als Angehörige ohne Hauptberuf gelten alle Personen, die keiner hauptberuflichen Tätigkeit nachgehen, die also nicht erwerbstätig oder erwerbslos sind und die nicht zu dem Kreis der Selbständigen Berufslosen rechnen. Es sind dies in der Hauptsache Kinder, Schüler und Ehefrauen.

Insgesamt wurden 951 000 Angehörige ohne Hauptberuf ermittelt gegenüber 1 200 000 im

Tab. 5 Die Selbständigen Berufslosen nach ihrer überwiegenden Unterhaltsquelle und nach dem Geschlecht

Überwiegende Unterhaltsquelle	Selbständige Berufslose						darunter 65 Jahre und älter	
	insgesamt		männlich		weiblich		männl.	weibl.
	in 1000	%	in 1000	%	in 1000	%	%	
Eigenes Vermögen, Altenteil, Vermietung und Verpachtung, Private Unterstützungen	27	8	12	9	15	7	75	65
Sozialrenten ¹	191	54	78	58	113	52	81	60
Kriegsofferversorgung, Unfallrente	34	10	9	7	25	12	32	20
Übrige öffentliche Renten (Unterhaltshilfe aus dem Lastenausgleich, Stipendien u. a. m.)	26	7	7	5	19	9	64	56
Öffentliche Fürsorge und andere öffentliche Unterstützungen	22	6	6	5	16	7	20	28
Pensionszahlungen aus öffentlichen Kassen	51	15	23	17	29	13	74	56
Insgesamt	351	100	135	100	216	100	72	52

1) Rentenversicherung für Arbeiter, Angestelltenversicherung, Altersversorgung für das Deutsche Handwerk, Altershilfe für Landwirte

Jahre 1950. Die Veränderung im Altersaufbau, die Zunahme der Erwerbstätigkeit und insbesondere der Rückgang der Bevölkerung haben sich hier entsprechend ausgewirkt.

Unter den Angehörigen ohne Hauptberuf befinden sich 390 000 von insgesamt 542 000 verheirateten Frauen; das sind allein 72%.

Dipl.-Volksw. Gerhard Muske

Das Sozialprodukt Schleswig-Holsteins 1950 - 1958

Teil 1: Das Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten

Gesamtschau - Die Wirtschaftsbereiche - Schleswig-Holstein und der Bundesdurchschnitt - Schleswig-Holstein unter den Bundesländern

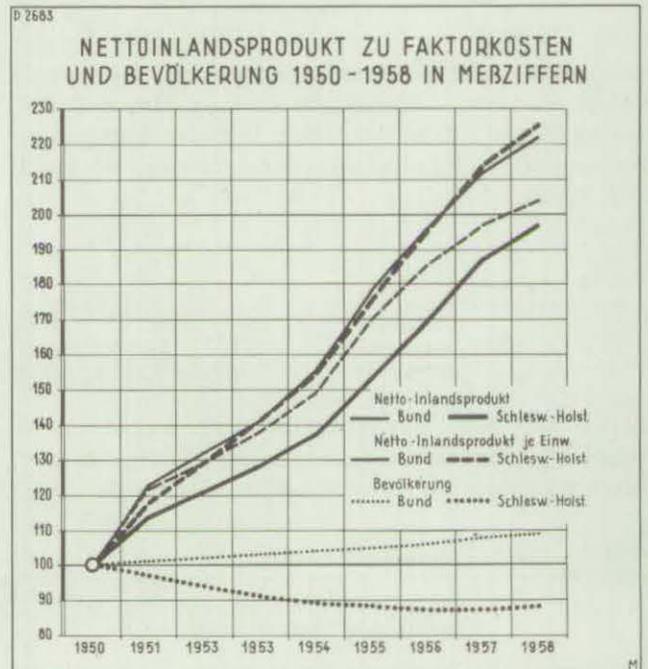
Gesamtschau

Das Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten betrug im Jahre 1958 über 5,7 Mrd DM. Gegenüber 1950 mit einem Inlandsprodukt von 2,9 Mrd DM bedeutet dieses eine Zunahme der wirtschaftlichen Leistung des Landes auf fast das Doppelte oder anders ausgedrückt: Die Meßziffer des Nettoinlandsprodukts (1950 = 100) als Generalindex für die Entwicklung der Wirtschaftskraft des Landes steht 1958 auf 197. Diese positive Entwicklung beruht nicht allein auf einer erhöhten Produktion von Gütern und Dienstleistungen, sie ist zum Teil auch Ausdruck der ansteigenden Preise in diesem Zeitraum. Da die Berechnung zu konstanten Preisen nur für das Bruttosozialprodukt vorliegt, bleibt die Aufspaltung der Entwicklung in monetäre und reale Faktoren einer späteren Stelle dieses Berichtes vorbehalten.

Die Zunahme des Nettoinlandsprodukts ist seit 1950 stetig. Im Schnitt ergibt sich für den Zeitraum 1950 bis 1958 eine jährliche Zuwachsrate von 8,9%. Abgesehen von dem Jahre 1951 mit der überaus großen Zunahme des Sozialprodukts gegenüber dem Vorjahre (14%), wird diese durchschnittliche Zuwachsrate nur in den Jahren 1955 bis 1957 überschritten, während in dem Zeitraum 1952 bis 1954 der jährliche Zuwachs des Nettoinlandsprodukts zwischen 6 und 7% schwankt. Die extreme Entwicklung im Jahre 1951 ist zu einem großen Teil auf die außergewöhnlichen Preissteigerungen dieses Jahres zurückzuführen. Erwähnenswert ist außerdem, daß die Zuwachsraten seit 1955 rückläufig und 1958 mit 5,3% auf den bisher tiefsten Wert abgesunken sind.

Bezieht man das Nettoinlandsprodukt auf die Einwohnerzahl, so ergibt sich wegen der bis 1956 durch gelenkte Umsiedlung und freie Abwanderung zum Teil stark rückläufigen und ab 1957 nur leicht ansteigenden Bevölkerungsbeziehung in dem betrachteten Zeitraum eine kräftigere Aufwärtsentwicklung als bei einer Betrachtung der absoluten Werte. Die Meßziffer 1950 = 100 des Nettoinlandsprodukts je Einwohner ist bis 1958 auf 225 angestiegen.

Der 1958 im Durchschnitt auf jeden Einwohner entfallende Betrag von über 2 500 DM Nettoin-



Tab.1 Das Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten in jeweiligen Preisen 1950 - 1958 in Schleswig-Holstein

	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958
absolut in Mio DM	2 921	3 329	3 533	3 751	4 012	4 473	4 952	5 454	5 743
Zuwachsraten in %	.	14,0	6,1	6,2	7,0	11,5	10,7	10,1	5,3
Meßziffern 1950 = 100	100	114	121	128	137	153	169	187	197
je Einwohner in DM	1 128	1 328	1 450	1 586	1 741	1 971	2 198	2 415	2 531
Zuwachsraten in %	.	17,7	9,2	9,4	9,8	13,2	11,5	9,9	4,8
Meßziffern 1950 = 100	100	118	129	141	154	175	195	214	225

landsprodukt ist nicht Ausdruck der Arbeitsproduktivität, da der Berechnung nicht die das Sozialprodukt erarbeitenden Beschäftigten zugrunde liegen. Außerdem kann hieraus auch nicht unmittelbar auf ein bestimmtes Wohlstandsniveau geschlossen werden, da wegen des hohen Pendlerüberschusses über die Landesgrenze, insbesondere nach Hamburg, das im Durchschnitt je Einwohner zur Verfügung stehende Einkommen höher liegen dürfte. Die Entwicklung des Nettoinlandsprodukts je Einwohner gibt jedoch im regionalen Vergleich wesentliche Aufschlüsse über die unterschiedliche Zunahme der Wirtschaftskraft.

Die Wirtschaftsbereiche

Die Struktur des Sozialprodukts, d. h. der Beitrag der einzelnen Wirtschaftsbereiche zum

Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten hat sich im Zuge des Wirtschaftsaufbaus Schleswig-Holsteins in dem betrachteten Zeitraum nur geringfügig verändert. In dem Verarbeitenden Gewerbe, wozu die Industrie und das Handwerk zählen, ist etwa ein Viertel des Sozialprodukts geschaffen worden. Zählt man die verwandten Bereiche Bergbau und Energiewirtschaft und das Baugewerbe hinzu, so erhöht sich der Anteil der warenerzeugenden Bereiche - ohne Land- und Forstwirtschaft und Fischerei - auf über ein Drittel. Der nächstgewichtigste Wirtschaftsfaktor vom Gesichtspunkt des Sozialprodukts aus ist der Bereich "Land- und Forstwirtschaft und Fischerei", wo um ein Fünftel des Sozialprodukts erzeugt wird. Von den übrigen Bereichen folgen der "Staat" und der "Handel" (14 bzw. 13%) und die Bereiche "Verkehr und Nachrichtenübermittlung" sowie die "Sonstige Dienstleistungen" mit je 8%.

Tab. 2 Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten 1950 - 1957 in Schleswig-Holstein

Bereiche	1950		1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	
	Mio DM	in %							Mio DM	in %
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	639	21,9	709	770	768	757	807	889	1 027	18,8
Bergbau und Energiewirtschaft	47	1,6	52	58	54	63	76	79	85	1,6
Verarbeitendes Gewerbe	711	24,3	883	914	962	1 080	1 177	1 274	1 393	25,5
Baugewerbe	206	7,1	200	207	260	287	359	401	436	8,0
Handel	381	13,0	452	462	486	505	591	658	710	13,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	204	7,0	231	255	271	298	343	379	409	7,5
Banken und Privatversicherungen	67	2,3	82	84	92	106	128	149	173	3,2
Wohnungsvermietung	45	1,6	32	30	45	51	51	60	66	1,2
Staat	392	13,4	438	482	524	556	594	675	748	13,7
Sonstige Dienstleistungen	229	7,8	249	269	288	310	347	387	407	7,5
insgesamt	2 921	100	3 329	3 533	3 751	4 012	4 473	4 952	5 454	100

In einer größeren Zusammenfassung der Wirtschaftsbereiche nach deren hauptsächlichsten Funktionen läßt sich folgendes aussagen:

In Schleswig-Holstein wird über die Hälfte des Nettoinlandsprodukts in den gütererzeugenden Arbeitsstätten geschaffen, wovon nicht ganz zwei Drittel auf Industrie und Handwerk entfallen und gut ein Drittel dem Bereich Land- und Forstwirtschaft und Fischerei zuzuschreiben ist. Die Verteilung der erzeugten Güter, d. h. der Groß- und Einzelhandel und der Verkehr (einschl. Nachrichtenübermittlung) trägt zu einem Fünftel dazu bei, und die Dienstleistungsbereiche (Banken und Privatversicherungen, Wohnungsvermietung, der Staat und die "Sonstige Dienstleistungen") sind mit einem Viertel an der wirtschaftlichen Leistung des Landes beteiligt.

Auch hinsichtlich dieser großen Gruppierung als Gesamtbetrachtung der Wirtschaftsstruktur des Landes hat sich, verglichen mit 1950, nicht viel geändert. Erwähnenswert ist aber, daß der Wirtschaftsaufbau der Nachkriegszeit die gewerbliche Wirtschaft, gemessen an ihrem Bei-

trag zum Nettoinlandsprodukt, mehr in den Vordergrund gerückt hat. Mit anderen Worten, der Industrialisierungsgrad Schleswig-Holsteins hat sich erhöht, was auch durch die Ergebnisse anderer Statistiken, z. B. des Steueraufkommens und der Beschäftigten, bestätigt wird. In struktureller Sicht im Einklang mit der gewerblichen Wirtschaft stehen die damit eng zusammenhängenden Bereiche "Verkehr und Nachrichtenübermittlung" und "Banken und Privatversicherungen". Der Handel dagegen - von kleinen Veränderungen abgesehen - auch der Staat und die sonstigen Dienstleistungen haben ihre strukturelle Position etwa gehalten. Lediglich der Bereich Land- und Forstwirtschaft und Fischerei und der weniger ins Gewicht fallende Bereich Wohnungsvermietung haben gegenüber 1950 einen merkbar geringeren Anteil zum Nettoinlandsprodukt beigetragen. Bei dem Bereich "Wohnungsvermietung" ist in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen, daß durch Wohnungsbewirtschaftung festgehaltene Mieten bei gleichzeitigen Preissteigerungen in Bau- und Baunebengewerbe (Instandhaltungskosten) den Beitrag dieses Bereichs zum Nettoinlandsprodukt nach unten drücken.

Tab. 3

Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten 1951 - 1957 Schleswig-Holsteins

Bereiche	Messziffern (1950 = 100)							Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahr in %						
	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	111	121	120	119	126	139	161	11,0	8,7	-0,3	-1,4	6,7	10,1	15,4
Bergbau und Energiewirtschaft	111	124	115	134	161	169	181	11,1	12,1	-7,9	16,5	20,5	4,7	7,3
Verarbeitendes Gewerbe	124	129	135	152	166	179	196	24,2	3,5	5,2	12,2	9,0	8,3	9,3
Baugewerbe	97	101	126	139	174	194	211	-2,8	3,5	25,5	19,4	24,9	11,6	8,8
Handel	119	121	128	132	155	173	186	18,7	2,2	5,2	3,8	17,2	11,2	7,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	113	125	132	146	168	185	200	12,8	10,7	6,0	10,1	14,9	10,5	8,0
Banken und Privatversicherungen	122	125	136	157	191	222	257	22,4	2,5	8,8	15,1	21,5	16,2	16,1
Wohnungsvermietung	71	67	100	112	112	133	145	-29,1	-6,1	50,0	12,6	-0,3	18,8	8,6
Staat	112	123	134	142	151	172	191	11,8	10,0	8,8	6,1	6,7	13,8	10,8
Sonstige Dienstleistungen	109	118	126	135	152	169	178	9,1	7,9	7,2	7,3	11,9	11,6	5,2
insgesamt	114	121	128	137	153	169	187	14,0	6,1	6,2	7,0	11,5	10,7	10,1

Mehr als durch eine Strukturbetrachtung läßt die Entwicklung der einzelnen Wirtschaftsbereiche an Hand von Meßziffern und Veränderungsdaten die Verschiebungen im Wirtschaftsgefüge Schleswig-Holsteins erkennen. Die größte Zunahme des Beitrages zum Nettoinlandsprodukt in dem betrachteten Zeitraum hat der Wirtschaftsbereich Banken und Privatversicherungen zu verzeichnen, und zwar besonders in den Jahren 1951 und 1955. In den folgenden Jahren waren die Zuwachsraten auf niedrigerem Niveau stetig.

Das Baugewerbe hat ebenfalls 1957 gegenüber 1950 einen mehr als doppelt so großen Beitrag zum Nettoinlandsprodukt geleistet. Der Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung, der ebenso wie das Bauwesen eng mit der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung zusammenhängt, hat seinen Beitrag zum Nettoinlandsprodukt ebenfalls auf das Doppelte erhöht. Die höchsten Zuwachsraten fallen auch in diesem Bereich auf die Jahre 1951 und 1955. Die nächsten Jahre weisen entsprechend dem Durchschnitt aller Wirtschaftsbereiche abnehmende Zuwachsraten aus.

Das verarbeitende Gewerbe hat gegenüber 1950 auch eine stärkere Aufwärtsentwicklung erfahren als der Durchschnitt aller Wirtschaftsbereiche. Die weitaus größte Zuwachsrate ist im Jahre 1951 erzielt worden, die aber zu einem wesentlichen Teil auf die außergewöhnlichen Preissteigerungen dieses Jahres zurückzuführen ist. Ein zweiter Höhepunkt, aber mit einer nur halb so großen Zuwachsrate wie 1951, liegt im Jahre 1954. In den Jahren ab 1955 ist die Entwicklung konstant mit Zuwachsraten zwischen 8% und 9%.

Zu den Bereichen die, gemessen an der Gesamtwirtschaft, eine überdurchschnittliche Steigerung ihres Beitrags zum Nettoinlandsprodukt ausweisen, gehört außer den vorgeannten noch der Staat. Der Handel dagegen repräsentiert mit einer Meßziffer von 186 im Jahre 1957 etwa die Gesamtentwicklung des Nettoinlandsprodukts zu Faktorkosten.

Vier Bereiche liegen in der Entwicklung ihres Beitrages zum Nettoinlandsprodukt wesentlich unter dem Durchschnitt aller Wirtschaftsbereiche. Es sind dieses die Bereiche "Land- und Forstwirtschaft und Fischerei", "Bergbau und Energiewirtschaft", die "Wohnungsvermietung" und die "Sonstigen Dienstleistungen". Betrachtet man die jährlichen Zuwachsraten, so fällt die rückläufige Entwicklung des Bereiches "Land- und Forstwirtschaft und Fischerei" in den Jahren 1953 - 1954 auf. In diesen Jahren, besonders aber 1953, ist allgemein im Bundesgebiet eine gewisse Stagnation der landwirtschaftlichen Wertschöpfung festzustellen. 1954 war außerdem für Schleswig-Holstein und Niedersachsen ein schlechtes Erntejahr. In den Jahren 1956 und 1957 lassen sich an den steigenden Zuwachsraten deutlich die positiven Auswirkungen der "Grünen Pläne" erkennen.

Schleswig-Holstein und der Bund

Ein Vergleich mit dem Bund muß vor allem die Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur zugrunde legen. Für die Beschreibung der Strukturunterschiede wird das Jahr 1957 herangezogen. Als erstes ist festzustellen, daß im Bund von den nach ihrer hauptsächlichsten Funktion zusammengefaßten großen Bereiche - Produktion, Verteilung und Dienstleistungen - die "Warenproduzierenden Bereiche" ein größeres Gewicht haben als in Schleswig-Holstein (58% gegenüber 54%). Dies gilt aber nicht allgemein für die Einzelbereiche dieser Zusammenfassungen.

Von den Bereichen, die in Schleswig-Holstein einen relativ größeren Beitrag zum Sozialprodukt leisten, ist vor allem der Bereich "Land- und Forstwirtschaft und Fischerei" zu nennen. Dieser Bereich hat hier einen über doppelt so großen Anteil wie im Bundesgebiet (19% gegenüber 9%). Bedingt durch den verglichen mit dem Bund relativ geringeren Anteil des Verarbeitenden Gewerbes am Sozialprodukt in Schleswig-Holstein und durch die sehr starke

Tab.4 Das Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten¹ in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet 1950 und 1957

Wirtschaftsbereiche	1950				1957 ²					
	Schleswig-Holstein		Bundesgebiet		Schleswig-Holstein			Bundesgebiet		
	Mio DM	in %	Mio DM	in %	Mio DM	in %	Zuwachs gegenüber 1950 in %	Mio DM	in %	Zuwachs gegenüber 1950 in %
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	639	21,9	8 518	11,2	1 027	18,8	61	14 346	8,9	68
Bergbau und Energiewirtschaft	47	1,6	3 926	5,1	85	1,6	81	9 340	5,8	138
Verarbeitendes Gewerbe	711	24,3	27 769	36,4	1 393	25,5	96	60 118	37,3	116
Baugewerbe	206	7,1	4 693	6,2	436	8,0	111	10 291	6,4	119
Handel	381	13,0	10 607	13,9	710	13,0	86	21 074	13,1	99
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	204	7,0	5 555	7,3	409	7,5	100	12 032	7,4	117
Banken und Privatversicherungen	67	2,3	2 171	2,8	173	3,2	157	6 099	3,8	181
Wohnungsvermietung	45	1,6	1 007	1,3	66	1,2	45	2 024	1,2	101
Staat	392	13,4	7 128	9,4	748	13,7	91	15 008	9,3	111
Sonstige Dienstleistungen	229	7,8	4 881	6,4	407	7,5	78	11 003	6,8	125
Nettoinlandsprodukt	2 921	100	76 255	100	5 454	100	87	161 335	100	112
	- in DM je Einwohner -									
Nettoinlandsprodukt	1 128	-	1 626	-	2 415	-	114	3 196	-	97
	- in DM je Einwohner, Messziffer Bund = 100 -									
Nettoinlandsprodukt	69	-	100	-	76	-	-	100	-	-

1) von Scheingewinnen und -verlusten nicht bereinigt

2) vorläufige Ergebnisse

Bautätigkeit als Folge der ausgeprägten Wohnungsnot der Nachkriegsjahre ist auch das Baugewerbe etwas stärker am Sozialprodukt beteiligt als im Bundesdurchschnitt (8% gegenüber 6%).

Andererseits hat das Verarbeitende Gewerbe infolge des größeren Industrialisierungsgrades im übrigen Bundesgebiet in Schleswig-Holstein nur einen Anteil am Sozialprodukt von 26%, im Bund dagegen von 37%. Der Bereich "Bergbau und Energiewirtschaft" hat durch den fehlenden Bergbau - in Schleswig-Holstein zählt hierzu in der Hauptsache nur die Erdölgewinnung - ein wesentlich geringeres Gewicht (2%) als im Bund (6%).

Der Bereich der "Dienstleistungen" - Banken und Privatversicherungen, Wohnungsnutzung, Staat und Sonstige Dienstleistungen - umfaßt im Bund etwa ein Fünftel der Wertschöpfung, in Schleswig-Holstein dagegen etwa ein Viertel. Dieser Unterschied beruht in der Hauptsache auf dem gegenüber dem Bundesdurchschnitt relativ großen Beitrag des Staates zum Sozialprodukt des Landes. In Schleswig-Holstein entfallen 14% der Wertschöpfung auf den Sektor Staat, im Bund dagegen nur 9%. Der vergleichsweise hohe Staatsanteil in Schleswig-Holstein ist vor allem auf zwei Faktoren zurückzuführen. Der Altersaufbau der Bevölkerung des Landes mit dem großen Gewicht der schulpflichtigen Jahrgänge und die relativ vielen kleinen Gemeinden mit eigenen Schulen bedingen u. a. relativ hohe Aufwendungen für das Schulwesen. Außerdem erfordern entsprechend der Sozialstruktur des Landes das Gesundheits- und Fürsorgewesen größere Verwaltungsleistungen als in den anderen Bundesländern. Die anderen

Einzelbereiche und Dienstleistungen sind im Bund und in Schleswig-Holstein etwa gleich stark am Sozialprodukt beteiligt. Ihre Anteile liegen zwischen 7% bzw. 8% bei den "Sonstigen Dienstleistungen" und 1% bei der Wohnungsnutzung.

Die "Verteilung" - Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung - nimmt im Bund und in Schleswig-Holstein etwa ein Fünftel der Wertschöpfung für sich in Anspruch. Auf den Handel entfallen davon 13%, auf den Verkehr und die Nachrichtenübermittlung 7 bis 8%.

Obwohl - wie oben dargestellt - die Aufwärtsentwicklung des Nettoinlandsprodukts zu Faktorkosten 1957 gegenüber 1950 in Schleswig-Holstein langsamer war als im Bund, zeigt die Tabelle 4, daß das auf die Einwohnerzahl bezogene Sozialprodukt in Schleswig-Holstein stärker zugenommen hat als im Bund. Die in Schleswig-Holstein durch Abwanderung und Umsiedlung zum Teil stark rückläufige Einwohnerzahl der Jahre 1950 - 1956 hat das Zurückbleiben der Zunahme des Sozialprodukts hinter der Bundesentwicklung mehr als ausgeglichen.

Schleswig-Holstein unter den Bundesländern

Schleswig-Holstein nimmt auf fast allen Gebieten des wirtschaftlichen und sozialen Lebens eine Extremstellung ein. Abgesehen von dem neu hinzugekommenen Bundesland Saarland und den Stadtstaaten Hamburg und Bremen ist es bekanntlich das Land mit der geringsten Fläche, der kleinsten Bevölkerungszahl und den wenigsten Beschäftigten. Seiner Wirtschaftsstruktur

nach, d. h. hinsichtlich des Gewichtes der einzelnen Wirtschaftsbereiche an der Wertschöpfung, den Beschäftigten, dem Steueraufkommen usw., stellt Schleswig-Holstein ein Land dar, dessen gewerbliche Wirtschaft in der Nachkriegszeit stark gefördert wurde, dessen Land- und Ernährungswirtschaft jedoch eine wesentliche Lebensgrundlage geblieben ist.

Der Anteil Schleswig-Holsteins an dem Inlandsprodukt des Bundes beträgt 1958 3,4%. Nach Bremen (1,8%) leistet Schleswig-Holstein den kleinsten Beitrag zum Inlandsprodukt des Bundes. Dieser ist aber noch wesentlich geringer als der Anteil an der Fläche (6,4%), der Bevölkerung (4,5%) und den beschäftigten Arbeitnehmern (4,0%). Ähnlich gelagert wie in Schleswig-Holstein sind - hinsichtlich der Flächen-, Bevölkerungs- und Beschäftigtenanteile, verglichen mit dem relativen Beitrag zum Inlandsprodukt des Bundes - die Verhältnisse in Bayern, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz, alles Länder mit starkem landwirtschaftlichen Einschlag. Im Gegensatz hierzu liegen in Nordrhein-Westfalen, das allein rund ein Drittel des Inlandsprodukts des Bundes erzeugt, die Anteile an Fläche, Bevölkerung, Beschäftigten zum Teil wesentlich unter dem am Netto-Inlandsprodukt. Das Gleiche gilt für die Stadtstaaten Hamburg und Bremen. In Baden-Württemberg und Hessen entspricht der relative Beitrag zum Inlandsprodukt des Bundes im wesentlichen den Anteilen der oben vergleichsweise genannten Wirtschaftsfaktoren.

Auch in der Entwicklung, dargestellt durch einen Vergleich der Jahre 1950 und 1958, weisen die Länder wesentliche Unterschiede auf. Schleswig-Holstein hat die geringste Zunahme des Inlandsprodukts zu verzeichnen (+ 97%). Die anderen Länder mit nicht ganz so starkem landwirtschaftlichen Einschlag - Bayern (+ 111%) und Niedersachsen (+ 111%) - sind ebenfalls hinter der Bundesentwicklung (+ 122%) zurückgeblieben. Demgegenüber liegen Bremen (+ 138%), Nordrhein-Westfalen (+ 132%) und Baden-Württemberg (+ 129%) über der bundesdurchschnittlichen Entwicklung. Hessen (+ 123%) und Rheinland-Pfalz (+ 119%) waren in ihrer Entwicklung etwa im Einklang mit dem Bundesgebiet.

Bezieht man das Netto-Inlandsprodukt auf die jeweilige Einwohnerzahl, so kommt wiederum das Übergewicht Nordrhein-Westfalens und der Stadtstaaten gegenüber den Ländern Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Bayern als Länder mit einem starken landwirtschaftlichen Einschlag zum Vorschein. Baden-Württemberg und Hessen kommen dem Bundesdurchschnitt am nächsten, Schleswig-Holstein hat mit einem Betrag von 2 531 DM im Jahre 1958 das geringste Inlandsprodukt je Einwohner.

In der Entwicklung des Nettoinlandsprodukts je Einwohner 1958 gegenüber 1950 liegt dagegen Schleswig-Holstein, gefolgt von Niedersachsen, an der Spitze. Sein Inlandsprodukt je Einwohner stieg in dem betrachteten Zeitraum von rund 1 100 DM auf 2 500 DM, also um 125%. In den Zuwanderungsländern (Nordrhein-Westfalen, Bremen, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hamburg) ist das Nettoinlandsprodukt je Einwohner unterdurchschnittlich angestiegen, am geringsten in Hamburg (+ 87%), Bayern (+ 108%) und Hessen (+ 104%) kommen der Bundesentwicklung am nächsten.

Begriffe und Methoden

Es ist hier nicht beabsichtigt, eine eingehende Darstellung der Begriffe der Berechnungsmethode zu geben. Der an der Sozialproduktberechnungsmethode interessierte Leser findet hierüber ausführliches Material in den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes¹. Die nachfolgenden methodischen Bemerkungen sollen lediglich dem praktisch mit den Ergebnissen der Sozialproduktberechnung arbeitenden Interessenten als begriffliches Gerüst dienen.

Die Sozialproduktberechnung kann grundsätzlich von drei Seiten in Angriff genommen werden, nämlich von der Entstehung, der Verteilung und der Verwendung des Sozialprodukts her. Die Berechnungen der Statistischen Landesämter gehen von der Entstehung des Sozialprodukts aus.

Das Sozialprodukt entsteht in den zu Wirtschaftsbereichen zusammengefassten Arbeitsstätten des Landes. Die Summe der in den Wirtschaftsbereichen in einer Periode, z.B. in einem Jahr, erzeugten zu Marktpreisen bewerteten Konsum- bzw. investitionsreifen Güter und Dienstleistungen ergibt das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen. Vermindert man das Bruttoinlandsprodukt um die Abschreibungen (Reinvestitionen) als Gegenwert für den Kapitalverschleiss im Zuge des Produktionsprozesses, so erhält man das Nettoinlandsprodukt zu Marktpreisen. In dem Nettoinlandsprodukt zu Marktpreisen sind aber Werte enthalten, die nicht der Wirtschaftsleistung der Produktionsfaktoren, sondern der gebenden (Subvention) und der nehmenden (indirekte Steuern) Tätigkeit des Staates zuzuschreiben sind. Das Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten oder das den Produktionsfaktoren zuzurechnende Einkommen ergibt sich daher aus dem Nettoinlandsprodukt zu Marktpreisen durch Subtraktion des Saldos aus indirekten Steuern und Subventionen.

Das von den Statistischen Landesämtern berechnete Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten entspricht nicht ganz dem Sozialprodukt oder Volkseinkommen. Die Differenz liegt in dem Saldo der Einkommensströme aus Arbeit (Pendler) oder aus Kapital (z.B. Beteiligung an ausländischen Unternehmen) über die Landesgrenze.

Aus den Sozialproduktberechnungen der Länder, die nach einheitlichen Methoden im Einklang mit den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes durchgeführt werden, liegen nunmehr die Ergebnisse für die Jahre 1950 - 1958 vor. Das Statistische Landesamt Schleswig-Holstein hatte es bisher aus verschiedenen Gründen unterlassen, die Bekanntgabe der Zahlen² durch eine Kommentierung zu ergänzen. Diese Zurückhaltung erschien insofern berechtigt, als die methodischen Arbeiten an den Sozialproduktberechnungen besonders hinsichtlich der Verarbeitung neuerer und besserer statistischen Materials nach wie vor im Flusse sind. Das bedeutet, dass die bisher bekanntgegebenen Zahlen vorläufigen Charakter haben, und dass auch die Ergebnisse der weiterzurückliegenden Jahre im Zuge der bevorstehenden grossen Revision der Bundesberechnungen gewisse Änderungen erfahren werden. Da nun aber abzusehen ist, dass sich die Abweichungen in engen Grenzen halten werden, war es angebracht, die Fülle des vorliegenden Materials in einer zusammenfassenden Darstellung zu veröffentlichen.

Dipl.-Volksw. Alfons Fuchs

1) Vergleiche auch: "Die Neuberechnung des Sozialprodukts für die Bundesrepublik Deutschland" in *Wirtschaft und Statistik* 1957, S. 123 (März) und "Das Sozialprodukt der Bundesrepublik 1950 - 1956 in konstanten Preisen" sowie "Das Sozialprodukt der Länder der Bundesrepublik 1950 - 1955" in *Wirtschaft und Statistik* 1957, S. 583 bzw. 595 (November).

2) siehe Stat. Jahrbuch Schl.-Holst. 1958, S. 159 ff.

Einkommen der natürlichen Personen in Schleswig-Holstein

- Ergebnisse der Einkommensteuerstatistik 1954 -

Im Jahre 1954 wurden in Schleswig-Holstein 144 000 Personen zur Einkommensteuer veranlagt. Die Summe ihrer Einkünfte belief sich auf knapp 1 Mrd DM. Hierin sind jedoch 27 Mio DM Sondervergünstigungen (vorwiegend nach § 7a bis d EStG) nicht enthalten, da diese Beträge bereits vorweg bei der Gewinnfeststellung abgezogen wurden. Nach Abzug der Verlustfälle und einer sehr geringen Zahl von Null-Fällen wurden etwa 140 000 Personen mit Einkommen ermittelt. Davon war ein geringer Anteil (etwa

1%) beschränkt steuerpflichtig. Die 139 000 mit Einkommen veranlagten unbeschränkt Steuerpflichtigen erzielten nach Berücksichtigung von 18 Mio DM ausgeglichenen Verlusten und 141 Mio DM Sonderausgaben ein steuerrechtliches Einkommen von 838 Mio DM, das waren 173 Mio DM mehr als 1950. Das zu versteuernde Einkommen betrug 780 Mio DM, da 59 Mio DM steuerfreie Abzugsbeträge abgesetzt und 1,3 Mio DM nachzusteuernde Beträge aus den Vorjahren zugerechnet wurden.

Tab. 1 Einkünfte und Steuerschuld der natürlichen Personen im Jahre 1954

Art der Steuerpflicht	Steuerpflichtige	Summe der Einkünfte	Ausgegliche Verluste	Gesamtbetrag der Einkünfte	Sonderausgaben	Einkommen	Steuerschuld
Unbeschränkt Steuerpflichtige	138 879	997	18	979	141	838	141
davon Steuerbelastete	104 823	905	13	892	125	767	141
Steuerbefreite	34 056	91	4	87	16	71	-
Beschränkt Steuerpflichtige	1 575	2	0	2	0	2	1
Steuerpflichtige ¹ mit Einkommen	140 454	999	18	981	141	840	142

1) ausserdem: 3 162 Steuerpflichtige mit insgesamt 38 Mio DM Verlusten;
14 449 Steuerpflichtige, die nicht veranlagt wurden ("nv"-Fälle);
3 Steuerpflichtige wurden nach dem Verbrauch besteuert.

Aus dem zu versteuernden Einkommen ergab sich eine Steuerschuld von 141 Mio DM; sie wurde von drei Vierteln der unbeschränkt Steuerpflichtigen getragen. Ihre durchschnittliche Steuerbelastung belief sich auf 18,4% des Einkommens, das je steuerbelasteten Pflichtigen 7 319 DM betrug. Das restliche Viertel der unbeschränkt Steuerpflichtigen zahlte bei einem durchschnittlichen Einkommen von 2 086 DM keine Einkommensteuer; 1950 war nur ein knappes Fünftel steuerbefreit.

Einkunftsarten, ausgeglichene Verluste und Gesamtbetrag der Einkünfte

Das Einkommen einer Person kann aus verschiedenen Quellen fließen. Im deutschen Einkommensteuerrecht werden diese einzeln aufgezählt und als Einkunftsarten bezeichnet.

Tab. 2 Die Einkünfte der unbeschränkt Steuerpflichtigen nach Einkunftsarten im Jahre 1954

Einkunftsart	Fälle		Einkünfte		
	Anzahl	%	Mio DM	%	DM je Fall
Land- und Forstwirtschaft	35 182	16	159	16	4 530
Gewerbebetrieb	74 255	35	513	51	6 902
Selbständige Arbeit	8 852	4	79	8	8 891
Nichtselbständige Arbeit	26 690	12	160	16	5 985
Kapitalvermögen	16 834	8	12	1	713
Vermietung und Verpachtung	39 363	18	57	6	1 445
Sonstige Einkünfte	13 675	6	17	2	1 270
Insgesamt	214 851	100	997	100	4 639

Die Summe der Einkünfte aus den sieben Einkunftsarten war 1954 etwa ein Drittel höher als 1950. An erster Stelle rangierten die Einkünfte aus Gewerbebetrieb, die etwas mehr als die Hälfte aller Einkünfte ausmachten. Es folgten die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft und aus nichtselbständiger Arbeit, die jeweils mit etwa einem Sechstel beteiligt waren. Die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit stellten nur einen geringen Teil des gesamten Arbeitseinkommens dar, da für die weitaus meisten Arbeitnehmer eine Veranlagung zur Einkommensteuer nicht in Frage kommt, sondern die Besteuerung im Wege des Lohnsteuerabzuges durchgeführt wird¹. Bemerkenswert ist, daß die Einkünfte aus Kapitalvermögen den geringsten Anteil an allen Einkunftsarten haben und je Fall (713 DM) weit unter dem Durchschnitt liegen.

Innerhalb der Einkunftsarten wurden in 14 000 Fällen Verluste im Gesamtbetrag von 18 Mio DM ausgeglichen. Mit 91% der Fälle und 86% des Verlustbetrags war die Einkunftsart "Vermietung und Verpachtung" am stärksten beteiligt. Die Miet- und Pachtverluste wurden zum größten Teil gegen Einkünfte verrechnet, die Steuerpflichtige aus nichtselbständiger Arbeit bezogen. Nach Berücksichtigung des Verlustausgleichs (18 Mio DM) ergab sich ein Gesamtbetrag der

1) Nach der Lohnsteuerstatistik 1955 wurden 540 000 Lohnsteuerpflichtige (mit Jahresbruttolöhnen von 1837 DM und mehr) und einer Bruttolohnsumme von 2,5 Mrd DM nachgewiesen

Einkünfte von 979 Mio DM oder 7 048 DM je Steuerpflichtigen. Das war etwa ein Viertel mehr als 1950.

Sonderausgaben

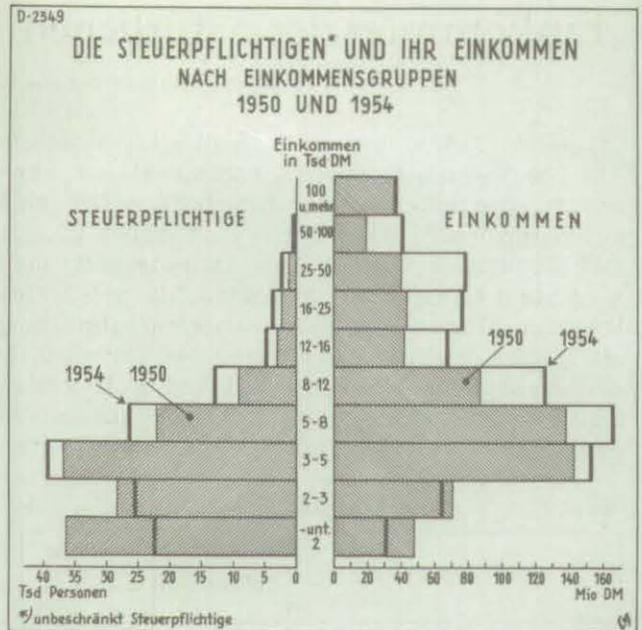
Die unbeschränkt Steuerpflichtigen konnten insgesamt 141 Mio DM als Sonderausgaben von dem Gesamtbetrag ihrer Einkünfte abziehen. Das waren 61 Mio DM oder 76% mehr als 1950. Bei mehr als der Hälfte (58%) des Betrages aller Sonderausgaben handelte es sich um Aufwendungen für steuerbegünstigte Zwecke und zwar hauptsächlich um Zahlungen auf Grund von Versicherungs-, Bauspar- und anderen Kapitalansammlungsverträgen. In etwa 65 000 Fällen, wurde der Pauschbetrag für Sonderausgaben geltend gemacht. Betragsmäßig war das aber nur ein Sechstel aller Sonderausgaben.

Die Sonderausgaben setzen sich in den höheren im Vergleich zu den niedrigeren Einkommensklassen unterschiedlich zusammen. Während beispielsweise dem Pauschbetrag für Sonderausgaben bei Einkommen unter 5 000 DM eine große Bedeutung zukommt (6,7% des Gesamtbetrags der Einkünfte), wurde er bei Steuerpflichtigen mit Einkommen über 100 000 DM überhaupt nicht berücksichtigt, da diese in jedem Fall über die Pauschbeträge hinausgehende Sonderausgaben geltend machten.

Einkommen

Nach Abzug der Sonderausgaben vom Gesamtbetrag der Einkünfte verblieb den unbeschränkt Steuerpflichtigen ein Einkommen von 838 Mio DM, das ergab im Durchschnitt für jeden der 139 000 unbeschränkt Steuerpflichtigen ein Einkommen von 6 035 DM. In der Einkommensgruppe 5 000 bis unter 8 000 DM, in die dieses Durchschnittseinkommen fällt, befanden sich nur 19% der Steuerpflichtigen (siehe auch Abbildung). 63% der Steuerpflichtigen hatten demgegenüber Einkommen unter 5 000 DM im Jahr und 18% über 8 000 DM. Nur bei etwa einem von Tausend Steuerpflichtigen (0,1%) ergab die Veranlagung ein Einkommen von 100 000 DM und mehr. An der Gesamtsteuerschuld waren die "kleinen" Steuerpflichtigen - das waren zwei Drittel aller Steuerpflichtigen - mit knapp 6%, die wenigen "großen" Fälle dagegen mit 14% beteiligt.

Ein Vergleich mit der Einkommensschichtung 1950 zeigt deutlich die Verlagerung der Steuerpflichtigen aus den unteren in höhere Einkommensgruppen. Die Zahl der Steuerpflichtigen mit Einkommen bis unter 1 500 DM ist besonders stark zurückgegangen (- 45%). Die Abnahme in der nächsten Einkommensgruppe betrug 16%, während die Zahl der Steuerpflichtigen



mit Einkommen über 3 000 DM zugenommen hat. Die relative Zunahme war nicht in allen Größenklassen gleich, sondern stieg mit zunehmender Einkommenshöhe. Sie betrug 7% in der Einkommensgruppe 3 000 bis unter 5 000 DM und erreichte sogar 108% bei Einkommen zwischen 50 000 und 100 000 DM.

Interessant ist auch die Einkommensstruktur der Steuerpflichtigen. Es fällt auf, daß 73% der Steuerpflichtigen mit überwiegend Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft "kleine" Steuerpflichtige, d.h. mit Einkommen bis 5 000 DM, waren. Der Anteil der "kleinen" Pflichtigen war mit 85% bei Einkünften aus Vermietung und Verpachtung sowie bei denen mit überwiegend "Sonstigen Einkünften" mit 94% noch höher, doch fielen diese Gruppen betragsmäßig nur wenig ins Gewicht. Ausgeglichen war dagegen die Verteilung über die Einkommensgruppen bei Pflichtigen mit überwiegend Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit und aus selbständiger Arbeit. Unter den Personen, deren Haupteinkommensquelle die selbständige Arbeit darstellte, war der Anteil der "kleinen" Einkommensfälle mit 34% besonders niedrig. Dagegen war er bei den mittleren Einkommen höher als bei allen anderen Einkunftsarten.

Über die Einkommenssituation einiger freier Berufe gibt die nachstehende Tabelle Aufschluß.

Allgemein lagen die Durchschnittseinkommen erheblich über dem Gesamtdurchschnitt. An der Spitze standen die Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, die im Durchschnitt einen Gesamtbetrag der Einkünfte von 17 600 DM erzielten. Die Ärzte lagen nur geringfügig darunter, während der Abstand zu den Zahnärzten schon erheblich größer war.

Tab. 3 Die Einkünfte einiger freier Berufe im Jahre 1954

Freie Berufe	Steuerpflichtige	Einkünfte aus selbständiger Arbeit		Gesamtbetrag der Einkünfte		Steuerschuld in 1 000 DM
		in 1 000 DM	in DM je Steuerpflichtigen	in DM je Steuerpflichtigen	in 1 000 DM	
Rechtsanwälte und Notare	601	8 809	10 104	16 812	2 081	
Wirtschaftsprüfer u. Steuerberater	112	1 606	1 968	17 571	423	
Ärzte	1 969	29 964	34 387	17 464	6 654	
Zahnärzte	1 108	12 161	12 607	11 378	1 965	
Tierärzte	327	3 505	3 951	12 083	568	

Steuerklassen

Etwas weniger als die Hälfte aller Steuerpflichtigen waren verheiratet und hatten Anspruch auf Kinderermäßigung (Steuerklasse III). Auf sie entfielen 55% des Einkommens. Weitere 36% der Steuerpflichtigen waren ebenfalls verheiratet, aber ohne Anspruch auf Kinderermäßigung (Steuerklasse II); ihr Anteil am Einkommen belief sich auf 33%. Zur gleichen Steuerklasse gehörten Personen, die verwitwet und zugleich über 50 Jahre alt oder unverheiratet und älter als 60 Jahre waren. Diese Personen inbegriffen, war für 45% der Steuerpflichtigen mit 40% des Einkommens die Steuerklasse II maßgebend. Nur 6% der Pflichtigen mit 5% des Einkommens waren ledig (Steuerklasse I).

Regionale Ergebnisse

Etwas ein Viertel (23%) der unbeschränkt Steuerpflichtigen und 28% der insgesamt in Schleswig-Holstein ermittelten Einkünfte wurden in den

vier kreisfreien Städte veranlagt (Der Bevölkerungsanteil betrug im gleichen Jahr 28%). Bei einem Gesamtbetrag der Einkünfte von 8 528 DM je Steuerpflichtigen im Durchschnitt der Kreisfreien Städte war die Spanne zwischen dem höchsten Durchschnittswert in Kiel (8 902 DM) und dem niedrigsten in Neumünster (8 121 DM) verhältnismäßig gering, während in den Landkreisen der Abstand zwischen dem höchsten Wert im Kreis Pinneberg mit 7 794 DM und dem niedrigsten im Kreis Segeberg mit 5 499 DM erheblich größer war. In den Landkreisen betrug der durchschnittliche Gesamtbetrag der Einkünfte 6 603 DM, im Landesdurchschnitt 7 048 DM.

In allen Stadt- und Landkreisen überwogen die Einkünfte aus Gewerbebetrieb. Ihr Anteil am Gesamtbetrag der Einkünfte schwankte zwischen 63% in der Stadt Flensburg und 38% im Landkreis Flensburg. Bei einem durchschnittlichen Anteil (nur Landkreise) der Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft von 22% war dieser Anteil im Landkreis Flensburg mit 35% am höchsten. Die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit machten in den kreisfreien Städten 23%, in den Landkreisen nur 14% aller Einkünfte aus. Auch die Einkunftsart "selbständige Arbeit" wies in den Stadtkreisen (10%) durchweg einen höheren Anteil auf als in den Landkreisen (7%). Für die Landkreise Eiderstedt und Husum spielten die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung eine größere Rolle; sie beliefen sich auf 11% bzw. 10% gegenüber durchschnittlich 6%. Die Einkünfte aus Kapitalvermögen waren in allen Kreisen ohne Bedeutung (1 bis 2%).

Dipl.-Volksw. Siegfried Schwarz

Vergleiche auch: "Die veranlagten Einkommen in Schleswig-Holstein" (Ergebnisse der Einkommensteuerstatistik 1950) in Stat. Monatsh. S.-H. 1954, S. 256 (Juli)

Die Einkommenspyramide in Schleswig-Holstein

- Aus den Statistiken der Steuern vom Einkommen -

Die Ergebnisse der Steuerstatistiken werden immer einen Mangel an Aktualität aufweisen, da zwischen Erhebungsjahr, Abschluß der Veranlagung und Aufbereitung der Ergebnisse sachlich bedingte mehr oder weniger große Zeiträume liegen. Für die im folgenden gebrachten Strukturdaten ist dieser Nachteil allerdings nicht so schwerwiegend, da sich die Struktur der Einkommensverteilung kurzfristig nur wenig verändert. Die etwas gestörte zeitliche Vergleichbarkeit (Arbeitnehmereinkommen: 1955, Einkommen der Selbständigen: 1954) kann daher in Kauf genommen werden¹. Ein weiterer Nachteil ergibt sich dadurch, daß vielfältige metho-

dische Schwierigkeiten, und hier besonders die Diskrepanz zwischen steuerrechtlichem und ökonomischem Einkommensbegriff, einen Zusammenbau zu einer Einkommenspyramide erschweren². Die aus den Steuerstatistiken gewonnenen Einkommensschichtungen sind ferner mit der generellen Einschränkung belastet, daß

1) Für die Statistiken der Steuern vom Einkommen des Kalenderjahres 1957 ist die zeitliche Übereinstimmung gegeben, Ergebnisse sind aber erst im Sommer 1960 zu erwarten, da die Veranlagung zur Einkommensteuer für 1957 noch nicht abgeschlossen ist

2) Hinsichtlich der Problematik der Einkommensschichtung aus den Ergebnissen der Steuerstatistiken wird auf die grundsätzlichen Ausführungen in "Wirtschaft und Statistik" 1954, S. 265 (Juni) und S. 457 (Oktober) verwiesen

die Einkommen nicht vollständig ausgewiesen werden und - auch bei lückenloser Erfassung aller Steuerpflichtigen - wegen der teils gesetzlich sanktionierten, teils faktisch praktizierten "Unterbewertung" als Mindestwerte angesehen werden müssen. Es muß weiter ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die hier dargestellte Einkommenspyramide auf individuellen Einkommen beruht. Die Einkommensschichtung würde anders aussehen, wenn sie nach den kumulierten Familien- oder Haushaltseinkommen aufgebaut werden könnte.

Tab.1 Die Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen
- nur unbeschränkt Steuerpflichtige -

Bruttolohngruppe (Gesamtbetrag der Einkünfte im Jahr)	Einkommensteuerpflichtige 1954, Lohnsteuerpflichtige 1955 zus.		davon				dagegen 1950 Einkommen- u. Lohn- steuerpflichtige zus. in %
			Einkommensteuerpflichtige 1954		Lohnsteuerpflichtige ¹ 1955		
	in 1000	%	in 1000	%	in 1000	%	
unter 3 000 DM	360 ^a	42	51 ^a	33	309	44	67
3 000 b.u. 5 000 DM	272	32	41	27	231	33	24
5 000 * 12 000 DM	197	23	46	30	152	22	8
12 000 DM und mehr	23	3	16	10	7	1	1
Insgesamt	852	100	153	100	699	100	100

1) ohne 27 000 zur Einkommensteuer Veranlagte mit 171 Mio DM Bruttolohn

a) einschl. 14 400 "nv"-Fälle

Um eine möglichst vollständige Übersicht über die Zahlder Einkommensbezieher und ihre Verteilung nach der Einkommenshöhe zu erhalten, wurden die Nichtveranlagten, deren Gesamtbeitrag der Einkünfte nicht ermittelt werden konnte - von den Finanzämtern wurde nur die Zahl dieser Fälle nachrichtlich mitgeteilt - in die obige Darstellung einbezogen. (Ein "nv"-Fall liegt immer dann vor, wenn sich ohne besondere Prüfung ergibt, daß das Einkommen unter der Steuerfreigrenze bleibt.) Sie wurden der Bruttolohngruppe unter 3 000 DM zugeordnet, weil die weitaus meisten von ihnen diesen Gesamtbeitrag der Einkünfte nicht überschreiten. Nach den 1954 geltenden Vorschriften war nämlich für Personen, deren steuerliches Einkommen, z. B. bei Verheirateten mit Kinderermäßigung, 2 201 DM überstieg, die Veranlagung erforderlich. Auch wenn man das steuerliche Einkommen um die durchschnittlichen Sonderausgaben erhöht, die sich auf etwa 14% des Gesamtbetrages der Einkünfte belaufen, würde die Zuordnung der Nichtveranlagten in die Gruppe der Steuerpflichtigen mit einem Gesamtbeitrag der Einkünfte bis 3 000 DM gerechtfertigt bleiben.

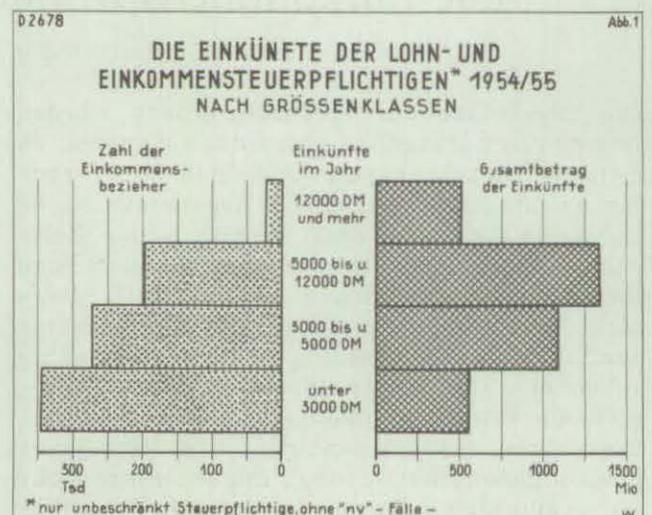
Die verhältnismäßig grobe Schichtung mußte gewählt werden, um übereinstimmende Größenklassen bilden zu können.

Die volle Vergleichbarkeit mit der Einkommensschichtung 1950 ist nicht herzustellen, da 1950 das steuerliche Einkommen und nicht wie 1954/1955 der Gesamtbetrag der Einkünfte für die Größengliederung maßgebend war. Trotzdem ist ein Vergleich bei der gewählten groben Einkommensschichtung zulässig, da die hierdurch verursachten Verschiebungen in der Besetzung der einzelnen Größenklassen mit Einkommensbezieher sehr geringfügig sind. Der Vergleich zeigt die Verlagerung von niedrigeren zu höheren Einkommensgruppen, wie sie bei der zurückliegenden, günstig verlaufenen Wirtschaftsentwicklung zu erwarten war; 1950 hatten etwa zwei Drittel aller Einkommensbezieher weniger als 3 000 DM Jahreseinkommen; bis 1954/55 verringerte sich ihr Anteil auf etwa zwei Fünftel. In der folgenden Gruppe waren 1950 ein knappes Viertel; 1954/55 dagegen nicht ganz ein Drittel aller Einkommensbezieher.

Die große Häufigkeit der kleinen Einkommen ist zum Teil dadurch bedingt, daß hier in erheblichem Umfang Personen auftreten, die nicht das ganze Jahr über Einkommen bezogen haben (z. B. Berufsanfänger, Rentner, Personen, die ihren Betrieb im Laufe des Jahres gründeten oder auflösten u. ä.). Eine Umrechnung auf Monatseinkommen und sich daraus ergebende vergleichbare Jahreseinkommen ist aber nicht möglich.

Bei einem Vergleich der Schichtung der Arbeitnehmereinkommen mit der Schichtung der Einkünfte der Selbständigen darf bei allen Vorbehalten festgestellt werden, daß die Arbeitnehmereinkommen sich stärker auf die kleineren und mittleren Einkommen konzentrieren, während die Einkommen der Selbständigen relativ stärker in den höheren Gruppen vertreten sind.

Die schon durch die Verteilung der steuerpflichtigen Personen nach der Größenklasse



ihrer Einkünfte (siehe Tab. 1) in großen Umrissen vorgezeichneten Anteile am Gesamteinkommen sind in der Abb. 1 dargestellt.

Tab. 2 Die Einkünfte der Lohnsteuerpflichtigen 1955 und Einkommensteuerpflichtigen 1954 nach Grössenklassen - nur unbeschränkt Steuerpflichtige¹ -

Grössenklasse der Einkünfte	Einkommensbezieher		Gesamtbetrag der Einkünfte und Bruttolohn	
	in 1000	in %	in Mio DM	in %
unter 3 000 DM	345	42	560	16
3 000 bis " 5 000 DM	272	32	1 085	31
5 000 " " 12 000 DM	197	24	1 334	38
12 000 DM und mehr	23	3	514	15
Insgesamt	838	100	3 491	100

1) ohne "nv"-Fälle

Die "kleinen" Einkommensbezieher, das sind Personen mit Einkünften unter 3 000 DM im Jahr, die etwa zwei Fünftel aller Einkommensbezieher ausmachten, waren nur wenig stärker an der Gesamtsumme der Einkünfte beteiligt (16%) als die "großen" (12 000 DM und mehr) Einkommensbezieher (15%), die aber nur knapp 3% aller Einkommensbezieher stellten. Diese Anteile würden sich nur unbeachtlich ändern, wenn die Einkünfte der 14 400 "nv"-Fälle ermittelt werden könnten. Sie dürften schätzungsweise höchstens 35 Mio DM betragen haben.

Die Einkunftsarten

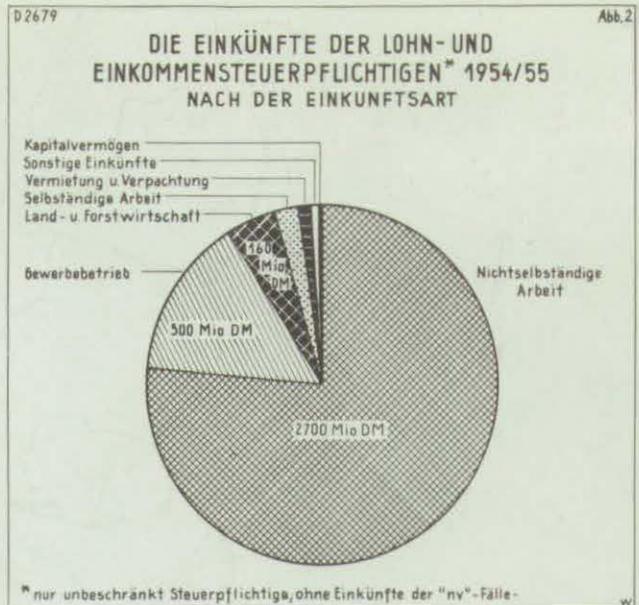
Die Anteile der einzelnen Einkunftsarten am Gesamtbetrag der Einkünfte vermitteln eine Vorstellung von dem Gewicht, mit dem die verschiedenen Einkommensquellen zu der Entstehung der Einkommen beitragen.

Die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit überwiegen so eindeutig, daß auch nach Aus-

Tab. 3 Die Einkünfte der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen nach der Einkunftsart

Einkunftsart	Einkünfte ¹	
	in Mio DM	%
Nichtselbständige Arbeit	2 672	76,5
Gewerbebetrieb	511	14,6
Land- und Forstwirtschaft	158	4,5
Selbständige Arbeit	79	2,2
Vermietung und Verpachtung	42	1,2
Sonstige Einkünfte	17	0,5
Kapitalvermögen	12	0,3
Insgesamt	3 491	100

1) ohne Einkünfte der "nv"-Fälle



schaltung der steuerlich zulässigen oder faktischen "Unterbewertung" des Unternehmereinkommens im Vergleich zum Arbeitnehmereinkommen keinesfalls eine Änderung in der Besetzung der ersten beiden Plätze eintreten würde.

Nach den bisherigen Ausführungen ist es einleuchtend, daß der mit 3,5 Mrd DM errechnete Einkommensbetrag unter dem tatsächlich in Schleswig-Holstein erzielten Gesamteinkommen liegt³. Auch wenn die Angaben im einzelnen einige Unzulänglichkeiten aufweisen, so dürften doch die Größenordnungen, sowohl für die Einkommensschichtung als auch für die Anteile der verschiedenen Einkunftsarten am gesamten Einkommen, zutreffend wiedergegeben sein.

Dipl.-Volksw. Siegfried Schwarz

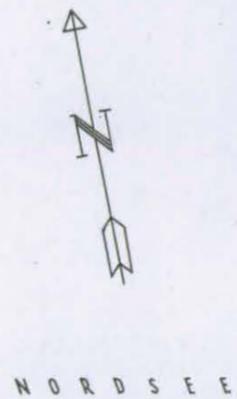
Die Ergebnisse der Statistiken der Steuern vom Einkommen sind mit ausführlichen methodischen und begrifflichen Erläuterungen veröffentlicht in:

1. Stat. Bericht "Die veranlagten Einkommen in Schleswig-Holstein im Jahre 1954", ausgegeben am 22. 7. 1959
2. Stat. Bericht "Die Lohnsteuerpflichtigen und ihre Bruttolöhne in Schleswig-Holstein", ausgegeben am 24. 8. 1959

3) So errechnet sich für das schleswig-holsteinische Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten ein höherer Betrag. Neben den bereits erwähnten, den Steuerstatistiken immanenten, "Unterbewertungen" und Unvollständigkeit des statistischen Nachweises des Arbeitseinkommens (Nichtrückfluss von Lohnsteuerkarten) beruht die Differenz hauptsächlich auf folgenden methodischen Unterschieden: Die unverteiltten Gewinne und die Masse der Transfereinkommen sind in den Steuerstatistiken nicht enthalten. Eine gegenläufige Differenz ergibt sich daraus, dass in den Steuerstatistiken die Einkommen am Wohnort gezählt werden, während bei der Sozialproduktsberechnung (Inlandsprodukt im Gegensatz zum Inländerprodukt) die Einkommen am Sitz der Arbeitsstätte ermittelt werden.

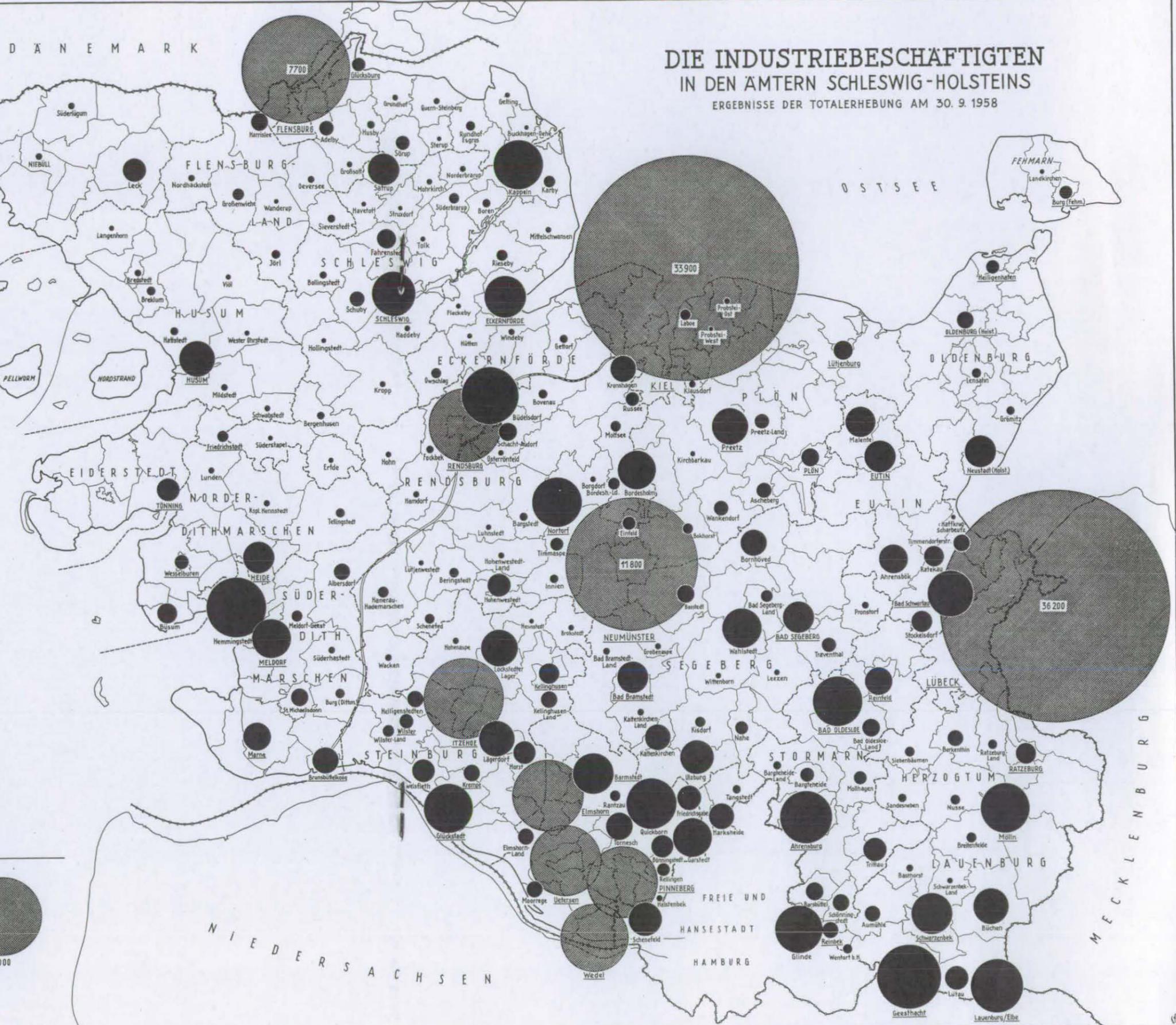
DIE INDUSTRIEBESCHÄFTIGTEN IN DEN ÄMTERN SCHLESWIG-HOLSTEINS

ERGEBNISSE DER TOTALERHEBUNG AM 30. 9. 1958



Auf den ersten Blick sind Lübeck und Kiel als Industriezentren von überragender Bedeutung zu erkennen, denen die beiden anderen kreisfreien Städte, Neumünster und Flensburg, erst in erheblichem Abstand folgen. Ein Ballungsraum besonderer Art ist der Ring um Hamburg mit dem Schwerpunkt im Kreis Pinneberg. Dennoch gibt es im ganzen Kreis Pinneberg nur etwa halb soviel Industriebeschäftigte wie in Lübeck. Ferner heben sich die Räume Rendsburg und Heide durch stärkere Industrialisierung heraus. Für die übrige Westküste ist das Fehlen nennenswerter Industrie bezeichnend.

Es ist zu erwähnen, daß wegen der Geheimhaltung in der nebenstehenden Abbildung für all die Ämter keine Beschäftigten eingetragen sind, wo es nur 1 oder 2 Industriebetriebe gibt.



Durchschnittsmieten und Mietpreisstufen

- Ergebnisse der 10%igen Repräsentativerhebung zur Wohnungsstatistik 1956/57 -

In den bisherigen Veröffentlichungen¹ der Ergebnisse der Wohnungsstatistik 1956/57 sind anhand der Totalerhebung die Wohnungsmieten unter dem Gesichtspunkt des Mietaufkommens und der Durchschnittswohnungs- bzw. -raum-mieten behandelt worden. Die mit dieser Erhebung verbundene 10%ige Repräsentativerhebung gibt darüber hinaus die Möglichkeit, die Mieten unter strukturellen Aspekten, d.h. in Verbindung mit dem Baualter und der Größe der Wohnungen, zu betrachten. Gerade die letzteren Gesichtspunkte sind aktuell im Hinblick auf die vorparlamentarische Diskussion um die Aufhebung der Wohnungsbewirtschaftung als Richtschnur für die staatliche Wohnungspolitik der kommenden Jahre. Leider ist es aus methodischen Gründen wegen der teilweise zu geringen Besetzung der Tabellenfelder nicht möglich, Aussagen über die Mietenstruktur des Wohnungsbestandes unterhalb der Landesebene zu machen. Um jedoch wenigstens Anhaltspunkte für die Beurteilung der Verhältnisse unterhalb der Landesebene zu geben, werden zu den Landesergebnissen auch die Angaben nach Gemeindegrößenklassen gebracht.

Baualter und Mieten

Das Baualter der normalen Mietwohnungen ist bereits in der vorgenannten Veröffentlichung dargestellt worden. Bei der vorliegenden Untersuchung handelt es sich im Gegensatz dazu um reine Mietwohnungen, d.h. Wohnungen mit Mietangaben ohne Dienst-, Werks-, Stifts-, Berufs-, Geschäftsmietwohnungen und ohne Wohnungen mit Dauerwohnrecht. Es sind also die Mietwohnungen, deren Miethöhe nicht durch Bindungen an bestimmte Personen oder durch einen zusätzlichen wirtschaftlichen Nutzen beeinflusst wird.

Etwa die Hälfte aller reinen Mietwohnungen sind Altbauwohnungen und vor dem Ende des 1. Weltkrieges erbaut worden. Die andere Hälfte der Wohnungen verteilt sich etwa zu gleichen Teilen auf Neubauwohnungen - erbaut in der Zeit vom 1. 7. 1918 bis 20. 6. 1948 - und auf Neuestbauwohnungen, also nach dem 20. 6. 1948 bezugsfertig gewordene Wohnungen.

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß bei allen Mietwohnungen, also einschl. der Werks-, Stifts-, Geschäftswohnungen usw., die Zusammensetzung nach dem Baualter sich hiervon nur unwesentlich unterscheidet.

Der Altbauwohnungsbestand ist relativ am stärksten zu finden in den kleinen Landgemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern und in der Gemeindegrößenklasse von 50 000 bis 100 000 Einwohnern. Bei dieser Gemeindegrößenklasse, die die Städte Flensburg und Neumünster umschließt, ist für den hohen Anteil der vor dem Ende des 1. Weltkrieges erbauten reinen Mietwohnungen die Stadt Flensburg ausschlaggebend. Relativ am wenigsten Altbauwohnungen haben die Gemeinden mit 5 000 bis unter 10 000 Einwohnern, gefolgt von den ausgesprochenen Großstädten Kiel und Lübeck (Gemeindegrößenklasse 100 000 und mehr Einwohner).

Bei den Neubauwohnungen (bezugsfertige Wohnungen in der Zeit vom 1. 7. 1918 bis 20. 6. 1948) weichen wiederum die kleinsten und größten Gemeinden wesentlich vom Durchschnitt ab, und zwar die Gemeinden unter 2 000 Einwohner mit dem geringsten Anteil und Kiel und Lübeck zusammen mit dem größten Anteil an Neubauwohnungen.

Die Neuestbauwohnungen, also Wohnungen, die nach der Währungsreform bezugsfertig geworden sind, treten in den Gemeindegrößenklassen

Tab. 1 Normale reine Mietwohnungen¹ nach Gemeindegrößenklassen und Baualter

Gemeindegrößenklasse	Von 100 Wohnungen wurden bezugsfertig in der Zeit			
	vor dem 1. 7. 1918	vom 1. 7. 1918 bis 20. 6. 1948	nach dem 20. 6. 1948	
			alle	darunter öffentlich geförderte Wohnungen
Schleswig-Holstein	51,1	23,3	25,6	17,0
davon in Gemeinden mit				
unter 2 000 Einwohnern	64,9	18,0	17,1	6,6
2 000 bis " 5 000 "	53,5	22,1	24,5	14,5
5 000 " " 10 000 "	45,4	24,6	30,0	18,5
10 000 " " 20 000 "	47,8	20,9	31,4	19,8
20 000 " " 50 000 "	50,3	22,7	27,0	19,3
50 000 " " 100 000 "	57,1	20,1	22,8	17,6
100 000 und mehr	46,7	27,0	26,3	18,8

1) nur Wohnungen mit Mietangaben ohne Dienst-, Werks-, Stifts-, Berufs-, Geschäftsmietwohnungen und ohne Wohnungen mit Dauerwohnrecht

1) Statistik von Schleswig-Holstein, Heft 25 "Wohnungen und Wohnparteien in Schleswig-Holstein", Stat. Monatsh. S.-H. 1957, Heft 12, (Dez.) "Wohnungen und Wohnparteien in Schleswig-Holstein", Stat.

Monatsh. S.-H. 1958, Heft 4, (April) "Der Normalwohnungsbestand in Schleswig-Holstein"

am häufigsten auf, wo der öffentlich geförderte soziale Wohnungsbau ein starkes Gewicht gewonnen hat. Insbesondere sind es die Gemeinden mit einer Einwohnerzahl zwischen 10 000 und 20 000, vornehmlich in den Einzugsgebieten der Industriezentren.

Im Durchschnitt kostet eine reine Mietwohnung in Schleswig-Holstein monatlich 44,15 DM Miete. Für Altbauwohnungen beträgt die Durchschnittsmiete 39,52 DM, für Neuestbauwohnungen 50,57 DM. Die Mieten der Wohnungen des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues liegen etwas unter denen der Neuestbauwohnungen, sind aber immer noch höher als die der anderen Altersgruppen.

Das Mietniveau im Bundesgebiet ist bei allen Altersgruppen höher, und zwar im Schnitt um 14%. Insbesondere bei den Neuestbauwohnungen - nach dem 20. 6. 1948 erbaut - fällt der Niveauunterschied auf. Die Mieten dieser Wohnungen liegen im Bundesgebiet durchschnittlich um 19% höher als in Schleswig-Holstein, während bei den Altbau- und Neubauwohnungen die Differenz nur 8% beträgt. Die - verglichen mit dem Bund - niedrigen Durchschnittsmieten sind im wesentlichen mit der dichteren Besiedlung des Bun-

desgebietes zu erklären. Bei einer Betrachtung der Mieten nach Gemeindegrößenklassen zeigt sich, daß in den unteren Gemeindegrößenklassen die schleswig-holsteinischen Durchschnittsmieten zum Teil unter denen des Bundes liegen; in den großen Gemeinden sind die Niveauunterschiede wesentlich geringer als im Durchschnitt aller Mietwohnungen.

Im allgemeinen bestätigen die Ergebnisse der Wohnungsstatistik die bekannte Tatsache, daß die Mieten je Wohnung in Schleswig-Holstein mit zunehmender Gemeindegrößenklasse steigen. Dies gilt auch für die Mieten der im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau gebauten Wohnungen. Lediglich die Gemeindegrößenklasse 50 000 bis unter 100 000 Einwohner macht hiervon bei allen Baualtersgruppen eine Ausnahme. Es dürfte sich hierbei aber um die mit Vorsicht zu behandelnde Aussage eines unechten Durchschnitts handeln, da - wie bereits erwähnt - diese Größenklasse lediglich aus den beiden Städten Flensburg und Neumünster besteht, die in ihrer historischen und wirtschaftlichen Entwicklung als maßgebendem Faktor der Siedlungsstruktur miteinander nicht im Einklang stehen.

Tab. 2
Monatliche Durchschnittsmieten normaler reiner Mietwohnungen¹
nach Gemeindegrößenklassen und Baualter in DM

Gemeindegrößenklasse	Wohnungen insgesamt	davon: im Zeitraum ... bezugsfertige Wohnungen			
		vor dem 1. 7. 1918	vom 1. 7. 1918 bis 20. 6. 1948	nach dem 20. 6. 1948	
				alle	darunter öffentlich geförderte Wohnungen
Schleswig-Holstein	44,15	39,52	47,26	50,57	50,38
dagegen: Bundesgebiet	50,25	42,63	50,96	60,25	57,51
davon in Gemeinden mit					
unter 2 000 Einwohnern	28,33	25,93	32,51	33,04	34,32
2 000 bis " 5 000 "	38,18	34,58	41,69	42,85	43,00
5 000 " " 10 000 "	42,33	36,45	47,89	46,67	45,96
10 000 " " 20 000 "	42,27	36,60	45,79	48,56	47,70
20 000 " " 50 000 "	45,92	40,81	48,37	53,40	52,00
50 000 " " 100 000 "	41,80	38,19	44,39	48,56	48,23
100 000 und mehr	52,06	48,92	52,12	57,54	55,69

1) siehe Tab. 1

Die Mietschwankungen zwischen der kleinsten und der größten Gemeindegrößenklasse sind relativ am stärksten bei den Altbauwohnungen. Deren Durchschnittsmieten schwanken zwischen rund 26 und rund 49 DM. Abgesehen von der im allgemeinen unterschiedlichen Ausstattung und Größe der Wohnungen dürfte als Erklärung hierfür anzuführen sein, daß bei den Altbauwohnungen die Bodenrente als Preisbildungsfaktor stärker ins Gewicht fällt.

Bei den Neubauwohnungen liegt die Mietspanne zwischen 32,51 und 52,12 DM und bei den Neuestbauwohnungen zwischen 33,04 und 57,54 DM. Die Durchschnittsmieten der im sozialen Wohnungsbau erbauten Wohnungen betragen in

den kleinsten Gemeinden des Landes 32,34 DM, in den beiden Großstädten 55,69 DM. Diese Preisdifferenz ist relativ geringer als bei allen Wohnungen dieser Baualtersgruppe.

Die Tatsache, daß die Mieten innerhalb der Gemeindegrößenklassen stärker voneinander abweichen als bei einer Gruppierung nach dem Baualter, läßt darauf schließen, daß die örtliche Lage von größerem Einfluß auf die Miethöhe ist als die Ausstattung der Wohnung. Es ist deshalb begründet, wenn in der Diskussion um die allmähliche Herausnahme der Mieten aus der Bewirtschaftung regionale Gesichtspunkte stärker zum Tragen kommen.

Raumzahl und Miete

Wenn auch als grober Anhaltspunkt für die Beurteilung des Mietenniveaus die Angabe der Durchschnittsmiete je Wohnung nach Baualtergruppen genügt, so muß doch für eine feinere Aussage über die Mietenstruktur die Wohnungsgröße als einer der Hauptfaktoren der Mietpreisbildung in die Betrachtung mit einbezogen werden.

Die in Schleswig-Holstein festgestellte Durchschnittsmiete je Wohnung von 44,15 DM entspricht etwa der Miethöhe der mittleren Wohnungen, die 3-4 Räume einschließlich Küche umfassen. Bei diesen Wohnungsgrößen liegt die durchschnittliche Wohnungsmiete um 18% bzw. 11% unter der des Bundesdurchschnitts. Für die 1-Raum-Wohnung sind durchschnittlich 24,30 DM monatlich zu zahlen. Die Mieten steigern sich mit der Raumzahl bis zu über 113 DM für Wohnungen mit 7 und mehr Räumen. Bei den Kleinstwohnungen ist die Mietdifferenz zum Bundesgebiet etwas größer (- 27%), bei den ausgesprochenen Großwohnungen - Wohnungen mit 6 und mehr Räumen - wesentlich kleiner (- 4 und - 2%).

Die durchschnittliche Miete je Raum fällt mit steigender Wohnungsgröße bis zu den 3-Raum-

Wohnungen und nimmt dann stetig zu, und zwar von 12,29 DM bis 15,28 DM für die 6-Raum-Wohnungen.

Im allgemeinen zeigt sich, daß auch von den Wohnungsgrößen hergesehen die Durchschnittsmieten je Wohnung mit zunehmender Gemeindegrößenklasse steigen. Die Gemeindegrößenklasse 50 000 - 100 000 Einwohner macht aus den bereits erwähnten methodischen Gründen hiervon eine Ausnahme. Die relative Mietspanne zwischen den kleinsten und den größten Gemeinden Schleswig-Holsteins ist je nach Wohnungsgröße jedoch sehr unterschiedlich. Sie ist am größten bei den Wohnungen mit vielen Räumen. Für Wohnungen mit 6 und mehr Räumen ist in den Großstädten monatlich eine Miete zu zahlen, die über doppelt so hoch ist wie in einer kleinen Landgemeinde. Auch schon bei den Wohnungen mit 5 Räumen beträgt die Mietdifferenz fast 100%. Am geringsten ist der Unterschied im Mietniveau bei den 3-Raum-Wohnungen. Für diese Wohnungen ist die Durchschnittsmiete in den Gemeinden bis zu 2 000 Einwohner 26,54 DM, in Kiel und Lübeck 42,64 DM, das sind annähernd 61% mehr. Bei den Kleinwohnungen wird die Preisdifferenz wieder größer. Für 1-Raum-Wohnungen beispielsweise beträgt das Verhältnis 15,67 : 28,53 DM, das entspricht einem Mehr von 82%.

Tab. 3 Monatliche Durchschnittsmieten normaler reiner Mietwohnungen¹ nach Gemeindegrößenklassen und Wohnungsgröße in DM

Gemeindegrößenklasse	Wohnungen insgesamt	davon Wohnungen mit ... Räumen						
		1	2	3	4	5	6	7 und mehr
Schleswig-Holstein	44,15	24,30	26,57	36,88	54,31	70,33	91,36	113,09
dagegen: Bundesgebiet	50,25	33,28	31,71	44,88	60,91	77,98	94,89	115,47
davon in Gemeinden mit								
unter 2 000 Einwohnern	28,33	15,67	18,64	26,54	35,39	44,19	54,65	70,50
2 000 bis " 5 000 "	38,18	20,84	23,76	32,11	47,19	57,61	80,36	70,64
5 000 " " 10 000 "	42,33	23,99	25,96	35,88	52,84	60,04	87,59	117,24
10 000 " " 20 000 "	42,27	22,84	26,91	34,62	53,83	70,29	82,75	102,08
20 000 " " 50 000 "	45,92	24,15	27,78	37,67	55,07	71,71	89,46	124,66
50 000 " " 100 000 "	41,80	26,03	25,91	34,46	49,76	65,22	85,76	115,81
100 000 und mehr	52,06	28,53	33,13	42,64	61,32	86,85	115,72	157,12

1) siehe Tab. 1

Die reinen Mietwohnungen nach Mietpreisstufen Das Zusammenwirken der verschiedenen, die Miethöhe betreffenden Preisbildungsfaktoren, wovon in vorliegendem Bericht das Baualter, die Größe und die örtliche Lage der Wohnungen behandelt worden sind, hat zum Ergebnis die Mietenstruktur. Sie antwortet zusammenfassend auf die Frage, wie sich der Bestand an reinen Mietwohnungen auf die einzelnen Preisklassen - billig, mittel und teuer - verteilt.

Rund 43% der fast 300 000 reinen Mietwohnungen Schleswig-Holsteins gehören zu der untersten Mietspreisstufe. Für sie sind im Monat bis zu

35 DM zu zahlen. Für nicht ganz soviel Wohnungen (39%) beträgt die Miete zwischen 35 und 60 DM. Man kann also sagen, daß für etwa vier Fünftel aller Mietwohnungen in Schleswig-Holstein Mieten angesetzt sind, die unter 60 DM liegen. Auch von dem Rest der Mietwohnungen hat die Masse Mieten, die unter 90 bzw. 120 DM monatlich liegen. Die ausgesprochen teuren Wohnungen mit Mieten über 120 DM monatlich fallen im Lande nicht ins Gewicht.

Das niedrigere Mietniveau in Schleswig-Holstein, verglichen mit dem des Bundesgebietes, spiegelt sich auch in der Verteilung der

Tab. 4 Normale reine Mietwohnungen¹ nach Gemeindegrößenklassen und Mietpreisstufen

Gemeindegrößenklasse	Von 100 Wohnungen hatten ... ein monatliche Miete von				
	bis 35 DM	über 35 - 60 DM	über 60 - 90 DM	über 90 - 120 DM	über 120 DM
Schleswig-Holstein	43,4	38,7	12,7	3,4	1,8
dagegen: Bundesgebiet	35,0	38,5	17,9	4,9	3,7
davon in Gemeinden mit					
unter 2 000 Einwohnern	78,2	17,5	3,0	0,8	0,4
2 000 bis " 5 000 "	56,6	31,8	8,5	1,8	1,3
5 000 " " 10 000 "	47,7	37,5	10,8	2,5	1,5
10 000 " " 20 000 "	48,1	35,0	12,4	3,2	1,3
20 000 " " 50 000 "	41,7	37,1	15,6	3,6	2,0
50 000 " " 100 000 "	46,8	39,0	11,3	1,9	1,0
100 000 und mehr	25,6	49,2	16,9	5,3	2,9

1) siehe Tab. 1

Mietpreisstufenwider. Etwa gleich häufig anzutreffen sind im Bundesgebiet die Wohnungen, die zwischen 35 und 60 DM kosten. Die ganz billigen Wohnungen - bis zu 35 DM Miete - kommen im Bundesgebiet wesentlich seltener vor (35%), während dort für jede 4. Wohnung über 60 DM Miete verlangt wird.

Um die Extreme herauszustellen, ist zu erwähnen, daß die ausgesprochen billigen Wohnungen - bis zu 35 DM Miete monatlich - über 75% des Bestandes an Mietwohnungen in den Gemeinden bis zu 2 000 Einwohner ausmachen, dagegen nur jede 4. Wohnung des Bestandes der Großstädte Kiel und Lübeck zu dieser Preisklasse gehören. Andererseits ist für fast jede 10. Wohnung in der letztgenannten Gemeinde-

größenklasse je Monat eine Miete von über 90 DM fällig, während in den Landgemeinden bis zu 2 000 Einwohner nur etwa für jede 100. Wohnung eine Miete in dieser Höhe verlangt wird. Die Unterschiede der Anteile der Wohnungen zwischen den einzelnen Gemeindegrößenklassen sind besonders groß in der Preisklasse 60 - 90 DM. In der kleinsten Gemeindegrößenklasse beträgt deren Anteil an dem Bestand von reinen Mietwohnungen 3%, in der größten Gemeindegrößenklasse 17%.

Dipl.-Volksw. Alfons Fuchs

Vergleiche auch: "Hauptergebnisse über die Mietpreise für normale reine Mietwohnungen nach der 10 %-Repräsentativerhebung der Wohnungsstatistik am 25. 9. 1956" in dem "Statistischen Bericht", Arb.-Nr. VI/35/9 vom 26. 2. 1959, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt

Anbau und Ernte von Gemüse 1958

Der folgende Beitrag befaßt sich nur mit dem zum Zwecke des Verkaufs angebauten Gemüse, das in Schleswig-Holstein aus den Erwerbsgärtnereien und aus den landwirtschaftlichen Betrieben kommt.

Anbau

Die Gemüseanbauflächen änderten sich in den letzten Jahren unter dem Einfluß der Absatzmöglichkeiten im jeweiligen Vorjahr beträchtlich. Das traf insbesondere für die Kopfkohlarten und die Grünen Pflückerbsen zu. So folgte 1958 auf ein Jahr mit verhältnismäßig großer Gemüseanbaufläche wieder ein Anbaurückgang. Insgesamt wurden 1958 rund 10 140 ha¹ mit Gemüse bestellt.

Erstmalig 1957 war das bis dahin in Schleswig-Holstein im Anbau dominierende Gemüse, der Weißkohl, von der Buschbohne übertroffen worden. Gerade der Weißkohlanbau wurde wegen der 1957 schwierigen Absatzverhältnisse 1958

weiter stark eingeschränkt. Hiervon waren Früh-, Herbst- und Dauerweißkohl fast gleichermaßen betroffen. Auf Fehmarn war der Weißkohlanbau in relativ stärkerem Maße zurückgegangen als in Süder- oder Norderdithmarschen. Während sich die Wirsingkohlfäche gegenüber 1957 nur unwesentlich geändert hatte, ging auch der Anbau von Rotkohl ähnlich wie Weißkohl um 18% zurück. Die Buschbohnen nahmen mit 2400 ha auch 1958 die größten Flächen unter allen Gemüsearten ein. Noch vor Weiß- und Rotkohl folgten Grüne Pflückerbsen mit 1 900 ha. Der Möhrenanbau, der in den Kriegs- und Nachkriegsjahren ein ungewöhnliches Ausmaß angenommen hatte und dann bis 1951 sehr stark eingeschränkt worden war, wurde später wieder ausgedehnt, so daß schon 1957 über 700 ha mit Möhren bestellt waren. Der Möhrenabsatz hatte aber in dem betreffenden Jahr zeitweise ebenfalls unter Preisdruck gestanden, so daß die Landesanbaufläche 1958 wieder etwas kleiner war.

Möhrenanbau in ha

1947	2 590	1957	730
1951	250	1958	700

1) Ausserdem waren 1958 noch 25 ha mit nicht näher bezeichneten Gemüsearten und 35 ha noch nicht ertragfähiger Spargel vorhanden

Tab. I
Anbau, Erträge und Ernte von Gemüse 1958 in Schleswig-Holstein¹

Gemüseart	Anbau		Ertrag		Ernte	
	ha	Veränderung gegenüber 1957 in %	dz/ha	Veränderung gegenüber 1957 in %	t	Veränderung gegenüber 1957 in %
Grobgemüse						
Weisskohl	1 869	- 17	462	- 12	86 381	- 27
Rotkohl	1 068	- 18	332	- 4	35 402	- 22
Wirsingkohl	567	+ 0	194	- 27	11 007	- 27
Grünkohl	138	- 37	150	+ 20	2 073	- 24
Spätkohlrabi	8	(- 50)	211	+ 2	162	(- 50)
Späte Möhren	596	+ 1	315	- 0	18 764	+ 1
Rote Rüben	90	- 58	384	+ 8	3 458	- 55
Sellerie	142	- 3	173	+ 8	2 451	+ 4
Porree	74	- 17	162	+ 8	1 197	- 11
Zwiebeln	30	- 12	175	- 13	525	- 24
Dicke Bohnen	35	- 41	129	+ 7	448	- 37
Grobgemüse zus.	4 617	- 16	.	.	161 868	- 24
Feingemüse						
Blumenkohl	424	+ 4	198	+ 9	8 400	+ 14
Gurken	276	+ 13	133	+ 14	3 673	- 3
Erbsen	1 871	- 18	95	+ 2	17 779	- 17
Bohnen	2 355	+ 1	94	- 19	22 177	- 18
Spargel	104	+ 18	22	- 2	228	+ 16
Frühe Möhren	102	- 24	201	+ 4	2 047	- 21
Rosenkohl	190	- 6	81	- 6	1 543	- 12
Salat	41	+ 17	133	+ 3	545	+ 21
Spinat	75	- 10	97	+ 4	733	- 5
Rhabarber	50	+ 22	204	+ 10	1 007	+ 32
Tomaten, Frühkohlrabi, Meerrettich, Schwarzwurzeln	36	- 14	.	.	450	- 18
Feingemüse zus.	5 524	- 6	.	.	58 582	- 12
Gemüse insges.	10 141	- 11	.	.	220 450	- 22

An dem steigenden Trend im Möhrenanbau waren die späten Sorten maßgeblich beteiligt. Hierzu hat u. a. der Karotinmöhrenanbau, der sich auf späte Sorten erstreckt, beigetragen. Der Frühmöhrenanbau hat vergleichsweise nur unbedeutend zugenommen. Der Anbau von roten Rüben, der in den Nachkriegsjahren enorm ausgeweitet worden war, hat wieder einen Tiefstand wie schon 1954 erreicht. Als Träger von natürlichem Farbstoff könnte diesem Gemüse jedoch später wieder größere Bedeutung zukommen. Von anderen Grobgemüsearten, wie Grünkohl, Sellerie und Porree wurde 1958 ebenfalls weniger angebaut als im Vorjahr.

Das Feingemüse hat, insgesamt betrachtet, nicht soviel Flächen eingebüßt wie das Grobgemüse. Grüne Pflückerbsen verloren die größte Fläche. Auch einige weitere, flächenmäßig aber nicht so bedeutsame Feingemüsearten, wie Rosenkohl, Spinat und Frühkohlrabi wurden im Anbau eingeschränkt. Während die Buschbohnenfläche gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert blieb, wurden die Flächen von Blumenkohl, Spargel und vor allem auch Gurken vergrößert. Bei den letzteren handelt es sich hauptsächlich um Einlegegurken. Ob-

wohl heute wieder weniger Gurken angebaut werden als kurz nach dem Kriege, behielt der Gurkenanbau dennoch im Vergleich zu den Vorkriegsjahren eine wesentlich größere Bedeutung. 1958 war die Gurkenfläche fast dreieinhalbmal so groß wie im Jahresdurchschnitt 1937 - 39. Fast 30% dieser Fläche lag auf Fehmarn.

Knapp zwei Drittel der Gemüseflächen Schleswig-Holsteins lagen 1958 in den vier wichtigsten geschlossenen Gemüseanbaugebieten des Landes

	Gemüseanbaufläche	
	in ha	in %
Glückstädter Raum	514	5
Dithmarscher Marsch	3 350	33
Insel Fehmarn	867	9
Lübecker Raum	1 786	18

Die übrigen 3 687 ha verteilten sich im Streuanbau über das übrige Schleswig-Holstein, und zwar hauptsächlich über das östliche Holstein.

Bundesvergleich

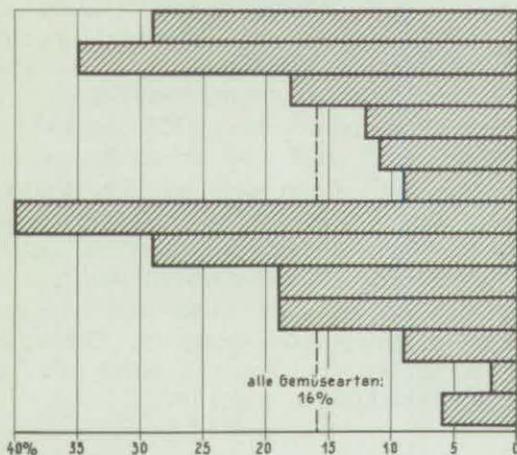
Ein großer Teil der Gemüsefläche des Landes gehört zu landwirtschaftlichen Betrieben, weil sich einzelne, in Schleswig-Holstein gut gedeihende Gemüsearten feldmäßig anbauen lassen und in die Fruchtfolge eines landwirtschaftlichen Betriebes einfügen. Gerade bei diesen Gemüsearten hat Schleswig-Holstein flächenmäßig einen verhältnismäßig hohen Anteil an der gesamten Gemüsefläche des Bundesgebietes. Während die Gemüsefläche des Landes 1958 16% der gesamten Bundesgemüsefläche umfaßte, lagen die entsprechenden Anteile z. B. bei den Kopfkohlarten, bei Buschbohnen und den Grünen Pflückerbsen darüber.

Im allgemeinen können die mit hoher Arbeitsintensität belasteten Gemüsearten im landwirtschaftlichen Betrieb nicht angebaut werden. Soweit sich der erhöhte Arbeitsbedarf jedoch im wesentlichen auf die Ernte beschränkt, wie z. B. bei Pflückerbsen und Buschbohnen, wurden besonders im Vertragsanbau Möglichkeiten gefunden, diese Schwierigkeiten zu beheben, indem der Abnehmer die Ernte mit einer eigenen Arbeitskolonne oder Maschine einbringt.

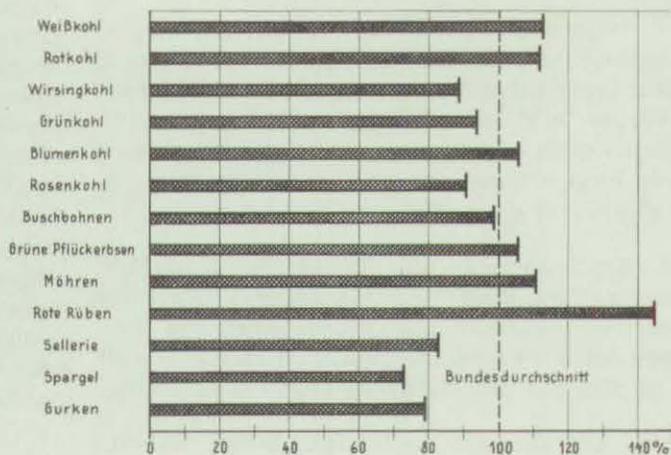
Die Gemüsearten, denen die natürlichen Gegebenheiten Schleswig-Holsteins abträglich sind, blieben unter dem Durchschnittsanteil. So erreichten Tomaten auf dem Freiland nicht einmal 1% der Bundesfläche. Auch die Flächen der Gemüsearten, für die die Erntetermine hier im Vergleich zu anderen Bundesländern zu spät liegen, waren verhältnismäßig klein. Der in Schleswig-Holstein auf dem Freiland kultivierte Kopfsalat umfaßte daher nur 1% der gesamten Kopfsalatfläche im Bund. Dagegen hatte Nordrhein-Westfalen mit seinem Kopfsalatanbau 36%

ANBAU UND ERTRAG VON GEMÜSE 1958

Der Flächenanteil Schleswig-Holsteins am Bund bei ausgewählten Gemüsearten



Die Erträge ausgewählter Gemüsearten in Schleswig-Holstein im Vergleich zum Bund



der Bundesfläche, obwohl die gesamte Gemüsefläche dieses Landes nur 25% der Bundesfläche umfaßte.

In den Erwerbsgartenbaubetrieben werden hauptsächlich die Gemüsearten herangezogen, die aufwendigere Pflege lohnen. Hier stellt der Anbau in Gewächshäusern und Frühbeeten die höchste Intensitätsstufe dar, jedoch waren diese Gemüsekulturen 1958 mit 21 ha im Vergleich zum übrigen Gemüseanbau in Schleswig-Holstein und im Gegensatz zu anderen Bundesländern unbedeutend.

Erträge

Die Gemüseerträge fielen bei den einzelnen Gemüsearten im Vergleich zum Vorjahr ganz unterschiedlich aus. Die Kopfkohlarten mit Ausnahme von Dauerwirsing erreichten nicht die Erträge von 1957. Der zu Beginn des Jahres noch aus der vorhergehenden Vegetationsperiode anstehende Winterwirsing enttäuschte besonders beim spät geernteten Kohl mit seinen Erträgen. Der Landesdurchschnittsertrag war etwa nur halb so hoch wie Anfang 1957. Unter der bis in den Juli hinein vorherrschenden zu kalten aber überwiegend feuchten Witterung hatten sich die Frühkohlarten noch verhältnismäßig gut entwickelt. Der Herbstkohl dagegen schnitt etwas schlechter ab. Der Dauerkohl hatte von der milden Herbstwitterung profitiert und blieb nur 10% unter dem Durchschnittsertrag der Jahre 1952 - 57. Andere Grobgemüsearten, wie Grünkohl, Rote Rüben, Sellerie und Porree brachten 1958 höhere Erträge als im Vorjahr. Entgegen den ursprünglichen Erwartungen waren auch bei den späten Möhrensarten noch recht gute Erträge erzielt worden. Unter Einschluß der frühen Möhrensarten betrug der Landesdurchschnittsertrag 1958 298

dz/ha. Er lag damit 4% über dem Jahresdurchschnitt 1952 - 57. Die kühle Witterung während der ersten Jahreshälfte hatte das Wachstum der wärmebedürftigen Gemüsearten, wie Bohnen und Gurken, besonders stark gehemmt. So wurden die hohen Hektarerträge bei Buschbohnen, die 1957 zu einer Bohenschwemme mit Preis einbruch beigetragen hatten, 1958 nicht wieder erreicht. Dagegen wurde bei Grünen Pflückerbsen, die in Schleswig-Holstein verhältnismäßig ertragssicher sind, im Landesmittel mehr vom Hektar geerntet als 1957. Auch Blumenkohl, Spinat und Rhabarber brachten höhere Erträge als im vorhergehenden Jahr.

Die Gemüseerträge in Schleswig-Holstein wichen von denen der übrigen Bundesländer teilweise beträchtlich ab. Einmal sagen die natürlichen Bedingungen in manchen Bundesländern verschiedenen Gemüsearten mehr zu. Außerdem üben die jeweiligen Witterungsverhältnisse einen beträchtlichen Einfluß aus. Während vom Sellerie 1958 in Schleswig-Holstein nur 173 dz/ha geerntet wurden, erzielten die Gemüseanbauer in Baden-Württemberg 235 dz/ha. Süddeutschland hatte höhere, Schleswig-Holstein niedrigere Erträge von Einlegegurken als im Vorjahr. Mit den Weiß- und Rotkohlerträgen lag Schleswig-Holstein wie im Vorjahr wieder an der Spitze aller Bundesländer. Nur beim Wirsingkohl waren - hauptsächlich sortenbedingt - im übrigen Bund mit Ausnahme von Rheinland-Pfalz höhere Erträge als im hiesigen Anbau erzielt worden, da der Durchschnittsertrag, besonders in Schleswig-Holstein, durch die niedrigen Erträge beim Winterwirsingkohl gedrückt wurde.

Ernte

Die gesamte Gemüseernte 1958 fiel in Schleswig-Holstein um ein Fünftel niedriger aus als

die gute Ernte des Vorjahres.

	Ø 1952-57	1957	1958
Gemüseernte in 1 000 t	252	280	220

Die Grobgemüseernte war, vor allem wegen der relativ stärkeren Anbaueinschränkung und des Rückgangs der Kohlerträge, relativ kleiner ausgefallen als die Ernte von Feingemüse. Dennoch wurde etwa dreimal soviel Grobgemüse wie Feingemüse geerntet, weil die Erträge hier allgemein wesentlich höher sind.

Beim Kopfkohl war die Erntemenge infolge Anbaueinschränkung und niedrigerer Erträge um 46 000 t kleiner als im Vorjahr. Sie erreichte den Vorkriegsdurchschnitt von 1937-39 nur zu 50% und bei Weißkohl allein nur zu 45%.

Höhere Erträge bei Grünkohl, Roten Rüben, Porree und Dicken Bohnen als 1957 haben die Anbaueinschränkungen nicht wettmachen können, so daß die Ernte 1958 bei diesen Grob-

gemüsearten kleiner ausfiel. Während etwa gleichviel späte Möhren geerntet wurden wie im Vorjahr, war die Sellerieernte trotz Anbaueinschränkung um 4% größer. Obwohl wichtige Feingemüse, wie Bohnen, Grüne Pflückerbsen, Gurken und Rosenkohl infolge niedrigerer Erträge oder Anbaueinschränkung kleinere Ernten brachten als 1957, wurde der Unterschied zwischen den Feingemüseernten 1957 und 1958 dadurch gemindert, daß andere Arten größere Ernten brachten. Wenn auch bei Frühblumenkohl nicht der Landesdurchschnittsertrag vom Vorjahr erreicht wurde, so übertraf der im Anbau wichtigere Spätblumenkohl das Vorjahresergebnis um 16%. Damit wurden insgesamt 1 000 t mehr Blumenkohl geerntet. Ebenso ergaben die Ernten von Spargel, Salat und Rhabarber größere Mengen als 1957.

Dipl.-Landw. Georg Bartling

Vergleiche auch: "Anbau und Ernte von Gemüse 1955 bis 1957" in Stat. Monatsh. S.-H. 1958, S. 249 (Oktober) und "Der Gemüseanbau und die bisherigen Gemüseernten 1958" in Wirtschaft und Statistik 1958, S. 511 (September).

Kurzberichte

Bauleistung 1958 etwa ebenso groß wie im Vorjahr

Obwohl das Bauergebnis 1958 - gemessen an der Zahl der neuerbauten Wohnungen - etwa um 16% unter dem des Vorjahres lag, kann man wegen des ungewöhnlich hohen Bauüberhanges - zum Bau genehmigte aber noch nicht fertiggestellte Wohnungen - im Jahre 1958 eine Bauleistung annehmen, die mindestens der des Jahres 1957 entspricht.

Tab. 1
Zugänge an Wohngebäuden und Wohnungen und Bauüberhang 1958

Jahr	Rohzugänge an			Bauüberhang ³		
	Wohngebäuden	Wohnungen ¹	Wohnräumen ²	Wohnungen ⁴	darunter	
					im Bau	dar. unter Dach
1957	8 992	21 822	79 517	19 405	11 236	7 364
1958	8 521	18 392	72 771	25 078	16 983	10 367
Zu (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber 1957 in %	- 5	- 16	- 8	+29	+51	+ 41

1) mit Wohnungen in Gebäudeteilen, aber ohne Not- und Behelfswohnungen
2) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen
3) Wohnungen in zum Bau genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Gebäuden, ohne bezogene Wohnungen in noch nicht fertiggestellten Gebäuden
4) einschl. Notwohnungen (1958: 108)

Insgesamt sind im vergangenen Jahr in Schleswig-Holstein 18 392 Wohnungen mit 72 771 Wohnräumen neu gebaut worden. Dieses Bau-

ergebnis ist - von den Wohnungen her gesehen - zum überwiegenden Teil, nämlich zu 61%, den "Privaten Haushaltungen" und den "Freien Wohnungsunternehmen" als Bauherren zuzurechnen. Zu über einem Drittel (35%) waren "Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen" die Bauherren. Der verbleibende Rest von nicht ganz 5% verteilt sich etwa zu gleichen Teilen auf "Erwerbs- und Wirtschaftsunternehmen" und auf die Bauherrengruppe "Behörden und Verwaltungen". Verglichen mit 1957 ist eine weitere Verlagerung des Wohnungsbaus zu Gunsten der privaten Bauherren festzustellen, während der Beitrag der "Gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen" zum Bauergebnis weiter abgenommen hat, nämlich von 41% 1957 auf 35% 1958 der neuerbauten Wohnungen.

Etwa die Hälfte der neuerbauten Wohnungen gehören dem öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau an. Auch bei diesen Wohnungsbauten sind die "Privaten Haushaltungen" und "Freien Wohnungsunternehmen" als Bauherren vorherrschend. 54% der 1958 neuerbauten Wohnungen sind diesen beiden Bauherrengruppen zuzurechnen gegenüber 43% im Vorjahr. Die "Gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen", die als Bauherren bisher die meisten Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus gebaut haben, konnten ihre Vorrangstellung

nicht halten (1957: 54%, 1958: 42% der Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus).

Tab. 2
Normalwohnungen in Wohnbauten¹ nach der Zahl der Wohnräume²

Jahr	Insgesamt	davon mit ... Wohnräumen				
		1	2	3	4	5 und mehr
Insgesamt						
1957	21 473	679	1 739	6 035	8 809	4 211
in %	100	3	8	28	41	20
1958	18 110	340	1 166	3 903	7 312	5 389
in %	100	2	6	22	40	30
darunter öffentl. geförderter sozialer Wohnungsbau						
1957	13 744	614	1 306	3 941	6 003	1 880
in %	100	4	10	29	44	14
1958	9 095	236	782	2 246	3 934	1 897
in %	100	3	9	25	43	21

1) einschl. Gebäudeteile 2) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

Hinsichtlich der Wohnungsgröße ist eine weitere leichte Verschiebung zu den Großwohnungen, d.h. Wohnungen mit 5 und mehr Räumen zu erkennen. Die 1-, 2- und 3-Raum-Wohnungen sind dagegen weniger häufig gebaut worden, während die 4-Raum-Wohnungen wie im Vorjahr mit einem Anteil von 40% am Bauergebnis den Hauptanteil stellen. Das gleiche gilt für den sozialen Wohnungsbau allein. Im wesentlichen dürfte hinsichtlich der Großwohnung der verstärkte Bau von Familienheimen ausschlaggebend sein. 1958 liegen fast die Hälfte (48%) aller Wohnungen in Einfamilienhäusern (Wohnhäuser mit 1 und 2 Wohnungen).

Die insgesamt veranschlagten reinen Baukosten übersteigen die des Vorjahres um 3%, obwohl der umbaute Raum um ebenfalls 3% und die Wohnfläche um 8% zurückgegangen ist. Die Größe der neuerbauten Wohnungen hat andererseits sowohl hinsichtlich des umbauten Raumes als auch der Wohnfläche im Durchschnitt zugenommen, und zwar um 17% bzw. 12%.

Tab. 3
Umbauter Raum, Wohnfläche und Baukosten der Wohngebäude¹

Jahr	Umbauter Raum		Wohnfläche		Baukosten ²		
	1 000 cbm	cbm je Wohnung	1 000 qm	qm je Wohnung	1 000 DM	DM je Wohnung	DM je cbm umbauten Raumes
1958	5 930	370	1 023	64	341 871	21 000	58
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	-3	+17	-8	+12	+3	+23	+7

1) Normalbau (Neubau und Wiederaufbau) 2) ohne Grundstückskosten

Mit 21 000 DM gegenüber 17 000 DM im Jahre 1957 sind die Durchschnittskosten je Wohnung um über ein Fünftel gestiegen. Außer der Preissteigerung im Wohnungsbau, die etwa mit 4%

anzusetzen ist, ist die Zunahme der Durchschnittskosten je Wohnung vor allem auf Qualitätsverbesserung, sowohl hinsichtlich der Wohnungsgröße als auch der Ausstattung zurückzuführen. Außerdem kommt hinzu, daß der verstärkte Bau von Familienheimen mit seinen technisch bedingten höheren Baukosten den Durchschnitt in die Höhe drückt.

Die Intensität des Wohnungsbaus, worunter die Zahl der neuerbauten Wohnungen je 1 000 Einwohner verstanden werden soll, ist im Landesdurchschnitt von 9,6 im Jahre 1957 auf 8,1 im Berichtsjahr abgefallen. Erwähnenswert ist, daß 1958 die Kreisfreien Städte insgesamt und die Landkreise insgesamt fast die gleiche Bauintensität aufweisen, während 1957 die Kreisfreien Städte (11,2) wesentlich höher lagen als die Landkreise (9,0).

Vergleicht man die Landkreise, so sind aber erhebliche Unterschiede in der Bauintensität festzustellen. Die Landkreise Pinneberg (11,2), Rendsburg (10,0), Stormarn (9,9), Plön (9,8) und Oldenburg (9,7) waren 1958 die Kreise mit der höchsten relativen Bauleistung. Die niedrigste Bauintensität wiesen die Landkreise Flensburg-Land (4,7), Eiderstedt (4,9), Steinburg (4,9) und Süderdithmarschen (4,9) aus. Von den Kreisfreien Städten liegt lediglich Lübeck mit 9,4 neuerbauten Wohnungen je 1 000 Einwohner über dem Landesdurchschnitt.

Fu.

Vergleiche auch: "Das Bauergebnis des Jahres 1957" in Stat. Monatsh. S.-H. 1959, S. 56 (März) und "Endgültiges Wohnungsbauergebnis 1958" in Wirtschaft und Statistik 1959, S. 263 (Mai)

Die Angestellten nach ihrer Stellung im Betrieb

Bei der Zusatzerhebung zum Industriebericht des Jahres 1958 wurden erstmalig für die Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten die Angestellten nach ihrer Stellung im Betrieb aufgliedert. Diese Gliederung sollte u. a. die Grundlage für künftige ähnliche Erhebungen bilden und dann zeigen, in welchem Ausmaß sich die Mechanisierung und Automatisierung der Produktionsvorgänge auf das Gewicht der Angestelltenkategorien auswirkt. Es liegt zwar nahe, eine starke Zunahme des technischen Personals zu erwarten, doch kann man zunächst über das Ausmaß dieser Zunahme nur Vermutungen anstellen.

Es ist nicht einfach, eine einigermaßen brauchbare Abgrenzung zwischen kaufmännischen und technischen Angestellten festzulegen (sind z. B. Ingenieure, die in Maschinenfabriken Angebote ausarbeiten, dem technischen oder kaufmännischen Personal zuzurechnen?). Bei der Zusatzerhebung war für die Zuordnung der kaufmännischen und technischen Angestellten die im

Betrieb ausgeübte Tätigkeit und nicht die Ausbildung maßgebend. Als Angestellte wurden solche Arbeitnehmer angesehen, die angestelltenversicherungspflichtig sind oder die lediglich infolge der Höhe ihres Gehaltes oder aus anderen Befreiungsgründen der Angestelltenversicherungspflicht nicht mehr unterliegen. Unter leitende kaufmännische und technische Angestellte wurden die unter § 4 Abs. 2c des Betriebsverfassungsgesetzes vom 11. 10. 1952 fallenden Beschäftigten verstanden; das sind Angestellte, die zur selbständigen Einstellung und Entlassung von im Betrieb oder in der Betriebsabteilung beschäftigten Arbeitnehmern berechtigt sind oder denen Generalvollmacht oder Prokura erteilt ist oder die nicht angestelltenversicherungspflichtig sind und Aufgaben wahrnehmen, die für den Bestand und die Entwicklung des Betriebes von Bedeutung sind.

Da - wie erwähnt - die Angestelltenzahlen zum ersten Mal aufgegliedert wurden und Vergleichszahlen noch fehlen, vermitteln die gewonnenen Ergebnisse nur ein Bild der Struktur am Erhebungsstichtag, dem 30. 9. 1958.

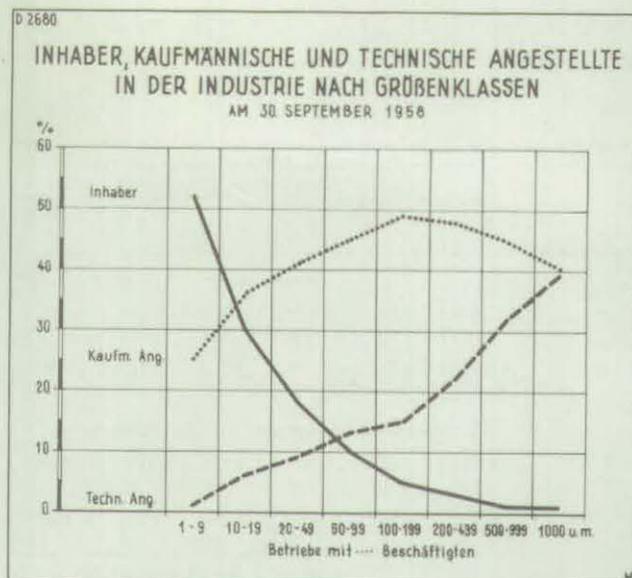
Von insgesamt 165 489 Beschäftigten der Industrie Schleswig-Holsteins¹ waren 77% Arbeiter und 6% gewerbliche Lehrlinge; auf Angestellte, einschl. Inhaber, Werkmeister, Meister sowie kaufmännische und technische Lehrlinge entfielen 17% der Gesamtbeschäftigten (insgesamt kommen also auf 1 Angestellten nicht ganz 5 Arbeiter). Diese 17% gliedern sich wie folgt:

	Anzahl	%
Inhaber usw.	1 837	6
Leitende Angestellte	2 007	7
Kaufmännische Angestellte	12 360	44
Technische Angestellte	6 846	24
Meister	2 656	9
Kaufmännische/technische Lehrlinge	2 588	9
Gesamt	28 290	100

Selbst wenn man die Meister, die ja zum technischen Personal gehören, den technischen Angestellten zuzählt, liegt für die Gesamtindustrie das Schwergewicht mit 44% doch noch bei der Kategorie der kaufmännischen Angestellten.

Der Anteil der kaufmännischen Angestellten wächst zunächst, erreicht in Betrieben mit 100 - 199 Beschäftigten das Maximum (49%) und fällt dann allmählich bis unter den Durchschnitt ab. Demgegenüber nimmt der Anteil der technischen Angestellten mit der Betriebsgröße ununterbrochen zu und ist bei den Betrieben mit 1 000 und mehr Beschäftigten am höchsten. Allerdings dürfte hier der Umstand, daß in Schleswig-Holstein zu den Betrieben mit 1 000

1) Andere Ergebnisse über die Gliederung der Arbeitnehmerschaft siehe in "Die Gehalts- und Lohnstruktur in der gewerblichen Wirtschaft" in Stat. Monatsh. S.-H. 1959, S. 132 (Juni). Einzelne Zahlen dieser und jener Erhebung weichen des methodisch verschiedenen Ansatzes wegen voneinander ab.



und mehr Beschäftigten nur Investitionsgüterindustrien (Schiffbau, Maschinenbau usw.) gehören, eine Rolle spielen.

Die Angestelltenkategorien in ausgewählten Industriezweigen

Industriezweig	Inhaber	Leit.	Kaufm. Angestellte	Techn.	Meister	kfm. u. techn. Lehlr.
Grundstoffe und Produktionsgüter						
Industrie der Steine und Erden	18	13	39	12	14	4
Hochofen- und Stahlwerke	1	10	45	25	11	8
Chemische Industrie	6	5	46	27	6	11
Mineralölverarbeitg.	0	4	43	26	19	8
Gummi- und Asbestverarbeitung	3	8	53	19	10	7
Sägewerke u. Holzbearbeitung	14	12	45	7	10	13
Investitionsgüter						
Maschinenbau	4	6	40	30	8	11
Fahrzeugbau	2	9	46	27	7	9
Schiffbau	1	4	32	46	12	6
Elektrotechn. Ind.	2	5	38	44	5	7
Feinmech. u. optische Industrie	3	6	42	31	8	10
Verbrauchsgüter						
Holzverarb. Ind. Druckereien u. Vielfältigungsindustrie	17	12	38	7	12	13
Kunststoffverarbeitende Industrie	11	9	54	15	6	6
Ledererzeugende Industrie	11	10	63	7	4	5
Textilindustrie	8	9	42	18	19	4
Bekleidungsind.	10	8	44	12	16	9
Nahrungs- und Genussmittel						
darunter Molkereien	10	8	55	9	7	11
	28	7	40	6	10	9

In den einzelnen Industriezweigen sind die Anteile der kaufmännischen und technischen Angestellten sowie die der Meister je nach der Art der Fertigung sehr unterschiedlich. Die relativ meisten technischen Angestellten haben die Investitionsgüterindustrien, doch weisen

auch die Produktionsgüterindustrien recht hohe Anteile aus. Bei den Investitionsgütern liegt der Anteil der technischen Angestellten fast durchweg über dem Durchschnitt der Gesamtindustrie (24%), bei Schiffbau und Elektrotechnik beträgt er sogar 46 bzw. 44% und übersteigt damit die Anteile der kaufmännischen Angestellten (32 bzw. 37%). Auch bei den Produktionsgütern liegen die Prozentanteile der technischen Angestellten meist etwas über dem Durchschnitt, allerdings nur geringfügig.

Bei dem Industriezweig Steine und Erden gibt es nur 12% technische Angestellte. Extrem niedrige Anteile haben die technischen Angestellten meist bei den Industriezweigen der Verbrauchsgüter; dasselbe gilt für die Nahrungs- und Genußmittelindustrie.

Der Anteil der Meister richtet sich ebenfalls hauptsächlich nach der Art des Produktionsverfahrens. Er ist im allgemeinen bei den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien am höchsten, z. B. Mineralölverarbeitung 19%, Steine und Erden 14%, Hochofen 11%. Vereinzelt finden sich aber auch bei den Verbrauchsgütern, wie z. B. Ledererzeugung und Textilindustrie, hohe Werte (19 bzw. 16%).

Hi.

Der Wasserverbrauch der Industrie im Jahre 1957

Der gesamte Wasserverbrauch (die neu zugeführte Wassermenge) betrug im Jahre 1957 rund 100 Mio m³, d. i. gegenüber 1955, dem Jahre der letzten Erhebung des Wasserverbrauchs, ein Mehr von 14 Mio m³ (= 16%).

Von der verbrauchten (neu zugeführten) Wassermenge entfallen 74 Mio m³ = 74% auf die allgemeine Industrie und 26 Mio m³ = 26% auf die Nahrungs- und Genußmittelindustrie.

Mehr als die Hälfte (54%) der gesamten Menge wurden durch Eigenförderung aus Grundwasser und Quellen, etwa 39% aus Flüssen, Seen und Teichen gewonnen und nur rund 7% durch Fremdbezug gedeckt. In der allgemeinen Industrie und der Nahrungs- und Genußmittelindustrie verteilen sich die verbrauchten Wassermengen prozentual auf die genannten drei Quellen wie folgt:

	Eigenförderung				Fremdbezug	
	aus Grundwasser und Quellen		aus Flüssen/Seen usw.		1955	1957
Allgemeine Industrie	40	46	53	47	7	7
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	79	76	11	15	10	9
Gesamtindustrie	49	54	43	39	8	7

Die Veränderungen in den Anteilen der einzelnen Herkunftsarten des Wassers sind bei der Nahrungs- und Genußmittelindustrie nicht sehr groß, bei der allgemeinen Industrie hingegen hat der Anteil der Förderung aus Flüssen und Seen von 53 auf 47% abgenommen, während der Anteil der Förderung aus Grundwasser und Quellen entsprechend von 40 auf 46% gestiegen ist. Der Fremdbezugsanteil blieb unverändert.

Vom gesamten Wasserverbrauch entfallen allein auf die Papiererzeugung, die Industrie der Steine/Erden, das Hochofenwerk und die Molkereien mehr als die Hälfte (55%). Im Jahre 1955 standen die genannten Industriezweige zwar mit insgesamt 46% ebenfalls an der Spitze, jedoch in anderer Reihenfolge (Hochofenwerk, Papiererzeugung, Steine/Erden und Molkereien). Dies ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß bei der Papiererzeugung im Jahre 1957 ein Betrieb neu hinzugekommen ist.

Die größten Wassermengen aus Grundwasser und Quellen nehmen die Industrien der Steine/Erden (11 Mio m³) und die Molkereien (7 Mio m³), während die Papiererzeugung (16 Mio m³) und das Hochofenwerk (9 Mio m³) das meiste Wasser aus Seen, Flüssen und Teichen holen. Den höchsten Fremdbezug weisen die Chemische Industrie mit über 850 000 und die Molkereien mit fast 620 000 m³ aus. Ganz allgemein ist hierzu zu sagen, daß es nicht allein von den örtlichen Verhältnissen abhängt, ob ein Betrieb das Wasser aus Grundwasser und Quellen oder aus Flüssen, Seen, Teichen oder fremd bezieht, sondern auch von den Anforderungen, die das jeweilige Fabrikationsverfahren an die Qualität des Wassers stellt. So werden z. B. Molkereien, fleischverarbeitende, aber auch manche chemischen Betriebe besonders reines Wasser benötigen und daher ihren Bedarf aus Grundwasser und Quellen oder durch Fremdbezug (Leitungswasser) decken, während z. B. Papierindustrie oder Hochofenwerke das Wasser aus Flüssen und Seen verwenden können.

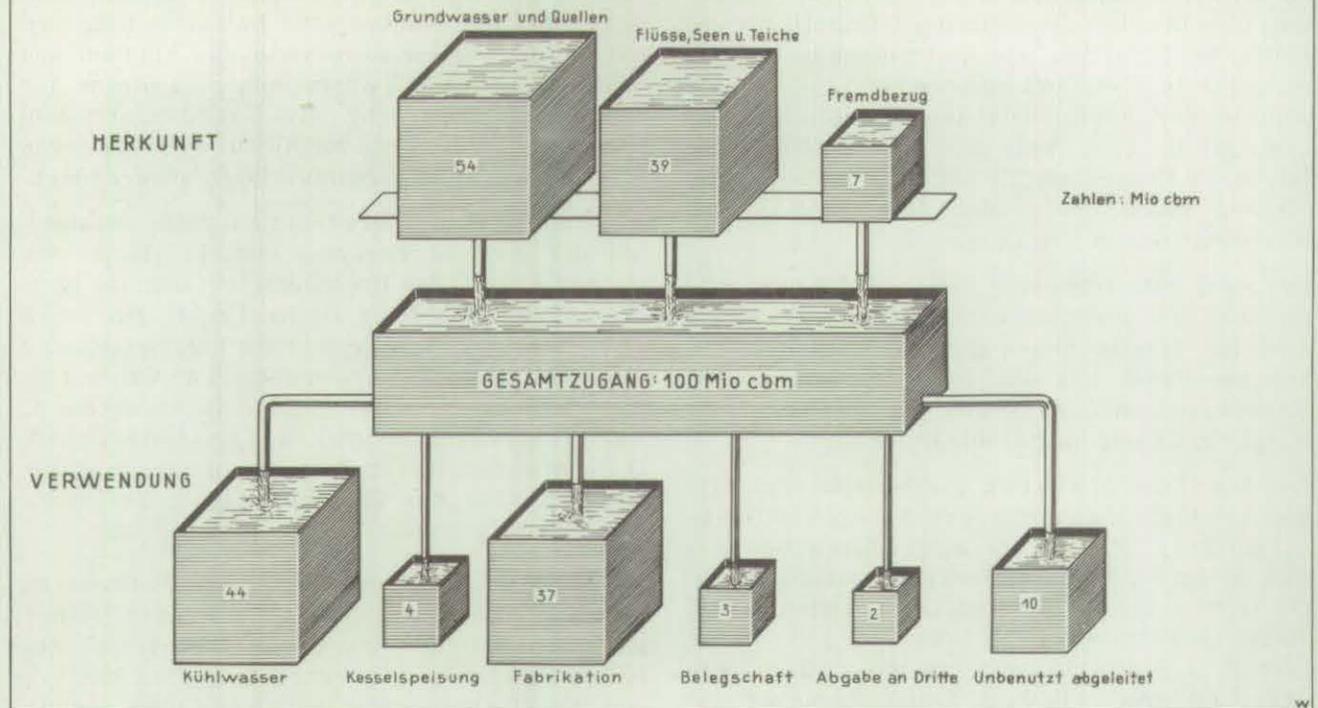
Die folgende Tabelle gibt Aufschluß darüber, wofür in der allgemeinen und der Nahrungs-/Genußmittelindustrie das Wasser verwendet wurde.

Verwendung des Wassers in % des Gesamtverbrauches 1957

	Kühlwasser	Kesselspeisewasser	Fabrikationswasser	für Belegschaft	Abgabe an Dritte u. ungenutzt abgeleitet
Allgemeine Industrie	39	3	39	3	16
Nahrungs- u. Genußmittelind.	56	5	35	3	2
Gesamtindustrie	44	4	37	3	12

Sowohl bei der allgemeinen Industrie als auch bei Nahrungs- und Genußmittelindustrie hat das

DER WASSERVERBRAUCH DER SCHLESWIG-HOLSTEINISCHEN INDUSTRIE IM JAHRE 1957



Kühlwasser den größten Anteil. Auch auf das Fabrikationswasser entfallen beträchtliche Mengen, während für die Kesselspeisung, für Belegschaftszwecke u. dgl. nur verhältnismäßig geringe Mengen verbraucht werden. Gegenüber 1955 haben sich für die gesamte Industrie die Anteilsätze nicht wesentlich verändert.

Von größter Bedeutung für die Wasserwirtschaft ist die Ableitung des gebrauchten Wassers und seine Reinigung. Von den insgesamt verbrauchten rund 100 Mio m³ Wasser wurden 79% abgeleitet; die restlichen 21% sind Wasserverluste jeder Art (durch Verdunsten, Rohrundichtigkeiten usw.) und die Mengen, die in die Fabrikate eingegangen sind.

In die öffentliche oder verbandseigene Kanalisation flossen (38%), unmittelbar in Gewässer oder den Untergrund (= 62%); etwa 24% der insgesamt abgeleiteten Wassermenge wurde vorbehandelt.

Schließlich wurde bei der Zusatzerhebung noch ermittelt, in wieviel Betrieben das Wasser im Kreislauf verwendet wird (Umlaufwasser) und um welche Menge es sich hierbei handelt. Das Vorhandensein von Kreislaufwasser hängt natürlich weitgehend von der Art der Fabrika-

tion ab; so entfallen von insgesamt 111 Betrieben mit Kreislaufwasser die meisten auf die Industrie der Steine/Erden (20 Betriebe), Molkereien (10 Betriebe), chemische (9 Betriebe) und Holzverarbeitende Industrie (7 Betriebe). Die genannten 111 Betriebe haben etwa die Hälfte des gesamten Wasserverbrauchs der Industrie (52 Mio m³), wovon jedoch nur 220 000 m³ ständig vorhandene "kreisende" Wassermenge sind, die im Gesamt-Durchschnitt jährlich 878 mal (Umwälzfaktor) umgewälzt wird.

Begriffe und Methoden

Bei der Zusatzerhebung zum Industriebericht 1958 wurde nach 2jähriger Pause wieder der Wasserverbrauch der Industrie (Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten) und die Herkunft des Wassers erfragt. Auch die Frage nach Menge und Behandlung u. dgl. wurde wiederum gestellt, wobei allerdings diesmal die Beantwortung dieser Frage obligatorisch war, da inzwischen die entsprechenden Rechtsgrundlagen geschaffen worden sind. Nach wie vor bleibt aber die Tatsache bestehen, dass alle aufgeführten Zahlen über Wasserförderung, Verbrauch, Ableitung usw. nur Näherungswerte sind, da der überwiegende Teil der Betriebe keine Wasserzähler besitzt und die Wassermengen auf indirektem Wege über Laufzeit und Leistung der Pumpen oder dgl. errechnen oder einfach grob schätzen musste (10 % des Gesamtverbrauches wurden geschätzt).

Hi.

Vergleiche auch: "Der Wasserverbrauch der Industrie im Jahre 1955" in Stat. Monatsh. S.-H. 1956, S. 315 (Oktober)

TABELLENTEIL

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe*	Einheit	1950	1958	1958			1959				
				Monats-Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT											
Bevölkerungsstand (Monatsende)											
*Wohnbevölkerung insgesamt	1000	2 598	2 269	2 270	2 273	2 274	2 285	
darunter											
Vertriebene ¹⁾											
*Anzahl	1000	856 ^a	639	640	640	640	641	
in % der Wohnbevölkerung		33	28	28	28	28	28	
Zugewanderte ²⁾											
*Anzahl	1000	134 ^a	143	143	144	144	148	
in % der Wohnbevölkerung		5	6	6	6	6	6	
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
Eheschließungen ³⁾											
*Anzahl		2 078	1 654	1 844	3 867	999	1 572	2 064	
*auf 1 000 der Bevölkerung und 1 Jahr		9,6	8,8	9,6	20,1	5,3	8,4	10,6	
Lebendgeborene ⁴⁾											
*Anzahl		3 448	2 867	2 665	2 747	2 860	3 073	3 096	
*auf 1 000 der Bevölkerung und 1 Jahr		15,9	15,2	13,8	14,2	15,3	16,4	16,0	
Gestorbene ⁵⁾ (ohne Totgeborene)											
insgesamt											
*Anzahl		2 059	2 173	1 926	1 880	1 827	2 093	2 092	
*auf 1 000 der Bevölkerung und 1 Jahr		9,5	11,5	10,0	9,8	9,8	11,1	10,8	
darunter											
im ersten Lebensjahr											
*Anzahl		172	93	80	82	66	112	89	
*je 100 Lebendgeborene		5,0	3,3	3,0	3,0	2,3	3,6	2,9	
Mehr (+) bzw. weniger (-) geboren als gestorben											
*Anzahl		+1 389	+ 694	+ 739	+ 867	+1 033	+ 980	+1 004	
*auf 1 000 der Bevölkerung und 1 Jahr		+ 6,4	+ 3,7	+ 3,8	+ 4,5	+ 5,5	+ 5,2	+ 5,2	
Wanderungen											
*Zuzüge über die Landesgrenze		5 323	6 523	5 947	7 304	6 165	6 030	
darunter											
Vertriebene		2 173	1 823	1 782	2 001	1 679	1 368	
Zugewanderte		.	903	1 062	1 095	1 088	1 002	
*Fortzüge über die Landesgrenze		14 284	6 263	5 312	5 549	5 967	6 834	
darunter											
Vertriebene		9 662	1 837	1 616	1 709	1 795	2 001	
Zugewanderte		.	657	625	681	779	786	
*Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)		-8 961	+ 260	+ 635	+1 755	+ 198	- 804	
darunter											
Vertriebene		-7 489	- 14	+ 166	+ 292	- 116	- 633	
Zugewanderte		.	+ 246	+ 437	+ 414	+ 309	+ 216	
*Umzüge innerhalb des Landes ⁶⁾		11 614	9 666	7 715	8 370	8 915	9 118	
Wanderungsfälle ⁶⁾											
insgesamt											
Anzahl		31 221	22 452	18 974	21 223	21 047	21 982	
auf 1 000 der Bevölkerung und 1 Jahr ⁷⁾		198	170	139	154	160	166	
darunter											
Umsiedler		6 329 ^{b)}	609	643	741	772	777	464	489	482	
davon nach											
Nordrhein-Westfalen		511	326	289	409	517	538	207	244	246	
Baden-Württemberg		2 602	43	76	48	66	42	11	28	24	
Rheinland-Pfalz		2 928	10	3	4	11	-	4	8	21	
Hessen		238	12	13	-	14	18	6	23	29	
Hamburg		-41	218	262	280	164	179	236	186	162	
Bremen		9	-	-	-	-	-	-	-	-	
Arbeitslage											
*Beschäftigte Arbeitnehmer ⁸⁾	1000	624 ⁺	741 ⁺	.	.	772	764	
darunter											
*Männer	1000	429 ⁺	494 ⁺	.	.	518	515	
*Arbeitslose											
insgesamt											
Anzahl	1000	210	50	27	25	27	23	19	17	17	
je 100 Arbeitnehmer		25,2	6,3	3,4	3,1	3,4	2,9	2,4	2,2	...	
darunter											
*Männer	1000	146 ^{c)}	31	14	12	13	12	10	9	9	
Vertriebene	1000	119 ^{c)}	18	.	.	9	7	.	.	5	

) Die mit einem vorangestellten Stern () versehenen Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

1) Vertriebene sind Deutsche, die am 1. 9. 1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31. 12. 1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 2) Zugewanderte sind Deutsche, die am 1. 9. 1939 in Berlin oder der sowjetischen Besatzungszone gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 3) nach dem Ereignisort 4) nach der Wohngemeinde der Mutter 5) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 6) ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 7) unter Berücksichtigung des gesamten Wanderungsvolumens (Zu- und Fortzüge innerhalb des Landes und über die Landesgrenze) 8) Arbeiter, Angestellte und Beamte

a) am 13. 9. 1950 b) ohne Anrechnungsfälle c) Vertriebene und Zugewanderte

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1958	1958			1959			
		Monats-Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
LANDWIRTSCHAFT										
-Viehbestand										
*Rinder (einschl. Kälber)	1000	999 ^d	1 129 ^d	.	.	.	1 262	.	.	.
darunter										
*Milchkühe	1000	458 ^d	426 ^d	.	.	.	438	.	.	.
*Schweine	1000	1 031 ^d	1 279 ^d	.	.	1 304	1 208	.	.	p1 347
darunter										
*Zuchtsauen	1000	107 ^d	126 ^d	.	.	130	137	.	.	p 138
darunter										
*trächtig	1000	68 ^d	77 ^d	.	.	80	90	.	.	p 87
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1000 St	7	14	12	13	17	11	12	16	...
*Kälber	1000 St	14	5	3	2	3	3	3	2	...
*Schweine	1000 St	45	81	66	64	70	69	65	67	...
darunter										
*Hausschlachtungen ⁹⁾	1000 St	18 ^e	15 ^f	1	1	1	1	1	1	...
*Gesamtschlachtgewicht ⁹⁾ (einschl. Schlachtfette)	1000 t	5,0	9,3	8,7	8,5	10,0	8,7	8,4	9,5	...
darunter										
*Rinder (ohne Kälber)	1000 t	1,6	3,0	2,6	2,7	3,8	2,3	2,6	3,3	...
*Schweine	1000 t	2,6	5,9	5,7	5,5	5,9	6,0	5,5	5,8	...
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
*Rinder	kg	226	223	213	210	216	217	208	208	...
*Kälber	kg	26	49	60	63	56	57	61	60	...
*Schweine	kg	98	89	88	87	86	88	86	88	...
Milcherzeugung										
*Kuhmilcherzeugung	1000 t	130	142	164	139	108	179	157	130	...
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	9,9	10,8	12,3	10,4	8,4	14,0	11,9	9,9	...
*Milchanlieferung an Molkereien										
in % der Gesamterzeugung	%	86	87	91	90	88	91	90	90	...
INDUSTRIE¹⁰⁾										
*Beschäftigte	1000	109	164	166	166	165	163	164	165	...
darunter										
*Arbeiter ¹¹⁾	1000	91	136	138	138	137	134	135	136	...
*Geleistete Arbeiterstunden ¹²⁾	1000	18 055	24 439	23 708	24 428	25 648	23 828	23 785	23 634	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	20,4	53,1	55,5	53,9	54,4	55,0	58,1	55,2	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mio DM	5,6	16,5	16,2	16,2	16,3	17,2	17,2	17,1	...
*Brennstoffverbrauch	1000 SKE ¹³⁾	81	74	69	67	71	55	56	56	...
Gasverbrauch	1000 Nm ³	.	11 858	13 049	12 537	12 292	10 153	10 722	11 169	...
Heizölverbrauch	1000 t	.	31	33	33	33	41	37	39	...
*Stromverbrauch	Mio kWh	30	72	72	73	74	73	73	76	...
*Stromerzeugung (netto der industriellen Eigenanlagen)	Mio kWh	11	21	20	20	20	19	17	18	...
*Umsatz ¹⁴⁾	Mio DM	201	479	487	469	539	585	511	510	...
darunter										
*Auslandsumsatz	Mio DM	10	65	80	64	92	114	72	81	...
Index der industriellen Produktion										
Gesamte Industrieproduktion										
einschl. Energie und Bau	1950=100	115 ^g	224	208	221	r 235	239	225	231	...
darunter Erzeugnisse des/der										
Erdölgewinnung		107	592	599	592	579	611	597	607	...
Industrie der Steine und Erden		111	193	246	244	247	265	r 271	264	...
Hochofen- und Stahlwerke		106	157	155	152	158	117	95	108	...
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien		99	112	77	107	118	124	81	122	...
Mineralölverarbeitung		117	688	650	755	881	901	922	908	...
Gummi- und Asbestverarbeitung		122	741	672	702	746	795	816	801	...
Sägewerke und Holzbearbeitung		94	99	109	111	99	101	96	92	...
papierherstellenden Industrie		102	256	253	264	264	279	241	274	...
Schiffbaues		126	311	262	282	320	365	r 325	326	...
Maschinenbaues		134	272	245	230	241	230	r 222	207	...
elektrotechnischen Industrie		144	508	454	526	r 598	475	431	515	...
feinmechanischen und optischen Industrie		159	608	497	514	705	603	524	594	...
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie										
(einschl. Sportwaffen)		119	166	157	168	173	194	173	184	...
ledererzeugenden Industrie		97	115	95	104	116	105	r 109	107	...
Schuhindustrie		102	216	134	183	214	223	r 94	156	...
Textilindustrie		118	194	164	183	198	177	r 148	154	...
Bekleidungsindustrie		115	127	106	130	130	115	r 90	130	...
Fleischwarenindustrie		137	169	157	164	176	160	162	172	...
fischverarbeitenden Industrie		143	189	151	232	252	119	193	248	...
Molkereien und milchverarbeitenden Industrie		102	121	136	111	85	158	r 122	102	...
tabakverarbeitenden Industrie		114	227	215	221	232	269	268	272	...
Bauproduktion		92	189	220	224	r 230	247	231	232	...

9) gewerbliche Schlachtungen 10) nach den Ergebnissen der monatlichen Industrieberichterstattung (im allgemeinen Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten); ohne Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauwirtschaft 11) einschl. gewerblicher Lehrlinge 12) einschl. Lehrlingsstunden 13) eine Steinkohleeinheit = 1 t Steinkohle oder Steinkohlenkoks oder -briketts; = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle 14) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren d) Dezember e) ø Winterhalbjahr 1950/51 = 35 f) Winterhalbjahr 1958/59 = 25 g) hier und bei allen folgenden Industriegruppen: 1951

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1958	1958			1959			
		Monats-Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
*Stromerzeugung (brutto) der öffentlichen Kraftwerke	Mio kWh	66	110	96	108	116	99	101	107	...
*Stromverbrauch 15)	Mio kWh	70	143	131	138	142	136	142	148	...
*Gaserzeugung (brutto) der öffentlichen Werke 16)	Mio cbm	11	17	15	16	17	15	14	14	...
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN										
Bauhauptgewerbe¹⁷⁾										
*Beschäftigte		39 835	55 228	64 755	63 940	63 976	p62465	p62161
*Geleistete Arbeitsstunden	1000	6 800	9 286	11 688	11 345	11 452	p11162	p11134
darunter										
* für Wohnungsbauten	1000	3 278	4 157	5 060	4 891	5 012	p5 454	p5 181
*Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	8,5	22,4	28,2	27,7	28,5	p 28,5	p 29,0
*Gehälter (Bruttosumme)	Mio DM	0,5	1,5	1,5	1,5	1,5	p 1,7	p 1,6
*Umsatz	Mio DM	24,3	70,3	86,0	87,2	90,4	p 84,9	p 95,6
Baugenehmigungen¹⁸⁾										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile) ¹⁹⁾		726	922	1 041	1 237	1 059	1 474	663	1 427	...
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		347	458	479	548	530	562	397	637	...
Veranschlagte reine Baukosten für alle ganzen Gebäude	Mio DM	22,2	60,9	64,8	80,1	73,0	77,2	43,0	89,9	...
darunter für Wohngebäude	Mio DM	16,9	42,4	48,3	56,2	55,9	63,0	27,4	71,4	...
*Umbauter Raum in allen Gebäuden (ohne Gebäudeteile)	1000 cbm	757	1 069	1 185	1 337	1 331	1 287	713	1 509	...
darunter * in Wohngebäuden	1000 cbm	536	691	781	914	916	959	415	1 091	...
*Wohnungen 20)		2 306	2 109	2 410	2 826	2 588	2 854	1 212	3 217	...
darunter in ganzen Wohngebäuden		2 061	1 879	2 184	2 536	2 377	2 579	1 010	2 904	...
Baufertigstellungen										
Wohnungen 21)		1 478	1 533	961	1 338	1 395	1 125	1 738	1 740	...
Wohnräume 22)		4 926	6 064	3 584	5 249	5 223	4 681	6 434	6 938	...
HANDEL										
Index der Einzelhandelsumsätze										
*insgesamt	1958=100	.	100	106	99	93	100	111	102	...
davon										
*Nahrungs- und Genußmittel		.	100	104	106	97	107	115	111	...
*Bekleidung, Wäsche, Schuhe		.	100	103	79	77	88	104	75	...
*Hausrat und Wohnbedarf		.	100	97	91	95	89	99	97	...
*Sonstige Waren		.	100	104	99	99	100	105	98	...
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 DM	824	308	290	309	287	571	474	677	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 DM	1 309	1 211	1 393	833	1 981	1 414	2 810	396	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 DM	1 861	8 126	8 977	7 014	7 999	11 487	11 955	10 589	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 DM	13 045	28 087	24 776	28 141	28 463	27 191	28 339	32 645	...
Ausfuhr nach Warengruppen²³⁾										
*insgesamt	Mio DM	7,2	67,7	68,4	87,1	94,7	90,1	59,7
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mio DM	0,7	5,1	5,2	4,3	4,8	5,3	6,1
*Gewerblichen Wirtschaft	Mio DM	6,5	62,6	63,2	82,8	89,8	84,9	53,5
davon										
*Rohstoffe	Mio DM	0,2	2,0	2,1	2,1	2,0	2,8	2,5
*Halbwaren	Mio DM	2,3	4,8	6,4	5,7	4,6	5,9	5,4
*Fertigwaren	Mio DM	4,0	55,8	54,7	74,9	83,3	76,2	45,7
davon										
*Vorerzeugnisse	Mio DM	0,5	2,8	2,2	2,8	3,2	3,1	2,5
*Enderzeugnisse	Mio DM	3,5	53,0	52,5	72,2	80,1	73,1	43,1
*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern²³⁾										
Norwegen	Mio DM	0,3	14,2	16,3	24,7	39,2	32,9	18,4
Großbritannien	Mio DM	0,1	3,2	2,7	1,6	2,7	3,1	5,1
Niederlande	Mio DM	0,6	6,1	3,5	5,5	2,8	5,3	4,3
Dänemark	Mio DM	0,8	3,7	2,7	3,3	3,1	4,9	4,3
Schweden	Mio DM	0,6	6,3	1,9	4,7	9,9	1,9	3,2
USA	Mio DM	0,3	1,8	1,8	1,7	2,0	2,0	3,1
Schweiz	Mio DM	0,3	1,9	2,2	2,0	2,4	2,3	2,0
Frankreich	Mio DM	0,1	1,3	4,0	0,9	0,7	2,3	2,0
VERKEHR										
Seeschifffahrt²⁴⁾										
Güterempfang	1000 t	141	371	483	538	485	419	462
Güterversand	1000 t	86	102	105	133	140	113	122
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1000 t	.	126	148	135	112	115	112	120	...
*Güterversand	1000 t	.	195	226	245	246	231	278	243	...

15) einschl. Verluste 16) einschl. des vom Metallhüttenwerk Lübeck erzeugten Stadtgases 17) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet) 18) baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben 19) bis 1955: Neubau, Wiederaufbau und Umbau ganzer Gebäude, ab 1956: nur Neubau und Wiederaufbau 20) 1950 - 1955: Normal- und Notwohnungen; ab 1956: nur Normalwohnungen 21) 1950: Normal- und Notbau; ab 1956: Normalbau 22) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 23) 1959 = vorläufige Zahlen 24) Monatsangaben 1958/59 = vorläufige Zahlen

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1958	1958			1959			
		Monats-Durchschnitt		Jul	Aug.	Sept.	Juni	Jul	Aug.	Sept.
noch: VERKEHR										
Nord-Ostsee-Kanal ²⁵⁾										
Schiffsverkehr										
Schiffe		3 939	5 645	6 584	6 719	6 722	6 514	7 134	7 345	...
darunter										
deutsche	%	64,0	65,5	62,7	66,1	67,2	64,1	66,7	68,2	...
Raumgehalt	1000 NRT	1 481	2 795	3 142	3 156	3 065	3 099	3 252	3 302	...
darunter										
deutscher Anteil	%	23,3	30,3	31,3	32,9	33,7	31,6	31,4	34,5	...
Güterverkehr										
Gesamtverkehr	1000 t	2 492	3 840	4 392	4 557	4 370	4 193	4 407	4 606	...
und zwar										
auf deutschen Schiffen	%	20,1	32,6	32,5	35,7	33,8	33,9	34,8	36,8	...
Richtung West-Ost	1000 t	1 122	1 906	1 979	2 145	2 067	1 902	2 063	2 219	...
Richtung Ost-West	1000 t	1 371	1 935	2 412	2 411	2 304	2 291	2 345	2 387	...
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge										
* insgesamt		1 244	3 262	3 498	3 063	3 182	3 886	3 731	2 649	...
darunter										
*Krafträder (einschl. Motorroller)		449	227	352	244	142	282	277	154	...
*Personenkraftwagen		398	2 107	2 193	1 960	2 043	2 574	2 464	1 658	...
*Kombinationskraftwagen		.	175	188	131	158	204	183	117	...
*Lastkraftwagen		247	293	334	239	330	338	301	233	...
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle insgesamt		826	2 513	3 154	3 203	3 028	p2 883	p3 420
davon										
*mit Personenschaden		417	918	1 217	1 239	1 240	p1 155	p1 322
nur mit Sachschaden		409	1 595	1 937	1 964	1 788	p1 728	p2 098
*Getötete Personen ²⁶⁾		17	40	39	49	46	p 47	p 38
* Verletzte Personen		493	1 130	1 555	1 567	1 527	p1 450	p1 722
Fremdenverkehr ²⁷⁾										
* Fremdenmeldungen	1000	44 ^h	112 ^h	289	252	120	186	325	289	...
darunter										
*Auslandsgäste	1000	2 ^h	15 ^h	50	34	16	23	51	35	...
*Fremdenübernachtungen	1000	221 ^h	681 ^h	2 418	2 279	715	1 207	2 909	2 590	...
darunter										
*Auslandsgäste	1000	5 ^h	33 ^h	134	83	35	48	139	90	...
GELD UND KREDIT										
Kreditinstitute (ohne LZB)										
*Kredite an Nichtbanken ²⁸⁾	Mio DM	741 ⁱ	3 105 ⁱ	2 922	2 971	2 998	3 369	3 402
davon										
*Kurzfristige Kredite	Mio DM	441 ⁱ	939 ⁱ	909	920	909	1 026	1 018
darunter										
*an Wirtschaft und Private	Mio DM	428 ⁱ	928 ⁱ	904	905	903	1 020	1 015
*Mittel- und langfristige Kredite	Mio DM	299 ⁱ	2 165 ⁱ	2 013	2 051	2 090	2 343	2 385
darunter										
*an Wirtschaft und Private	Mio DM	263 ⁱ	1 864 ⁱ	1 735	1 771	1 805	2 018	2 051
*Einlagen von Nichtbanken ²⁸⁾	Mio DM	408 ⁱ	2 067 ⁱ	1 956	2 002	1 999	2 258	2 300
davon										
*Sicht- und Termineinlagen	Mio DM	277 ⁱ	1 012 ⁱ	974	1 004	998	1 091	1 122
darunter										
*von Wirtschaft und Privaten	Mio DM	231 ⁱ	837 ⁱ	804	827	829	893	923
*Spareinlagen am Monatsende	Mio DM	131 ⁱ	1 054 ⁱ	982	998	1 001	1 168	1 176
darunter										
*bei Sparkassen	Mio DM	94 ⁱ	706 ⁱ	647	658	669	783	792	806	...
*Gutschriften auf Sparkonten	Mio DM	9	57	51	49	51	54	65
*Lastschriften auf Sparkonten	Mio DM	7	41	39	33	47	41	55
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)		23	9	13	14	5	8	7	8	...
*Vergleichsverfahren (eröffnete)		8	2	3	1	-	1	2	3	...
Wechselproteste	Anzahl	682	636	675	578	588	694	698
	Wert	517	465	484	340	527	526	475
STEUERN ²⁹⁾										
Bundessteuern	1000 DM	44 667	80 387	81 378	79 852	83 073	92 107	94 445	91 028	...
davon										
*Umsatzsteuer einschl. Umsatzausgleichsteuer	1000 DM	14 580	29 801	28 081	32 238	31 284	30 133	32 413	33 877	...
*Beförderungsteuer	1000 DM	281	1 034	1 268	1 198	1 112	1 120	1 249	1 254	...
*Zölle	1000 DM	1 381	7 838	8 025	6 816	6 614	8 927	8 581	7 287	...
*Verbrauchssteuern	1000 DM	27 474	41 359	43 810	39 178	42 710	51 731	51 973	48 486	...
darunter										
*Tabaksteuer	1000 DM	22 295	32 960	35 425	31 401	34 951	38 148	39 565	38 091	...
*Notopfer Berlin ³⁰⁾	1000 DM	951	354	194	422	1 353	196	228	124	...
außerdem										
*Lastenausgleichsabgaben ³¹⁾	1000 DM	5 569	5 396	2 842	8 980	1 873	2 224	6 447	9 357	...

25) ab 1956 ohne "Sportfahrzeuge ohne Tonnageangabe" 26) seit 1953 einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen 27) ab April 1959 vorläufige Zahlen 28) Monatszahlen: Bestand am Ende des Berichtszeitraumes 29) Rechnungsjahr 30) ohne Abgabe auf Postsendungen 31) 1950; nur Soforthilfe-Abgaben h) 1950; Angaben aus 110 Fremdenverkehrsgemeinden (1. Vierteljahr geschätzt); für das Sommerhalbjahr Mts. -Ø 61 000 Fremdenmeldungen mit 377 000 Übernachtungen. Ab 1957 Angaben aus 165 Fremdenverkehrsgemeinden. Für das Sommerhalbjahr 1958 Mts. -Ø 168 000 Fremdenmeldungen mit 1 186 000 Übernachtungen. i) Stand: 31. 12.

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1958	1958			1959			
		Monats-Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
noch: STEUERN										
* Landessteuern ³²⁾	1000 DM	14 273	45 375	34 537	31 785	71 289	77 806	40 999	39 367	...
darunter										
* Lohnsteuer	1000 DM	3 467	14 013	21 582	18 551	17 940	14 547	19 167	18 187	...
* Veranlagte Einkommensteuer	1000 DM	6 264	15 925	4 772	3 797	33 359	37 877	12 117	9 887	...
* Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1000 DM	69	428	1 185	393	151	638	1 201	434	...
* Körperschaftsteuer	1000 DM	1 760	7 322	606	372	12 705	17 522	989	815	...
* Vermögensteuer	1000 DM	268	1 463	254	2 950	588	598	588	3 573	...
* Kraftfahrzeugsteuer	1000 DM	1 210	3 596	3 623	3 238	3 657	3 988	4 120	3 612	...
* Biersteuer	1000 DM	248	420	473	484	537	445	504	554	...
Gemeindesteuern										
* Realsteuern insgesamt	1000 DM	26 416 ⁺	56 387 ⁺	47 272 ^j	.	.	63 676 ^j
davon										
* Grundsteuer A	1000 DM	6 231 ⁺	6 706 ⁺	6 252 ^j	.	.	6 388 ^j
* Grundsteuer B	1000 DM	9 320 ⁺	11 565 ⁺	11 569 ^j	.	.	12 684 ^j
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1000 DM	9 066 ⁺	34 011 ⁺	25 546 ^j	.	.	40 507 ^j
* Lohnsummensteuer	1000 DM	1 799 ⁺	4 115 ⁺	3 906 ^j	.	.	4 097 ^j
* Sonstige Steuern	1000 DM	3 335 ⁺	5 929 ⁺	5 744 ^j	.	.	6 136 ^j
PREISE										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1950=100	100	100	101	100	99	96	96	p 97	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1950=100	100	132	131	131	130	r 131	132	132	...
Erzeugerpreise industrieller Produkte	1950=100	100	125	125	125	125	124	124	124	...
landwirtschaftlicher Produkte	1950/51=100	100 ^k	130 ^m	131	127	126	134	p 143	p 138	...
Wohnungsbaupreise	1936=100	191	278	.	278
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)	1950/51 = 100	100 ^k	128 ^m	124	124	125	131	130	p 131	...
Einzelhandelspreise	1950=100	100	104	112	111	111	111	113	112	...
Preisindex für die Lebenshaltung ³³⁾	1950=100	100	119	120	119	118	120	121	121	...
darunter										
Ernährung	100	126	126	124	124	124	126	128	128	...
Wohnung	100	120	120	120	120	120	122	123	123	...
Heizung und Beleuchtung	100	143	143	143	144	143	143	143	144	...
Bekleidung	100	104	105	105	105	104	104	104	104	...
Hausrat	100	112	112	112	112	112	112	112	112	...
LÖHNE UND GEHALTER ³⁴⁾										
Arbeiterv Verdienste in der Industrie ³⁵⁾										
Bruttowochenverdienste										
* männlich	DM	64,16	116,69	.	119,71
darunter										
Facharbeiter	DM	68,90	124,34	.	128,25
* weiblich	DM	37,09	67,56	.	67,43
Bruttostundenverdienste										
* männlich	Pf	130,4	243,5	.	245,8
darunter										
Facharbeiter	Pf	139,8	258,8	.	261,8
* weiblich	Pf	80,8	152,9	.	154,3
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
* männlich	Std	49,2	47,9	.	48,7
* weiblich	Std	45,9	44,2	.	43,7
Geleistete Wochenarbeitszeit										
* männlich	Std	.	44,5	.	45,0
* weiblich	Std	.	41,4	.	41,3
Angestelltenverdienste										
Bruttomonatsverdienste in der Industrie ³⁵⁾										
* kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	.	588	.	595
weiblich	DM	.	382	.	385
* technische Angestellte										
männlich	DM	.	697	.	701
weiblich	DM	.	403	.	409
im Handel ³⁶⁾										
* kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	.	540	.	541
weiblich	DM	.	331	.	335
in Industrie und Handel zusammen										
* kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	.	554	.	558
weiblich	DM	.	347	.	350
* technische Angestellte										
männlich	DM	.	685	.	691
weiblich	DM	.	391	.	396

+) = Vierteljahresdurchschnitt

32) einschl. des an den Bund abzuführenden Anteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer 33) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltungen; mittlere Verbrauchergruppe mit monatlich rund 300 DM Lebenshaltungsausgaben bzw. 360 DM Haushaltseinnahmen 34) Effektivverdienste; Zahlen ab 1957 wegen methodischer Umstellung mit früheren Ergebnissen nicht ohne weiteres vergleichbar; 1950 und 1958 Durchschnitte aus 4 Erhebungen 35) einschl. Baugewerbe 36) Handel, Geld- und Versicherungswesen j) 1. 4. - 30. 6. k) Wirtschaftsjahr 1950/51 (Juli - Juni) m) Wirtschaftsjahr 1958/59 (Juli - Juni)

b) Jahreszahlen

Art der Angabe	1)	Einheit	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT											
Wohnbevölkerung ²⁾ insgesamt	JD	1000	2 598	2 505	2 439	2 365	2 305	2 271	2 253	2 258	2 269
darunter											
Vertriebene ³⁾											
Anzahl	JD	1000	912	839	754	699	653	630	624	637	639
in % der Wohnbevölkerung ²⁾			35,1	33,5	30,9	29,5	28,3	27,8	27,7	28,2	28,2
Zugewanderte ⁴⁾											
Anzahl	JD	1000	104	101	131	131	132	132	135	139	143
in % der Wohnbevölkerung ²⁾			4,0	4,0	5,4	5,5	5,7	5,8	6,0	6,2	6,3
Beschäftigte Arbeitnehmer ⁵⁾	30. 9.	1000	650	633	653	667	683	716	741	757	772
darunter in den Wirtschaftsbereichen											
Land- und Forstwirtschaft	30. 9.	1000	104	97	95	92	88	86	81	78	72
Industrie und Handwerk (einschl. Bau)	30. 9.	1000	260	249	264	279	294	318	334	346	355
Handel und Verkehr	30. 9.	1000	121	123	130	134	140	148	158	163	171
Arbeitslose											
insgesamt											
Anzahl	30. 9.	1000	178	157	119	90	75	57	45	34	27
je 100 Arbeitnehmer	30. 9.		21,6	19,9	16,4	11,9	9,9	7,4	5,7	4,3	3,4
darunter											
Dauerarbeitslose ⁶⁾	30. 9.	1000	58	72	58	44	35 ^{a)}	16 ^{a)}	17 ^{a)}	9 ^{a)}	6 ^{a)}
UNTERRICHT, BILDUNG UND KULTUR											
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen ⁷⁾⁸⁾											
Anzahl	1. 5.	1000	467	436	407	384	359	346	330	317	308
je 1 000 Einwohner	1. 5.		177	172	165	160	154	151	145	141	136
VOLKSEINKOMMEN											
Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten ⁹⁾											
absolut	JS	Mio DM	2 921	3 329	3 533	3 751	4 012	4 473	4 852	p5454	p5743 ^{b)}
je Einwohner		DM	1 128	1 328	1 450	1 586	1 741	1 971	2 198	p2415	p2531 ^{b)}
INDUSTRIE¹⁰⁾											
Beschäftigte											
Anzahl	JD	1000	109	115	119	126	136	148	158	164	164
je 1 000 Einwohner			42	46	48	53	58	64	70	73	72
Löhne (Bruttosumme)	JS	Mio DM	245	301	334	378	424	488	534	581	638
Gehälter (Bruttosumme)	JS	Mio DM	68	80	92	103	117	134	156	173	197
Umsatz ¹¹⁾	JS	Mio DM	2 416	3 054	3 212	3 371	3 747	4 223	4 840	5 363	5 744
darunter											
Auslandsumsatz	JS	Mio DM	115	258	322	363	551	581	627	766	782
Index der industriellen Produktion einschl. Energie und Bau		1950=100	100	115	123	141	163	182	197	214	224
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN											
Baufertigstellungen											
Wohnungen ¹²⁾											
Anzahl	JS	1000	17,7	20,2	17,9	20,7	19,9	18,3	23,0	21,8	18,4
je 1 000 Einwohner			6,9	8,1	7,4	8,8	8,6	8,0	10,1	9,7	8,1
Anteil des sozialen Wohnungsbaues	JS	%	.	.	.	70,8	67,1	56,4	58,7	63,2	49,5
Wohnräume ¹³⁾											
Anzahl	JS	1000	59,1	69,5	60,5	69,4	69,9	67,9	83,9	79,5	72,8
je 1 000 Einwohner			23,1	27,9	25,0	29,6	30,3	29,8	37,0	35,3	32,0
HANDEL											
Index der Einzelhandelsumsätze insgesamt		1957=100	100	106
Ausfuhr absolut	JS	Mio DM	86,9	232,6	314,2	374,6	509,5	580,9	719,3	775,5	p811,9
in % des Bundes			1,0	1,6	1,9	2,0	2,3	2,3	2,3	2,2	p 2,2
VERKEHR											
Kraftfahrzeugbestand											
Kraftfahrzeuge insgesamt	1. 7.	1000	66 ^{c)}	88 ^{c)}	112	139	167	188	204	225	246
darunter											
Krafträder	1. 7.	1000	22 ^{c)}	31 ^{c)}	41	52	63	70	72	73	69
Pkw ¹⁴⁾	1. 7.	1000	20 ^{c)}	27 ^{c)}	34	42	54	65	75	92	113
Lkw	1. 7.	1000	16 ^{c)}	19 ^{c)}	23	26	28	28	27	28	28
STEUERN											
Bundessteuern											
absolut	Rj. (JS)	Mio DM	536	617	682	647	645	775	864	909	965
je Einwohner	"	DM	210	248	277	271	277	338	380	403	425
Landessteuern ¹⁵⁾											
absolut	"	Mio DM	171	251	329	345	366	347	414	456	544
je Einwohner	"	DM	67	101	134	145	158	152	182	202	240
Gemeindesteuern											
absolut	"	Mio DM	119	140	158	170	183	192	209	222	249
je Einwohner	"	DM	47	56	64	71	79	84	93	98	110

1) JD = Jahresdurchschnitt, JS = Jahressumme, Stand = Stichtag (Monat), Rj = Rechnungsjahr 2) 1950 bis 1955: berechnet auf Grund der zurückgeschriebenen Ergebnisse der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956; 1956: berechnet auf Grund der ab 25. 9. 1956 zurückgeschriebenen und ab 26. 9. 1956 fortgeschriebenen Ergebnisse der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956; 1957 und 1958: berechnet auf Grund der fortgeschriebenen Ergebnisse der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956 3) 1950 und 1951: Inhaber von Landesflüchtlingsausweisen A, ab 1952: wie Anmerkung 1, Tab. a 4) 1950 und 1951: Inhaber von Landesflüchtlingsausweisen B 1, ab 1952 wie Anmerkung 2, Tab. a 5) Arbeiter, Angestellte und Beamte 6) über 52 Wochen in der Albi Unterstützte 7) Stand 1950 - 1952: 15. 5., 1958: 2. 5. 8) ohne Minderheitsschulen 9) von Scheingewinnen bzw. -verlusten nicht bereinigt 10) nach den Ergebnissen der monatlichen Industrieberichterstattung (im allgemeinen Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten) 11) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 12) 1950 - 1951: Normal- und Notbau, 1952 - 1958: Normalbau 13) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 14) einschl. Kombinations- und Krankenkraftwagen 15) einschl. des an den Bund abzuführenden Anteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer a) Stand: 31. 8. b) von Scheingewinnen bzw. -verlusten bereinigt c) im Verkehr befindliche Kraftfahrzeuge

c) Kreiszahlen

Kreisfreie Städte und Landkreise	Wohnbevölkerung ¹⁾ am 30. 6. 1959				Industrie ⁴⁾		
	insgesamt	darunter Vertriebene ²⁾		Veränderung in % gegenüber Volkszählung		Beschäftigte am 31. 8. 1959	Umsatz ⁵⁾ in Mio DM im August 1959
		Anzahl	in %	1939 ³⁾	1950 ³⁾		
Flensburg	96 306	23 575	24	+ 36	- 6	7 394	14,5
Kiel	268 285	58 536	22	- 3	+ 4	33 554	73,2
Lübeck	231 462	74 893	32	+ 50	- 3	34 243	82,9
Neumünster	72 857	20 708	28	+ 35	- 1	11 892	24,1
Eckernförde	65 311	20 449	31	+ 55	- 23	1 487	3,0
Eiderstedt	19 274	3 638	19	+ 27	- 26	395	1,9
Eutin	89 414	31 221	35	+ 74	- 17	3 698	10,8
Flensburg-Land	63 157	14 089	22	+ 41	- 20	639	1,2
Hzgt. Lauenburg	129 955	45 865	35	+ 78	- 13	8 898	14,0
Husum	62 276	11 385	18	+ 31	- 21	854	2,3
Norderdithmarschen	57 902	14 595	25	+ 31	- 25	914	1,6
Oldenburg (Holstein)	78 432	23 279	30	+ 48	- 21	1 026	4,3
Pinneberg	206 019	64 792	31	+ 85	+ 3	18 400	61,5
Plön	107 791	29 906	28	+ 60	- 13	1 780	7,1
Rendsburg	155 157	43 063	28	+ 58	- 16	9 620	20,2
Schleswig	98 107	22 173	23	+ 26	- 23	3 688	26,4
Segeberg	91 976	28 800	31	+ 71	- 17	4 201	13,0
Steinburg	122 787	36 173	29	+ 43	- 21	9 005	30,3
Stormarn	137 112	45 852	33	+ 102	- 6	7 208	73,6
Süderdithmarschen	72 332	17 357	24	+ 34	- 26	4 733	40,2
Südtondern	58 646	10 954	19	+ 27	- 18	1 271	3,5
Schleswig-Holstein	2 284 558	641 303	28	+ 44	- 12	164 900	509,7

Kreisfreie Städte und Landkreise	Öffentliche Fürsorge ⁶⁾						Einnahmen aus Gemeindesteuern im 1. Rechnungsvierteljahr 1959				
	Laufend unterstützte Personen in der offenen Fürsorge am 31. 3. 1959		Gesamtaufwand im Rechnungsjahr 1958				insgesamt in 1 000 DM	darunter Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital und Lohnsumme			
			insgesamt	darunter für				in DM je Einwohner	je Einwohner		Veränderung in % gegenüber 1958
	Anzahl	je 1000 Einwohner		Ufd. Unter- stützungen der offenen Fürsorge in 1 000 DM	ein- malige	geschl. Für- sorge	in 1 000 DM		in DM		
Flensburg	2 790	29,1	3 480	1 685	414	876	36,47	2 878	1 983	21	+ 36
Kiel	6 943	26,1	9 162	4 055	1 021	2 768	34,60	11 694	8 556	32	+ 37
Lübeck	7 001	30,3	8 281	3 805	933	2 353	35,89	11 860	8 799	38	+ 70
Neumünster	2 029	27,7	2 115	973	304	503	29,04	3 050	2 077	29	+ 19
Eckernförde	2 180	33,0	2 507	1 261	264	461	37,67	1 143	527	8	+ 46
Eiderstedt	564	29,6	611	304	63	91	31,58	459	121	6	+ 20
Eutin	2 480	27,9	2 947	1 313	326	535	33,07	2 059	997	11	+ 27
Flensburg-Land	1 289	20,4	1 540	579	111	396	24,52	916	336	5	+ 30
Hzgt. Lauenburg	3 079	23,7	3 691	1 577	380	789	28,36	3 202	1 899	15	+ 41
Husum	1 355	21,8	1 601	722	225	277	26,13	1 351	644	10	+ 73
Norderdithmarschen	1 653	28,5	1 859	931	158	307	31,95	1 216	536	9	+ 31
Oldenburg (Holstein)	1 846	23,7	2 092	981	248	325	26,90	1 755	687	9	+ 44
Pinneberg	3 439	16,8	4 715	1 955	419	1 379	23,21	6 158	4 163	20	+ 21
Plön	2 779	25,8	2 915	1 381	291	435	27,06	1 925	802	7	+ 26
Rendsburg	3 813	24,6	4 166	2 047	431	760	26,99	3 791	2 290	15	+ 59
Schleswig	2 466	25,1	2 845	1 337	282	485	29,14	1 994	1 063	11	+ 79
Segeberg	1 649	18,0	2 171	861	184	519	23,75	1 865	801	9	- 1
Steinburg	3 190	25,9	3 733	1 663	407	549	30,37	3 449	2 226	18	+ 63
Stormarn	2 438	17,9	3 169	1 459	291	791	23,43	5 924	4 501	33	+ 254 ^{a)}
Süderdithmarschen	2 075	28,6	2 012	1 097	243	189	27,57	1 641	807	11	+ 41
Südtondern	937	15,9	1 394	535	132	383	23,48	1 482	792	14	- 3
Schleswig-Holstein ⁷⁾	60 045	26,3	90 650	34 127	7 468	32 009	39,87	69 812	44 605	20	+ 51

1) nach den Ergebnissen der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956 fortgeschrieben 2) Vertriebene sind Deutsche, die am 1. 9. 1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31. 12. 1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 3) nach dem Gebietsstand vom 30. 6. 1959 4) nach den Ergebnissen der monatlichen Industrierichterstattung (im allgemeinen Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten) 5) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 6) einschl. Tbc-Hilfe 7) bei "Öffentliche Fürsorge": einschl. Landesfürsorgeverband, Landesjugendamt und Jugendaufbauwerk a) veranlaßt durch eine einmalige außergewöhnliche hohe Einnahme einer Stadt

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM BUND*

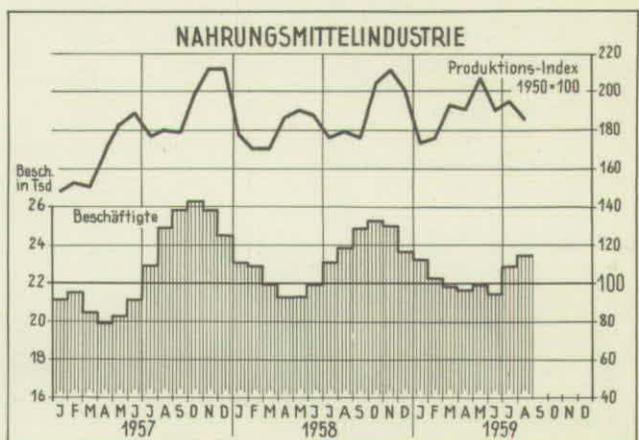
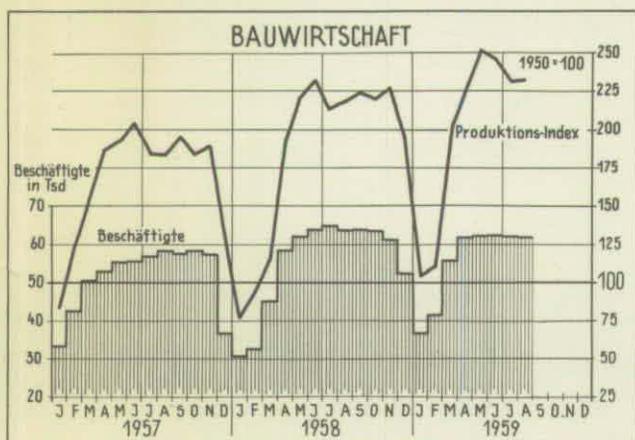
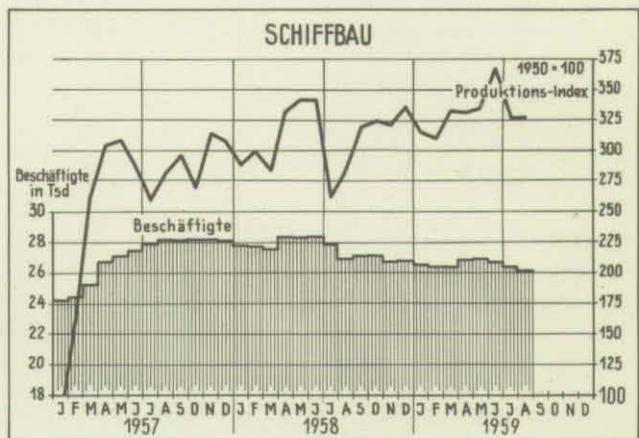
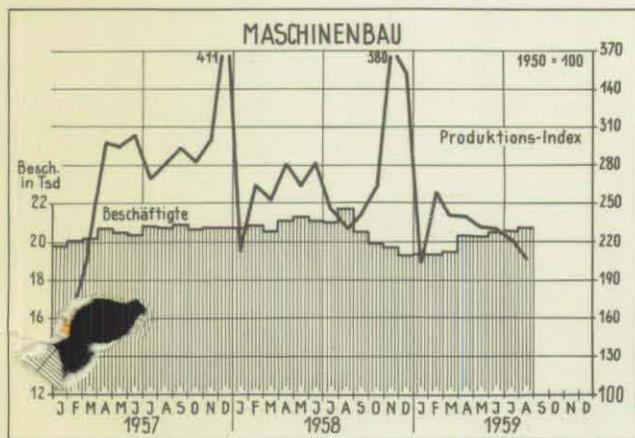
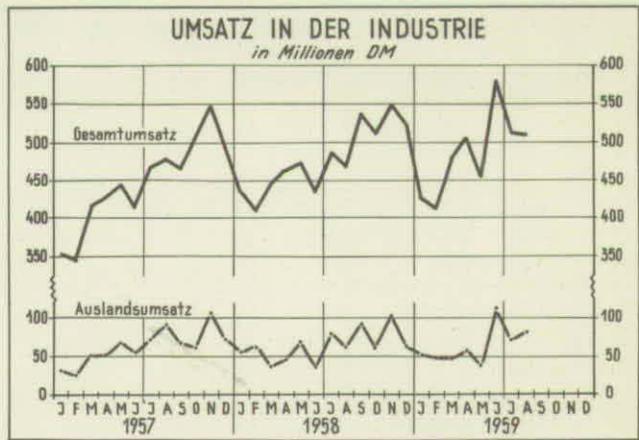
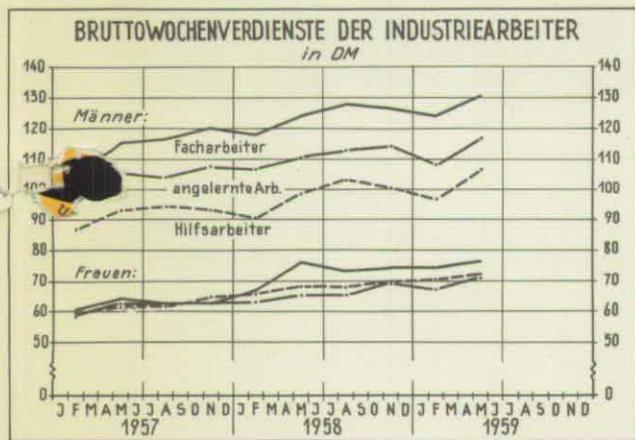
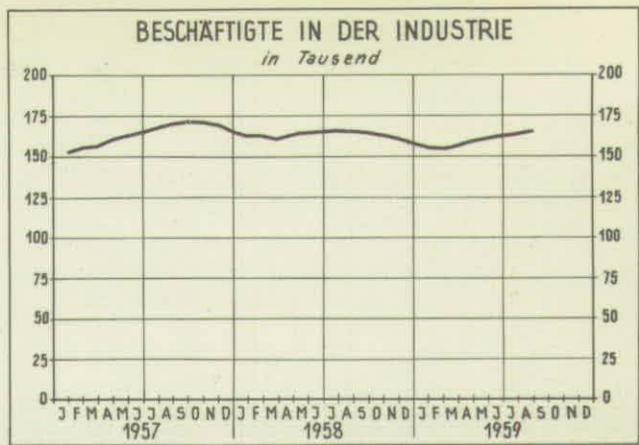
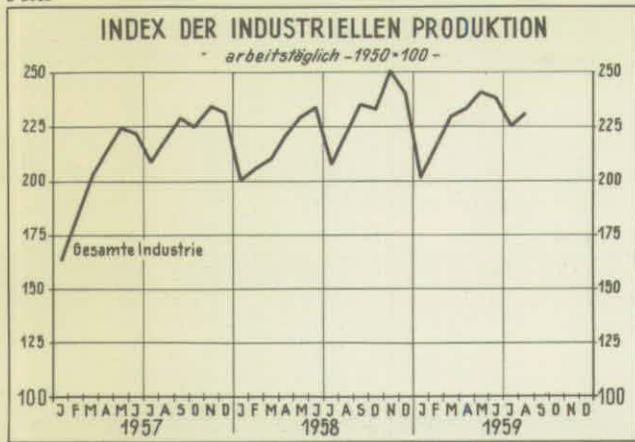
Bezeichnung	Zeitstand	Bund	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Würtbg.	Bayern
Bevölkerung											
Fortgeschriebene Wohnbevölkerung ²											
in 1000	30.6.1959	51 754	2 285	1 815	6 526	684	15 567	4 676	3 370	7 506	9 325
darunter											
Vertriebene ³											
in % der jew. Wohnbevölkerung	"	18	28	14	26	16	16	19	9	18	19
Zugewanderte ⁴											
in % der jew. Wohnbevölkerung	"	6	6	9	7	8	7	7	5	5	4
Veränderung in %											
30.6.1959 gegenüber VZ 1939	"	+ 32	+ 44	+ 6	+ 44	+ 21	+ 30	+ 34	+ 14	+ 37	+ 32
30.6.1959 " VZ 1950 ⁵	"	+ 10	- 11	+ 16	- 3	+ 25	+ 20	+ 10	+ 14	+ 19	+ 2
Bevölkerungsdichte ⁶											
Einwohner je qkm	"	211	146	2 430	138	1 693	458	222	170	210	132
Unterricht, Bildung und Kultur											
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen ⁷											
in 1000	Mai 1957	6 024	323	204	816	81	1 744	556	388	814	1 097
je 1000 Einwohner	"	119	143	115	126	123	116	122	118	112	120
Arbeit											
Beschäftigte Arbeitnehmer ⁸											
in 1000	30.6.1959	19 590	764	792	2 400	281	6 380	1 701	1 094	2 884	3 294
Arbeitslose											
in 1000	31.6.1959	193	17	7	33	5	61	14	9	8	39
je 100 Arbeitnehmer ⁹	"	1,0	2,2	0,9	1,4	1,9	0,9	0,8	0,8	0,3	1,2
Arbeitslose Vertriebene											
in % aller Arbeitslosen des betr. Landes	30.6.1959	18,1	29,8	7,6	24,8	9,1	9,7	20,2	10,6	20,7	22,4
Volkseinkommen¹											
Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten											
in Mio DM	1957	161 335	5 454	9 022	17 740	2 929	55 613	13 903	8 218	23 440	25 017
	1958 ¹⁰	169 300	5 743	9 531	18 691	3 021	57 511	14 796	8 542	25 171	26 294
in DM je Einwohner	1957	3 197	2 415	5 089	2 735	4 472	3 698	3 041	2 498	3 239	2 732
	1958 ¹⁰	3 311	2 531	5 304	2 874	4 504	3 753	3 199	2 562	3 416	2 848
Landwirtschaft											
Erzeugung von Kuhmilch											
in 1000 t	Juli 1959	1 702	157	2	370	3	277	114	73	216	480
in kg je Kuh und Tag	"	9,8	11,9	10,5	12,2	12,3	11,4	9,2	7,3	8,1	8,7
Industrie											
Beschäftigte ¹¹											
in 1000	30.6.1959	7 296	163	229	661	104	2 770	608	342	1 328	1 093
je 1000 Einwohner	"	141	71	126	101	153	179	130	102	178	118
Umsatz ¹¹											
insgesamt in Mio DM	Juni 1959	18 659	585	1 028	1 909	358	7 104	1 446	849	3 050	2 330
darunter											
Auslandsumsatz in Mio DM	"	2 968	114	156	337	64	1 076	286	139	488	308
Produktionsindex ¹² (arbeitsstättlich: 1950=100)	"	p 224	238	p 229	245	255	.	.	.	247	231
Bauwirtschaft¹³ und Wohnungswesen											
Beschäftigte											
in 1000	30.6.1959	1 380	62	48	185	22	416	114	80	206	247
je 1000 Einwohner	"	26,7	27,4	26,6	28,3	31,9	26,8	24,5	23,9	27,5	26,5
Geleistete Arbeitsstunden											
insgesamt in Mio	Juni 1959	237	11	8	33	4	70	19	14	35	43
je Einwohner	"	4,6	4,9	4,5	5,0	5,5	4,5	4,0	4,1	4,8	4,6
Zum Bau genehmigte Wohnungen ¹⁴											
Anzahl	Juli 1959	51 909	1 212	1 911	6 175	750	14 191	4 774	3 403	8 952	10 541
je 10 000 Einwohner	"	10,0	5,3	10,5	9,5	11,0	9,1	10,2	10,1	11,9	11,3
Fertiggestellte Wohnungen (Normalwohnungen)											
Anzahl	"	33 573	1 738	1 579	3 672	776	11 522	2 629	2 304	5 574	3 779
je 10 000 Einwohner	"	6,5	7,6	8,7	5,6	11,4	7,4	5,6	6,8	7,4	4,1
Ausfuhr											
Ausfuhr insgesamt in Mio DM ¹	Juni 1959	3 369 ^a	90	191	328	55	1 213	315	158	552	332
Verkehr											
Bestand an Kraftfahrzeugen ¹⁵											
insgesamt											
in 1000	1.7.1959	6 864	273	209	847	71	1 803	654	451	1 108	1 448
je 1000 Einwohner	"	133	120	116	130	104	116	140	134	149	156
darunter											
Personenkraftwagen ¹⁶											
in 1000	"	3 498	140	147	409	48	1 035	338	207	537	637
je 1000 Einwohner	"	68	61	81	63	71	67	73	62	72	68
Steuern											
Steueraufkommen je Einwohner in DM											
Landessteuern ¹⁷	1. RvJ. 1959	101	63	227	75	126	111	115	69	111	81
Bundessteuern ¹⁸	"	111	120	440	80	261	120	77	90	96	77
Gemeindesteuern	"	39	31	61	34	52	45	36	29	41	30
Geld und Kredit											
Bestand an Spareinlagen											
je Einwohner in DM	31.7.1959	711	515	1 022	665	828	755	699	620	729	675

*) ohne Saarland und Berlin (West)

1) vorläufige Zahlen 2) nach den Ergebnissen der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956 3) Vertriebene sind Deutsche, die am 1.9.1939 in den z. Zt. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 4) Zugewanderte sind Deutsche, die am 1.9.1939 in Berlin oder der sowjetischen Besatzungszone gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 5) berechnet auf die rückwirkend berichtigte Bevölkerungszahl auf Grund der Ergebnisse der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956 6) Gebietsstand: 31.12.1958 7) Bayern: 1. Oktober 1957 8) Arbeiter, Angestellte und Beamte 9) Beschäftigte und Arbeitslose 10) von Scheinergebnissen bzw. -verlusten bereinigt 11) Ergebnisse der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft 12) Gesamtindex (ohne Bau) 13) nach den Ergebnissen der Totalerhebung (hochgerechnet) 14) in baupolitisch genehmigten Bauvorhaben (Normalbau) 15) ohne Kraftfahrzeuge der Deutschen Bundespost und Bundesbahn (insgesamt 30 266 Fahrzeuge); einschl. der aus steuerlichen oder sonstigen Gründen stillgelegten Fahrzeuge 16) einschl. Kombinations- und Krankenfahrzeuge 17) einschl. des Bundesanteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer (35 % im Rechnungsjahr 1959) 18) einschl. Notopfer Berlin

a) einschl. der aus der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) ausgeführten Waren, die in anderen als den nachstehend genannten Ländern hergestellt oder gewonnen wurden (z. B. Rückwaren) oder deren Herstellungsland nicht festgestellt werden konnte. Vom Berichtsmonat Januar 1956 an auch einschl. Ersatzlieferungen

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B*



* Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen in monatlichem Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerungsentwicklung (insgesamt und monatlich); Beschäftigte Arbeitnehmer; Arbeitslose; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen; Straßenverkehrsunfälle.

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

Heft 1/1959

- Die Landtagswahl am 28. 9. 1958 in Schleswig-Holstein
- Die Familien in den Haushalten Schleswig-Holsteins
- Die Vieh- und Fleischwirtschaft im Wirtschaftsjahr 1957/58
- Die Gasversorgung Schleswig-Holsteins 1955 - 1957
- Die Getreideernte 1958
- Rundfunk und Fernsehen

Heft 2/1959

- Die Landtagswahl am 28.9.1958 in Schleswig-Holstein (Teil 2)
- X Die berufliche und soziale Eingliederung der Vertriebenen
- Die Entwicklung der Nutzviehhaltung (Teil 3)
- X Die Krankenanstalten in Schleswig-Holstein 1954/1957
- Die Verdienste der kaufmännischen Angestellten in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet
- Die Filmtheater im Bundesgebiet und in Schleswig-Holstein
- Die Fürsorge in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet 1957

Heft 3/1959

- Die Sozialbezüge in Schleswig-Holstein 1953 - 1957
- Das Bauergebnis des Jahres 1957
- Das Auftreten von Tierseuchen in den Jahren 1950 - 1957
- Die Ursachen der Todesfälle in Schleswig-Holstein
- Die kommunale und staatliche Verschuldung
- Die Ausfuhr Schleswig-Holsteins 1957
- Kraftfahrzeuge in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet
- Die Ausländer in Schleswig-Holstein - Stand: 31. 12. 1958 -

Heft 4/1959

- X Die Kriminalität in Schleswig-Holstein
- Der Fremdenverkehr im Jahre 1957/58
- Güterverkehr Schleswig-Holsteins auf dem Wasserwege 1956
- Das Bauspargeschäft in Schleswig-Holstein und im Bund im 1. Halbjahr 1958

Heft 5/1959

- Der Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet 1958
- Die Lohnsteuerpflichtigen und ihre Bruttolöhne im Jahre 1955
- Die Milchwirtschaft Schleswig-Holsteins im Jahre 1958
- Der Baumbestand und die Ernte des Obstes 1958

- 10 Jahre Beschäftigtenentwicklung in Industrie und Landwirtschaft
- Mehr Arbeitnehmer in höheren Bruttolohngruppen
- Die Pädagogischen Hochschulen
- Die Kapitalgesellschaften in Schleswig-Holstein im Jahre 1958
- Die Zahlungsschwierigkeiten im Jahre 1958

Heft 6/1959

- Die Gehalts- und Lohnstruktur in der gewerblichen Wirtschaft (Teil 1)
- Der soziale Wohnungsbau 1957
- X Die soziale Situation der Flüchtlinge 1954/55
- Die soziale Rentenversicherung in Schleswig-Holstein
- Die Umsätze im Jahre 1957 und ihre Entwicklung
- Die Einzelhandelsumsätze im Jahre 1958

Heft 7/1959

- Die Gehalts- und Lohnstruktur in der gewerblichen Wirtschaft (Teil 2)
- See- und Binnenschiffe in Schleswig-Holstein am 31. Dezember 1957
- Gemeindestrassen nach dem Stand vom 31. März 1956
- Die Leistungen der Bundespost im Jahre 1958
- Der Schlepperbestand in der Landwirtschaft
- Spareinlagen in Schleswig-Holstein und im Bund 1948 - 1958

Heft 8/1959

- Vorausberechnungen wirtschaft relevanter Größen (Teil II)
- Die Gehalts- und Lohnstruktur in der gewerblichen Wirtschaft (Teil 3)
- Kredite und Einlagen bei den Kreditinstituten im Jahre 1958
- Weitere Zunahme der Baugenehmigungen
- Das Bauspargeschäft in Schleswig-Holstein und im Bund 1958
- Feuerwehr und Brandschäden 1958
- Die Belieferung der Landwirtschaft mit Handelsdünger 1957/58
- Das Handwerk Schleswig-Holsteins im Jahre 1958

Heft 9/1959

- Die Struktur der Bevölkerung in Schleswig-Holstein
- Die berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein 1950 - 1958
- Gemeindesteueraufkommen im Rechnungsjahr 1958
- Die Bauwirtschaft 1958
- Statistik des Lastenausgleichs 1957 und 1958
- Ansteckende Krankheiten (ohne Tuberkulose) in den Jahren 1957 und 1958
- Die Pflanzenbestände in den Baumschulen 1958

Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 43 602, Hausapp. 85. Schriftleitung: Dipl.-Psych. Heinemann, Kiel. Bezugspreis: Einzelheft 2,- DM, Vierteljahresbezug 5,- DM, Jahresbezug 15,- DM. Bestellungen nimmt entgegen: Stat. Landesamt Schleswig-Holstein

- Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet -

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsatfücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen